

darmstädter studenten zeitung

1F 2824 F

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Juni 1972
20. Jahrgang

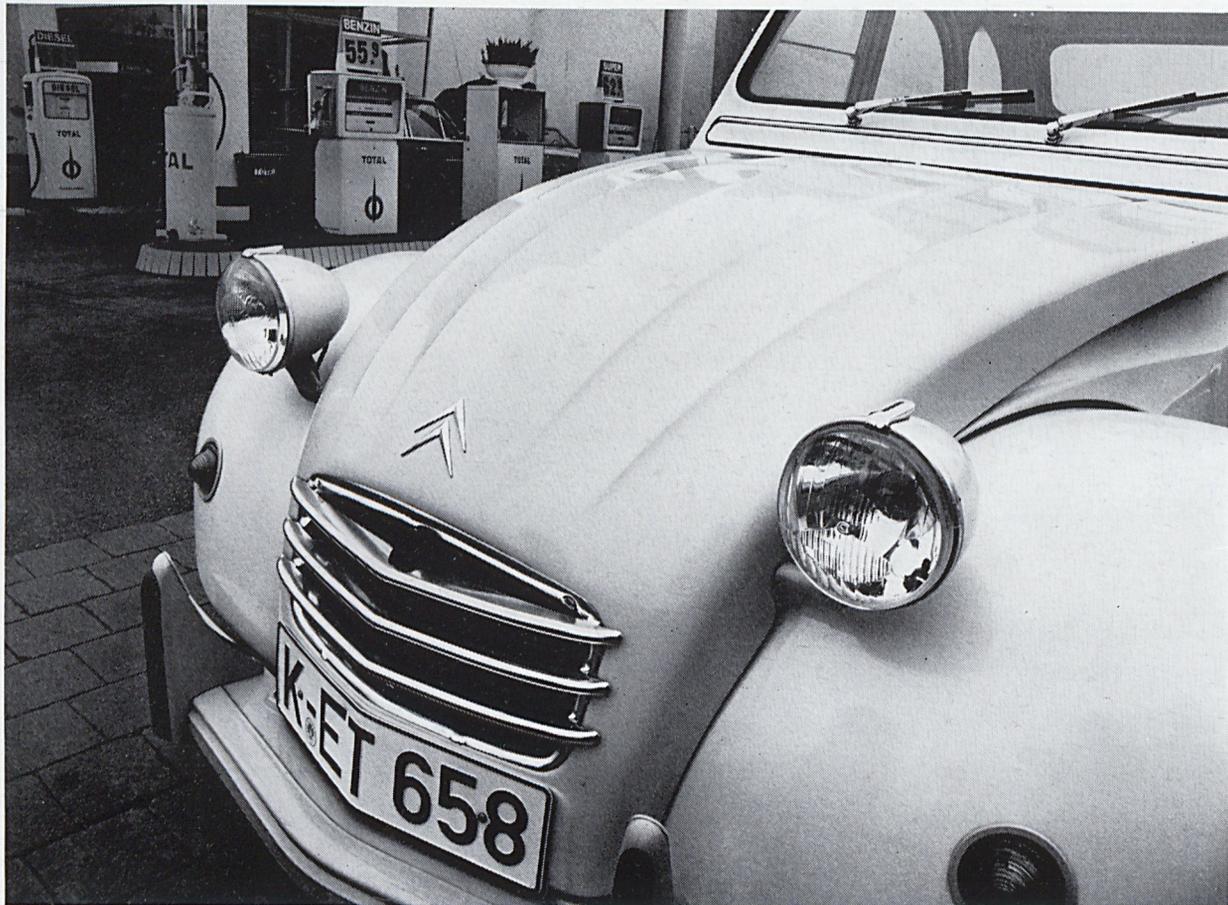
Nr. 128



Unsere kleine Stadt?

Stadtentwicklung im Kapitalismus

Der 2CV ist sparsam und vernünftig.



Tankstellenschreck Nr. 1

Mit seinem Mini-Durst ist der 2 CV nicht gerade der Liebling der Benzinwirte.
Genau so geizig ist er, wenn es um Steuer und Versicherung geht. Aber in allem Anderen ist er großzügig. Wer ihn fährt, weiß das.
Viersitzer-Komfort mit vier Türen. Unvergleichliche Straßenlage. Robustheit und Zuverlässigkeit.
Alles, was ein Auto seinem Besitzer geben kann. Ohne

viel dafür zu nehmen.

2 CV 4: 431 ccm – 23 DIN-PS – 5,9 l nach DIN

2 CV 6: 597 ccm – 28 DIN-PS – 6,2 l nach DIN

Eine der 7.500 Citroen-Service-Stellen in Europa ist in Ihrer Nähe.

Citroen Automobil-AG, 505 Porz-Westhoven, Abt. A 401, Postfach 2080.

Hart rechnen – bequem fahren.

Citroen empfiehlt Total

CITROËN  2CV

Inhalt

- 2 **betrifft: dsz**
- 3 **„Unsere kleine Stadt“**
Stadt- und Stadtentwicklung im
Kapitalismus – ein thematischer
Anriß
- 10 **Profitopolis – Bilder einer Aus-
stellung**
- 17 **Stadtteilarbeit**
Eine Antwort auf städtische
Planungsmethoden
- 21 **Geschichte einer großen
Verschleierung**
„Sozial“-maßnahmen auf dem
Wohnungsmarkt
- 23 **Zur Kritik der kritischen
Stadtumweltkritik**
- 31 **Der Luisenplatz**
oder wer bestimmt, wie in
Darmstadt City gebaut wird
- 35 **Als „freischaffender Mitarbeiter“
im Stadtplanungsamt**
- 39 **„Sanierungsplan Martinsviertel“**
Eine Informationsbroschüre
für Bürger
- 43 **Stadt- und Sozialstruktur**
Räumlicher Niederschlag sozialer
Ungleichheit am Beispiel Darmstadt
- 52 **Termine**



Stadterneuerung: Saniert wird der Profit

darmstädter
studenten
zeitung
Nr. 128

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst – Verlagsleiter: Wulf van Riesen.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtsparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

dpa-Fotos auf der Titelseite und Seite 1

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Hochschulbuchhandlung Wellnitz bei.

betrifft: dsz

Die vorliegende Ausgabe der dsz beschäftigt sich ausschließlich mit Fragen der Stadtentwicklung und damit verbundenen Problemen. Wir sind der Ansicht, daß es durchaus vertretbar ist, diese — überdies noch recht umfangreiche — Ausgabe voll und ganz dieser Thematik zur Verfügung zu stellen und auf einen konkreten Bezug zur Hochschule zu verzichten — soweit jedenfalls, soweit es sich bei den Lesern nicht um Studenten oder Lehrende der Fachrichtungen Architektur und Bauingenieurwesen handelt.

Wir hoffen, daß es gelungen ist, einen in letzter Zeit für die **politische Tätigkeit von Studenten** sehr bedeutsamen Bereich der Gesellschaft einigermaßen umfassend darzustellen. An fast allen Hochschulorten sind es großteils Studenten, die oft mit Erfolg versuchen, „Stadtteilarbeit“ zu initiieren: Beispiel für eine derartige politische Betätigung, die nicht nur auf die Aufklärung der Bürger, sondern — was wesentlich ist — auch auf die Aktivierung und Politisierung der Bürger gerichtet ist, ist der „Rote Punkt Martinsviertel“ in Darmstadt.

Darüber hinaus — was die grundsätzliche Konzeption der dsz betrifft — läßt die Behandlung von Fragen der Stadtentwicklung und der allgemeinen Kommunalpolitik zu, sehr konkrete Eindrücke über die Entwicklung unserer Gesellschaft zu vermitteln. Wir sehen, indem wir unsere Kritik an bestehenden Verhältnissen einmal auf einer anderen Ebene als bislang darstellen, für den Leser eine Möglichkeit, zu einer besseren Einschätzung dieser Kritik zu gelangen. Sicherlich werden dem Leser viele Dinge, die er in dieser dsz-Ausgabe findet, bekannt vorkommen, vielleicht weil er sie selbst tagtäglich in Darmstadt erfährt, vielleicht weil er die Kommunalpolitik in der Lokalpresse verfolgt. — Gerade durch dieses Maß an Konkretion hoffen wir, unsere Kritik verständlich zu machen.

Die „Verständlichkeit“ wird zweifellos dadurch gefördert werden, daß noch in diesem Sommer in

Darmstadt mit dem Neu- und Umbau der City begonnen wird — Stichwort: Luisenplatz. Die Menge des dort zu verbauenden Repräsentationsbetons wird einige Schlaglichter auf die Plausibilität der hier vertretenen Argumente werfen. **Im übrigen sei dem Leser zur besseren Übersicht empfohlen, mit der Lektüre des nebenstehenden Artikels „Unsere kleine Stadt“ zu beginnen, der alle Fragen der weiteren Beiträge kurz anreißt und in den Zusammenhang stellt.**

Diese dsz-Ausgabe ist ein Experiment — nicht nur in der Art der Darstellung, sondern auch in der Art, wie sie zustande kam. Sie wurde geschrieben von einer Arbeitsgruppe der Basisgruppe Architektur an der TH. Dadurch, daß eine relative Übereinkunft in grundsätzlichen Fragen zwischen der Redaktion und der Arbeitsgruppe bestand, konnte sich die Arbeit der Redaktion hauptsächlich auf redaktionelle Eingriffe beschränken.

Wir erhoffen uns, über diese dsz-Ausgabe eine Diskussion führen zu können: sowohl über inhaltliche Fragen (viele dürfte lückenhaft sein und zum Widerspruch reizen) als auch über die Art der Darstellung (manches ist vielleicht doch Planer-Chinesisch). Auf jeden Fall plant die Redaktion für die erste Ausgabe des Wintersemesters 1972/73 (erscheint Anfang November) hinreichend Platz zur Diskussion über Stadtentwicklung, Stadtteilarbeit und Darstellung in der dsz ein.

Unsere kleine Stadt

Täglich erfahren wir die Auswirkungen des sich beschleunigenden Verstärkungsprozesses am eigenen Leibe. Zum Teil haben wir sie schon als so selbstverständlich bzw. unerlässlich akzeptiert, daß sie uns nicht einmal auffallen.



„Rettet unsere Städte jetzt!“ Unter diesem Motto stand die letztjährige Hauptversammlung des Deutschen Städtetages; „Sind die Städte noch zu retten?“ überschriebte besorgt fragend das Hamburger Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL eine Titelgeschichte in einer Ausgabe des vergangenen Sommers zum allgemeinen Dilemma in den Städten. Publikationen und öffentliche Stellungnahmen mit Beschwörungen und Fragestellungen ähnlichen Inhalts zu diesem Thema, das als Gegenstand öffentlicher Diskussion in dieser Heftigkeit erst in den letzten Jahren aus dem beschränkten Kreis von Fachleuten in den Vordergrund gerückt ist, haben an Umfang und Häufigkeit ein kaum überschaubares Ausmaß angenommen. Manchmal zielen sie global auf die Problematik „kapitalistischer“ Stadtentwicklung ab (wenn auch selten als solche deklariert), wie die beiden eingangs angeführten Beispiele oder aber die in diesem Semester im Audimax gezeigte kurzschlüssige Ausstellung mit dem verheißungsvollen Titel „PROFITOPOLIS“. Der Artikel „PROFITOPOLIS – Bilder einer Ausstellung“ auf Seite 10, versucht anhand der Erläuterung und Interpretation dieser Ausstellung ihre ideologische Funktionen, sowie darüberhinaus die der scheinprogressiven, herumtheoretisierenden Stadtplaner aufzudecken, die die Bewohner zum Bauherrn ihrer Stadt küren wollen und um das zu erreichen, meinen, mit besseren Wohnungsgrundrissen und ebensolchen Willen der Bewohner wäre es getan. Meistens jedoch beschäftigen sich die Arbeiten mit Teilproblemen unserer Städte, sei es nun die offensichtlich verhängnisvolle Verkehrskatastrophe, die chronische Wohnungsnot und partielle Unterversorgung mit sozialen Einrichtungen oder aber die Verödung der Innenstädte, also die Degeneration des einst pulsierenden Herzens der Städte zum verstopft-gefäßigen Konsumpanzen, oder gar die oft beklagte Finanznot der Gemeinden und mit ihr die Aushöhlung der kommunalen Autonomie und was der kritikwürdigen Probleme städtischer Umwelt noch mehr sind.

Kurz, die Stadt, die räumliche Umwelt ist in jüngster Zeit Kristallisationspunkt der Kritik aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung, den Interessenverbänden und Parteien und den Massenmedien geworden.

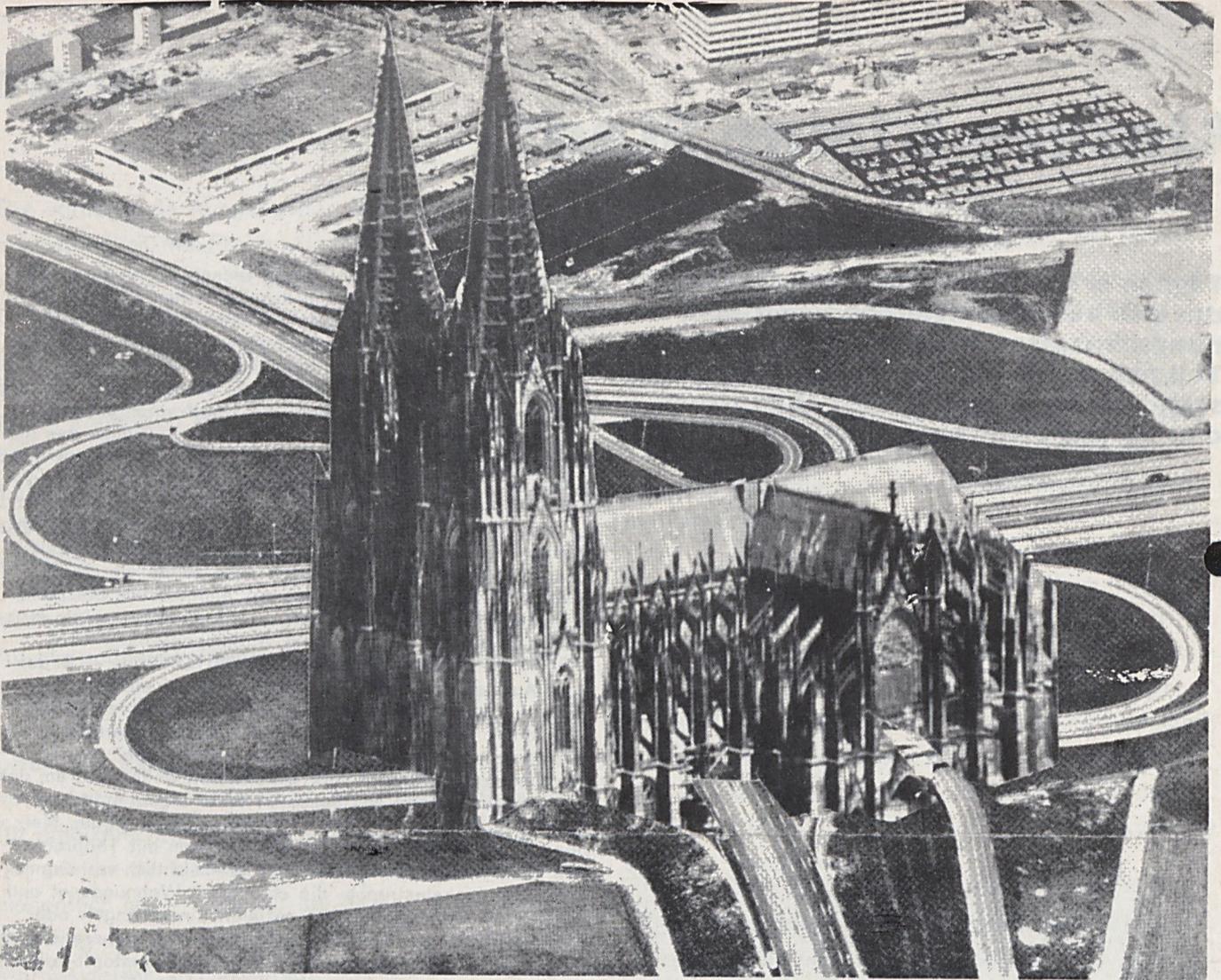
Ohne zunächst auf die unterschiedlichen Motive und differierenden Argumentationen der jeweiligen Kritiker einzugehen, seien einige Streiflichter auf die angesprochenen Problemkomplexe geworfen und auf die sich mit jenen befassenden Artikeln in diesem Heft verwiesen.

Was wird beklagt? Um was wird getrauert und wogegen fordert man Abhilfe?

Mit offenen Augen durch Darmstadt zu gehen oder auch einige Jahre in Darmstadt zu wohnen, was ja für den Großteil der Leser zutrifft, reicht hinlänglich aus als anschauliche Aufklärung über die zentralsten negativen Begleiterscheinungen städtischer Entwicklung im allgemeinen. Tagtäglich kann man die schlimmsten Auswirkungen des sich beschleunigenden Verstärkungsprozesses am eigenen Leibe erfahren. Zum Teil scheinen sie schon so selbstverständlich bzw. unerlässlich, daß sie nicht einmal mehr auffallen.

1. Verkehrschaos

Eine Fahrt vom Hauptbahnhof zur Nachtweide durch die Innenstadt, am besten bei Einsetzen des Berufsverkehrs, oder



Vorschlag für die Kölner Domumgebung

aber Parkplatzsuche an der Alten Hochschule überzeugen ohne weiteres, daß das Gerede von der heillosen Verstopfung der Straßen nicht vom Himmel fällt. Die Folgen dieser Autoflut sind hinlänglich diskutiert und bekannt:

- a) die Luftverpestung durch die Auspuffgase der Autos hat ein gesundheitsgefährdendes Ausmaß erreicht.
- b) Nahezu 20 000 Menschen müssen jährlich ihr Leben im Straßenverkehr lassen, als gleichsam selbstverständliches, von Göttern auferlegtes Opfer, das dem Individualverkehr wie einem Minotaurus Jahr für Jahr dargebracht werden muß.
- c) Statt das gegenwärtige, wesentlich auf dem Individualverkehr beruhende Verkehrskonzept grundsätzlich in Frage zu stellen, werden vom Ministerium für Verkehr (Leber-Plan = projektierte Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen bis zum Jahr 1985) und den anderen für den Verkehr zuständigen öffentlichen Ämtern Milliardenbeträge für den Ausbau des Straßennetzes verplant. Sie favorisieren, wenn nicht auf Geheiß, so doch sicher nicht gegen die Interessen der Automobilindustrie und der an ihrem Schlepptau hängenden Zulieferbetriebe das Automobil als Transportmittel in höchst fragwürdiger Weise. Das geschieht, obwohl nicht nur unter Fachleuten, Stadtplanern

und Verkehrsexperten, sondern auch in weiten Kreisen der verschiedensten politischen Gruppierungen, Konsens darüber besteht, daß das Automobil den Anforderungen, die an den Verkehr in den kommenden Jahren gestellt werden, in keiner Weise gerecht wird. Als Konsequenz sollten verstärkte Anstrengungen in der Förderung und Forschung im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel unternommen werden. Hinweis darauf, daß sich diese Erkenntnis auch langsam aber sicher in die Köpfe der politischen Kommunalvertreter setzt, gibt die Antrittsrede des neuen Oberbürgermeisters von Frankfurt R. Arndt, in der er die zukünftige Investitionspriorität für den öffentlichen Nahverkehr vor dem Straßenbau ankündigte. Der Grund für die gegenwärtig noch klar dominierende Förderung des Automobils ist in der konjunkturellen Abhängigkeit der Gesamtwirtschaft vom Wohlergehen der Automobilindustrie zu sehen, die in dieser Hinsicht zweifellos eine Schlüsselindustrie darstellt. (Nicht weniger als jeder 7.-8. Arbeitnehmer ist für die Automobilindustrie einschließlich Zulieferung und Service tätig.)

Charakteristisch für die Art und Weise, wie in unserer Gesellschaft Probleme solcher Art gelöst werden, ist diese aufwendige Verbesserung der gegenwärtigen strukturellen Voraussetzungen zugunsten kurzfristiger Sicherung wirtschaft-

licher Stabilität (Von-der-Hand-in-den-Mund-Planung), statt grundsätzliche, strukturelle Veränderungen anzupacken, deren Notwendigkeit Allgemeinut nicht nur wissenschaftlicher Erkenntnis ist.

2. Wohnungsnot

Auch da wird jeder Student und keinesfalls nur die Studenten seine untrüglichen Erfahrungen bei der Wohnungs- oder Zimmersuche gemacht haben. Der Wohnungsmarkt, vornehmlich in den Ballungszentren, ist leergefegt. Die Mieten sind in den vergangenen zehn Jahren ungleich höher gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Besonders hart trifft diese Situation den ökonomisch schwächeren Teil der Bevölkerung, die Arbeiter – unter ihnen besonders die Gastarbeiter und Lehrlinge – und Studenten, die nicht in der Lage sind, hohe Mieten zu bezahlen. Unzählige Beispiele gibt es, in denen findige Hausbesitzer aus dieser Notsituation Kapital schlagen – Mietwucher, Mieterschikane, Vermietung von halbzerfallenen Wohnquartieren zu horrenden Mieten, ohne daß sie auch nur mit den hygienischen Minimalstandards ausgestattet sind. Der Skandal um die Baufirma HOLZMANN, die ihre ausländischen Bauarbeiter in Bruch- und Bretterbuden unter katastrophalen Bedingungen (unzureichende sanitäre Anlagen, Kontaktverbot mit Außenstehenden und ein Zusammenleben auf aller engsten Raum) nach bester frühkapitalistischer Manier beherbergte, soll hier nur als Beispiel dienen. Wenn ein Fehlbedarf von 3% an Wohnungen als angemessen und verträglicher Prozentsatz für einen gutfunktionierenden, florierenden Wohnungsmarkt betrachtet wird, d. h., wenn akzeptiert wird, daß drei von hundert Menschen, sei es in Obdachlosenasylen, auf der Straße oder sonst wo ihr Leben zu fristen gezwungen sind, aber andererseits die Verfassung einem jedem das Recht auf Wohnung zubilligt, so spottet die Realität jedem Anspruch von Sozialstaatlichkeit. Der Beitrag „Geschichte einer großen Verschleierung – Sozialer Wohnungsbau“ auf Seite 21 setzt sich intensiver mit der Entwicklung des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik auseinander und zeigt anhand der veränderten gesetzlichen Bestimmungen den Wandel von der Wohnungszwangswirtschaft zum freien Wohnungsmarkt und die gegenwärtige Situation.

Die Diskrepanz zwischen der immer noch nicht beseitigten Wohnungsnot in der BRD – die meint, stolz darauf sein zu müssen, zu den fünf Staaten mit dem höchsten Lebensstandard in der Welt zu gehören – und dem Verfassungsanspruch, konnte nicht ohne politische Folgen bleiben. Betroffene Wohnungssuchende, auf die Straße gesetzte Mieter, andere, die durch die auf ihr Wohnviertel zu kommende Sanierungen ihre Wohnungen bedroht sehen, oder dem Mietwucher Ausgesetzte, haben begonnen sich zu wehren. Sie haben sich zu Bürgerinitiativen, Mieteraktionen oder Stadtteilgruppen zusammengeschlossen oder haben durch Besetzungen von leerstehenden Häusern ihr Recht auf Wohnung durchgesetzt. Indes beschränken sich diese Gruppen nicht nur auf die Kritik der miserablen Wohnsituation, sondern versuchen auch soziale Mißstände aufzugreifen wie den Mangel an Kindergärten, Spielplätzen, Schulen und anderen Sozial- und Bildungseinrichtungen, oder aber die Folgen einer Sanierung, die sich über die Köpfe der Sanierungsbedürftigen hinweg vollzieht (Martinsviertel). Über die Arbeit, die politi-

schen Intentionen und die auftretenden Schwierigkeiten in diesem Bereich politischer Praxis berichtet der Artikel „Stadtteilarbeit“ auf Seite 17. Exemplarisch an den diversen politisch arbeitenden Darmstädter Stadtteilgruppen werden die Möglichkeiten und Mittel von Aufklärungsarbeit und die Widerstände von den verschiedensten Seiten gezeigt. Wie wichtig diese Aufklärungsfunktion solcher Gruppen ist, zeigt sich am Beispiel Martinsviertel, wo die Stadt als Sanierungsträger systematisch versucht, die Martinsviertler über die Folgen der Sanierung im Unklaren zu lassen und zwar durch Scheinaufklärung. Durch eine Ausstellung, von der kaum jemand wußte und die die wenigen nicht verstanden, und Broschüren, in denen die Bewohner durch Verständnisheuchelei verhohnepipelt werden.

Siehe dazu die Glosse „Sanierungsplanung Martinsviertel – eine Informationsbroschüre für Bürger oder von der Unverschämtheit, Sanierungsbedürftige über ihren Rausschmiß zu informieren und sie zugleich zum fröhlichen Mitplanen aufzufordern“ auf Seite 39 und auch den Erfahrungsbericht über den Mißbrauch von Stadtplanern im Stadtplanungsamt „Als Freischaffender Mitarbeiter im Stadtplanungsamt“ auf Seite 35.

Sind die Erfolge dieser politisch arbeitenden Gruppen noch sehr bescheiden, so sind zum Beispiel die von der Stadt Darmstadt eingerichteten Wohnungsvermittlungsstellen, die tendenziell dazu geeignet sind, dem schmarotzenden Maklergewerbe die Arbeit abzunehmen, und das neue Mieterschutzgesetz als Reaktion auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu werten.

3. Bodenspekulation

Neben der Geschäftemacherei auf dem privaten Wohnungsmarkt und der schmarotzenden Wohnungsmakerei stößt die Bodenspekulation auf verstärkten Widerstand der Bevölkerung.

Paradebeispiel für unverhohlene Bodenspekulation und ihre Folgen ist das Frankfurter Westend. Der Privatbesitz an Grund und Boden ermöglicht den billigen Aufkauf des gemessen an seinem günstigen Standortbedingungen zu unrentabel genutzten Boden (in der Regel Wohnfläche, wie auch im Westend) und den gewinnträchtigen Wiederverkauf z. B. an Unternehmen des tertiären Sektors (Verwaltung, Banken, Versicherungen), die nach ihrer Meinung weit mehr an günstige Standortbedingungen, wie infrastrukturelle Anbindung oder Nähe zur City, gebunden sind als die Wohnbevölkerung und vor allem, was das entscheidende ist, eine weit höhere Miete bezahlen können. Professionelle Bodenspekulanten nehmen sich diese Möglichkeiten zu „Herzen“. Durch geschickten An- und Verkauf zeitigen sie unglaublich hohe Profite. Da zählt es wenig, daß Bewohner umgesiedelt, alte soziale Bindungen zwischen ihnen zerrissen werden, Wohngebäude, die noch keine 10 (zehn!) Jahre alt sind, oft gut erhaltene Gebäude mit hohem Wohnwert den Abrißkommandos zum Opfer fallen. An ihrer Stelle werden vielgeschossige Bürohochhäuser errichtet. In diesem Viertel vollzieht sich ein Verdrängungsprozeß, eine Nutzungsumwandlung vom reinen Wohngebiet zum Verwaltungsgebiet. Die vertriebenen Bewohner müssen woanders angesiedelt werden, meistens in den neuerrichteten Wohnmaschinen der Vorortstädte. Das

gleiche Schicksal erfahren auch die Innenstadtbewohner und die aus Sanierungsquartier Vertriebenen.

Dieser in diesem Ausmaß neuartige Verdrängungsprozeß bedeutet eine räumliche Funktionsteilung, die als kausale Entsprechung den sich immer mehr arbeitsteilig auffächernden Produktionsprozeß widerspiegelt. Das besagt: die Tätigkeitsbereiche menschlichen Daseins – Wohnen, Arbeiten, Konsum – werden nach Kostengründen getrennt. Welche Folgen diese Entwicklung nach sich zieht und welche Voraussetzungen sie schafft für den Wandel in der Sozialstruktur und dem sozialen Verhalten, soll als Problem in folgendem Punkt angesprochen werden.

Ein Ergebnis dieses Entmischungsprozesses sei hier am Beispiel des Verkehrs nur am Rande erwähnt. Immer mehr Pendler müssen in die Stadt und sind wegen der großen Entfernungen auf Transportmittel angewiesen. Die Verkehrsströme erhöhen sich und verstopfen die Straßen noch mehr. Das zeigt beispielhaft, wie die hier widergegebenen Erscheinungen in einer Stadt zusammenhängen, sich gegenseitig beeinflussen oder verstärken.



Noch ist also der Bodenpreis Hauptparameter städtischen Wandels. Dazu jedoch gesellt sich die Sanierung als aktueller, neuer Weg zur Kanalisierung der durch den Bodenmarkt, verursachten räumlichen Fehlentwicklungen, wie Zersiedelung, Zerstörung von Stadtbezirken und so weiter.

Einen groben historischen Gesamtüberblick über die kapitalistische Stadtentwicklung und der sie begleitenden Ideologien versucht der Aufsatz „Zur Kritik der kritischen Stadt-Umweltkritik“ auf Seite 23 zu geben. Er untersucht die Stadt nicht als auto- und menschenfressendes Moloch, zu dem sie sich plötzlich vom beschaulichen Romikastädtchen („Abend will es wieder werden, alles geht zur Ruh“) mit munterem Leben und Treiben gemausert hat, **sondern er begreift sie als historisches Produkt, das als Realität, so wie wir sie erleben, nicht zufällig in dieser Ausformung entstanden ist, sondern als städtische Umwelt, die die veränderten Bedingungen kapitalistischer Produktion, vom Konkurrenzkapitalismus bis heute, jeweils räumlich nachvollzogen hat.** Der letztgenannte Artikel empfiehlt sich all denjenigen, die die anderen Beiträge in diesem Heft in einem übergeordnetem Zusammenhang interpretiert wissen wollen.

4. Die Einöde in den Citys und den Trabantenstädten

- 1) Verödung der Innenstädte, vor allem in den Abendstunden, weitgehender Verlust städtischer Öffentlichkeit und ihre Beschränkung auf die Konsumsphäre (Kino und Kneipen).
- 2) Trostlosigkeit und Kontaktarmut in den neugebauten Vorortstädten vor den Toren der Zentren (Beispiele, die allgemein bekannt sind: Märkisches Viertel in Berlin, Nordweststadt in Frankfurt oder Neukranichstein in Darmstadt)

Diese Merkmale haben einiges gemeinsam: Sie sind beide Folgen des vorher skizzierten Verdrängungsprozesses, der im wesentlichen kapitalistische Stadtentwicklung ausmacht. Beide beschreiben die sozialen Konsequenzen daraus, die sich im Tenor sehr ähneln. Man könnte sie für die beiden Seiten ein und derselben Medaille halten. – Verlust von Urbanität: eine sehr häufig von Architekten und Stadtplanern benutzte Vokabel, kaum genau definiert; aber allgemeiner Konsens besteht darüber, was ungefähr damit gemeint ist. Vielleicht kann gesagt werden, daß mit dem Schwinden der Urbanität folgende spezifisch städtische Eigenschaft betrauert wird: eine möglichst große Vielzahl von Kontaktmöglichkeiten in den verschiedensten Bereichen gesellschaftlichen Lebens, sei es auf wirtschaftlicher, kultureller oder politischer Ebene. Sie setzt eine rege am städtischen Leben teilnehmende Bürgerschaft voraus.

Diese Eigenschaft der Stadt und der Bürger ist verlorengegangen mit den integrierten Lebensbereichen von Wohnen und Arbeiten und mit dem frühkapitalistischen Produktions- und Zirkulationsrahmen, in dem die Stadt noch als Ort ökonomischer Entscheidung im Mittelpunkt stand. Mit der Monopolisierung, mit den sich tendenziell überregional organisierenden Kapitalien haben die Städte diese Stellung in der Produktionssphäre verloren. Den Städten bleibt allein die Funktion der Daseinsfürsorge und der Ausbildung, die in ihrer Ausformung auch weitgehend der Verfügung der Städte entzogen wurde zugunsten übergeordneter Einheiten sowohl in der Privatwirtschaft, den Konzernen, als auch der administrativen Instanzen (Bund und Länder – z. B. Landesentwicklungsplan HESSEN 80). Vor diesem Hintergrund, in dem der Verlust der kommunalen Autonomie und die Finanznot der Gemeinden eine zentrale Rolle spielt (siehe nächsten Punkt) ist die Kritik an den gegenwärtigen Zuständen der Verlassenheit und Öde in City und Trabantenstädten zu sehen.

Tatsächlich gegen nach Ladenschluß in den deutschen Innenstädten die Lichter aus. Dem einsamen Citywanderer (Darmstadts City steht da dem anderer Städte in nichts nach) bietet sich ein trauriges Bild von Öde und Langeweile. Bestenfalls Kino, Kneipe, Puff und Window-Shopping – also Naß-, Feucht- oder Trockenkonsum – könnten Absicht sein, die Innenstadt aufzusuchen. Ihre Funktion hat sich auf die Versorgung der Bewohner in Supermärkten und Kaufhauskonzernen reduziert. Einen die Konsumsphäre übersteigenden Bereich städtischer Öffentlichkeit sucht man vergebens.

Ebenso in den Vorstädten: Auch dort das Fehlen von regem Stadtleben. Obwohl in ihnen oft 20-30 000 Menschen oder mehr leben, bilden sie Enklaven, abgesondert vom städtischen Verkehrsnetz, deren Wohnblocks nur über sogenannte Erschließungsstraßen erreichbar sind. So wie in den Innenstädten fast **überhaupt nicht mehr** gewohnt wird, wird in den Schlafstädten **nur** gewohnt, bzw. geschlafen (sie werden nicht umsonst so genannt). Die konkreten Probleme in diesen Vierteln sind fast überall gleich:

- a) die Bewohner der Wohnsilos kommen häufig aus alten, gewachsenen Stadtteilen oder als Zuwanderer aus ländlichen Gebieten, in denen sie sich in einem wohlvertrauten sozialen Kontext befanden, ohne daß ihnen jetzt die Möglichkeit gegeben ist, soziale Kontakte aufzunehmen. (Als Beispiel sei das Märkische Viertel genannt, in das viele Bewohner vom Arbeiterviertel Kreuzberg umgesiedelt worden sind.)
- b) die Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Jugend- und Bürgerhäuser und Läden, die den Bedarf an Waren liefern, der von den Supermärkten – sofern vorhanden – nicht gedeckt wird, sind entweder nur ungenügend vorhanden oder werden erst – wenn überhaupt – eingerichtet, nachdem die Wohnungen schon längst bezogen sind.



Tagsüber sind die Trabantenstädte entvölkert, nachts wird geschlafen und dazwischen liegen zermürbende Fahrten durch den zählflüssigen Verkehr zur Arbeit. Kommunikation zwischen den Bewohnern beschränkt sich auf flüchtige Kontakte; Öffentlichkeit ist das Fernsehen. Die abstumpfende Arbeit, die oft die letzten physischen und psychischen Reserven aufzehrt, läßt nur schwerlich ein anderes als konsumfixiertes Freizeitverhalten zu.

Seit über 20 Jahren werden nach diesem Muster neue, reine Wohnviertel auf grünen Wiesen aus dem Boden gestampft. Oftmals zerstören sie das ganze umliegende Gebiet als wichtige Naherholungsgebiete (Beispiel: Heiligenstock im Norden von Frankfurt). **Durch die Zersiedelung der Landschaft entstehen unstrukturierte, diffuse und unwirtliche Stadtländschaften, die es einem verbieten von „Stadt“ zu sprechen, ohne die Assoziationen, die landläufig mit ihr verknüpft werden, über Bord zu werfen.**

Der Verlust städtischer Öffentlichkeit ist in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen von bürgerlichen Sozialwissenschaftlichen thematisiert worden und wurden von Architekten und Stadtplaner entweder hausbackene Rezepte oder hochfliegende Stadtutopien zur Abhilfe angeboten. Sie alle vereint, grob gesprochen, die Trauer um den Untergang von Urbanität, wie sie die frühkapitalistische Stadt des 19. Jahrhunderts charakterisierte, und der Wunsch, dieses Bild von Stadt wieder restauriert wissen zu wollen, ohne den Versuch einer Erklärung zu unternehmen, welche Faktoren diesen Wandel der Öffentlichkeit und des sozialen Lebens gerade in dieser Weise bestimmt haben. **Bemühten sie sich darum, kämen sie zu dem Ergebnis, daß sie mit noch schöneren Entwürfen und hoch angenehmeren Einkaufsstraßen mit noch netteren Läden – und was Architekten sonst noch unter Kommunikation verstehen – keinen Deut an den Ursachen unserer städtischen Entwicklung ändern.** Die kapitalistische

Produktion verlangt ihren Preis – hier die städtische Öffentlichkeit. Und den läßt sie sich auch nicht von visionären Stadtmodellen oder Kommunikationszentren abschwatzen. Dies etwas genauer und in den unterschiedlichsten Bereichen zu zeigen, ist eine Absicht dieses Heftes.

5. Verlust der kommunalen Autonomie

Die Finanzen der Städte befinden sich in katastrophaler Verfassung, die Gemeinden stecken bis über den Hals in Schulden, und ihre Steuereinnahmen vermögen gerade, die laufenden Personal- und Instandhaltungskosten zu decken. Wegen der Ebbe in den Stadtkassen müssen vor allem soziale und infrastrukturelle Investitionen zurückgestellt werden. Nun ist das Wohlergehen (die Höhe der Steuereinnahmen) einer Stadt abhängig von den Steuerabgaben der ortsansässigen Industrie. So nimmt es nicht Wunder, daß die Kommunen sich im Anbieten von Vergünstigungen aller Art überbieten, um Unternehmen anzulocken. Da nun diese Lockmittel auch aus der Stadtkasse bezahlt werden müssen, gehen sie nicht selten zu Lasten der ohnehin knapp bemessenen Sozialinvestitionen. Diese Buhlerei der Städte um Gewerbeansiedlung, der offene Konkurrenzkampf zwischen ihnen läßt sich also so erklären:

- a) der Anteil der von den ortsansässigen Unternehmen abgeführten Gewerbesteuer am Gesamtsteueraufkommen Städte schnellte von 48% im Jahr 1950 auf 92% im Jahr 1969
- b) die Kommunen können ihre chronische – und durch Bau- und Personalkostensteigerungen sich ständig verschärfenden Finanznot lediglich dann spürbar mildern, wenn sie es schaffen, neue Industrie anzusiedeln.

Bei dieser Suche nach ansiedlungswilligen Unternehmen sind die Gemeinden gezwungen, sich in Zugeständnissen an die Industrie gegenseitig zu übertreffen: ein Mechanismus, der permanent Steuergelder in private Taschen leitet. In dieser offen einseitigen Zwangssituation sind die Kommunen weitgehend den Forderungen der Konzerne ausgeliefert. Diese Abhängigkeit führt von billigem Verramschen von teurem städtischen Boden (siehe Luisenplatzplanung), über kurzfristige Änderung der Flächennutzungspläne auf Geheiß der Interessenten, über Aufzwingen der Nachfolgekosten, die sich aus der privaten Planung ergeben, bis zu schlichten Fällen von Erpressung, Schiebe- und Mauscheleien. Einige der größten Knüller der Art sind von der Presse aufgegriffen worden. Die „Luisenplatzaffäre“ hat sehr viel Staub aufgewirbelt und Gemüter erhitzt. Wie sich konkret solch ein Fall kommunaler Abhängigkeit von überregional organisierten, großen Privatunternehmen aussehen kann, zeigt der Artikel „Luisenplatz – oder wer bestimmt wie in der Innenstadt geplant wird“ am Beispiel Darm-Karstadt auf Seite 31. Er steht in einer beliebig zu verlängernden Reihe von Affären dieser Art, von denen

VEBA und Orsoyland
IBM und Hannover
BASF und Ludwigshafen
OPEL und Bochum
SIEMENS und München

nur als Beispiele namentlich erwähnt werden.

Diese zwischenstädtische Konkurrenz um die Gewerbesteuer erzeugt vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt (konjunktur- und strukturpolitisch) höchst nachteilige Effekte.

a) Diese willkürliche Industrieansiedlung führt zu einer ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Ballungszentren und den restlichen Gebieten. Entgegen dem raumordnerischen Ziel einer räumlich gleichmäßig geordneten Struktur der Gebiete in bezug auf die „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse“, häufen sich in den Ballungszentren noch mehr Industriebetriebe und wandern aus den strukturell ohnehin schon benachteiligten Landgebieten noch mehr Arbeitskräfte ab.

b) Oft unsinnige Doppelinvestitionen, beim Versuch sich in der Jagd um Attraktivität gegenseitig auszustechen, statt interkommunale Koordination der Investitionen. Das Gebot, die eigene Anziehungskraft zu erhöhen, die Nachbarstädte zu übertrumpfen, erfordert nun einmal solche Ausgaben wie ein neues Theater zu idiotischen 80 Millionen zur Pflege des Kulturimmitchs, obwohl Frankfurt als auch Wiesbaden ein großes Schauspielhaus besitzen.

Da es aber auf die Dauer untragbar ist, daß mit öffentlichen Mittel derart geaast wird, scheint es unumgänglich, Wege zu finden, die eine gezieltere und geplante Einsetzung dieser Mittel ermöglichen, die den Bedürfnissen einer gesunden Gesamtwirtschaft angepaßt sind. So ist es zu verstehen, daß sich die jährlichen Steuereinnahmen der Gemeinden seit Ende des Krieges zwar erheblich erhöht haben, aber ihr Anteil am Gesamt-Steueraufkommen gesunken ist und weiter sinkt. Das bedeutet also eine Zentrierung der Steuermittel bei den Ländern und vor allem beim Bund. Reformen und Gesetzeswerke wie das Stabilitätsgesetz, und die Gemeindefinanzreform beschleunigen diese Tendenz, die letztlich darauf hinausläuft, die Gemeinden in der Investitionspolitik stärker an die übergeordneten Gebietskörperschaften zu binden. Denn neben den oben genannten strukturpolitischen Nachteilen eigenständiger Kommunalpolitik hat sich das „prozyklische“ Investitionsverhalten der Gemeinden in der „sich überhitzenden Konjunktur“ negativ auf die Wirksamkeit konjunktureller Steuerungsmaßnahmen seitens des Bundes ausgewirkt. Die finanzielle Armut der Städte, Anlaß allgemeinen Lamentierens der Stadträte und der Bürgervertreter, ist also keineswegs zufällig; **die Kommunale Armut ist geradezu Bedingung wirksamer Strukturpolitik. So drückt die Klage über den Verlust kommunaler Autonomie zumeist die mit Lokalpatriotismus getünchte Position des Städtischen Klein-gewerbes aus, das seine Einflußsphäre schwinden sieht.** Öffentliche Armut und Autonomieverlust erweisen sich somit als überholte Kampfbegriffe rückständiger Kapitale gegenüber der sie schluckenden kapitalistischen Entwicklung und der sich aus ihr ergebenden Notwendigkeit zentraler Steuerung öffentlicher Mittel.

Kursbuch

Mai 1972 **27**

Im Abonnement 5 Mark. Einzeln 7 Mark

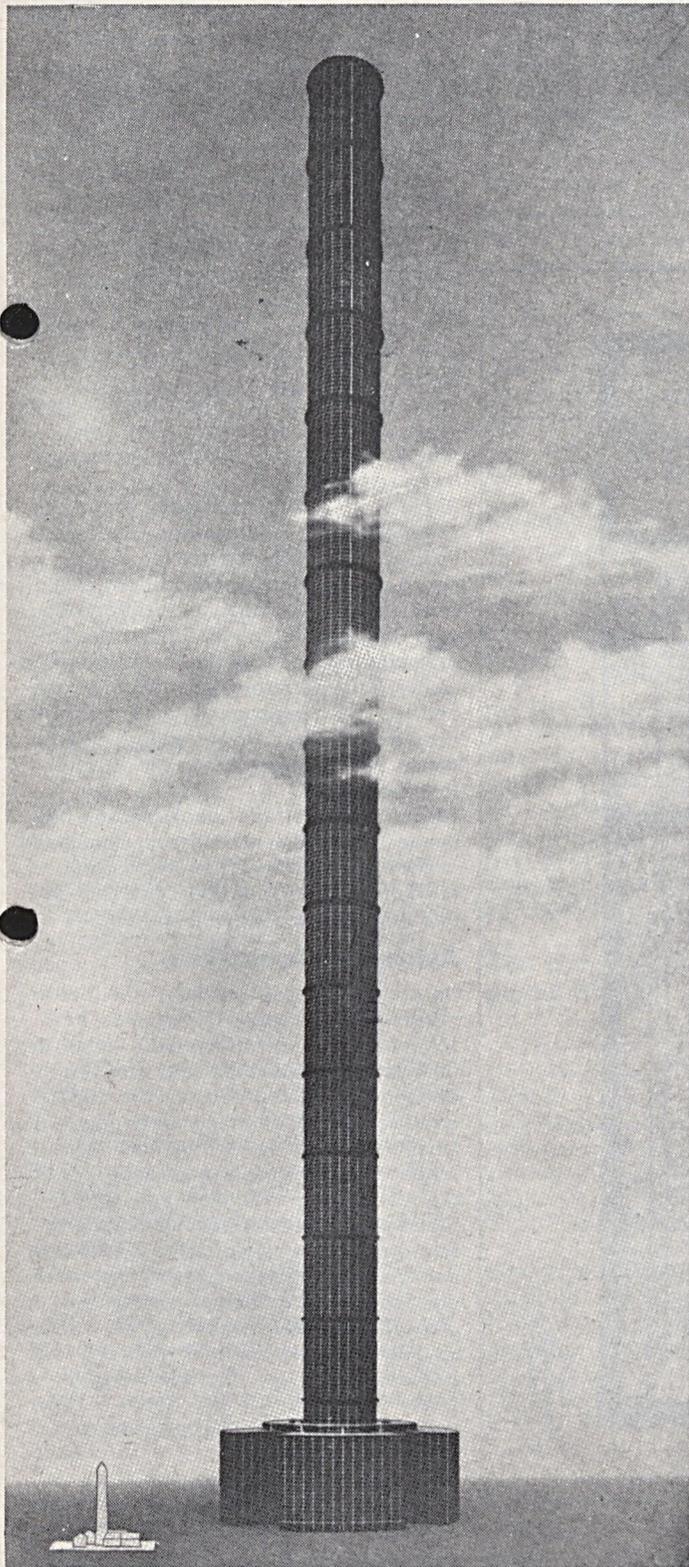
1 Berlin 31, Jenaer Straße 9

Kursbuch Verlag | Wagenbach

PLANEN BAUEN WOHNEN

»Schöner Wohnen«. Protokoll aus dem Märkischen Viertel Wohnungspolitik. Leitfaden durchs kalkulierte Chaos Grundbesitz, Grundrente und Hausbesitzerprofite Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv Industrialisierung des Bauens in der BRD Die Entwicklung des Bauwesens in der DDR Ausbeutung im italienischen Wohnungsbau Kapitalistischer Wohnungsbau in der Schweiz

Kursbogen: Das Große Hoffmans-Comic-Gesellschafts-Spiel



Anhand einer nur in erster Annäherung skizzierten kapitalistischen Stadtentwicklung gesehen, daß die Stadt im herkömmlichen Sinne als historische Siedlungsform sich überlebt hat.

Wir haben gesehen, wie sich diese historische Siedlungsform Stadt, — wie sie noch weitgehend unsere Stadtkerne prägt und von der wir in aller Regel unser „Idealbild“ von einer Stadt überhaupt beziehen —, in der Auflösung begriffen ist: jene Stadt nämlich des vorigen Jahrhunderts (der Zeit des Konkurrenzkapitalismus), die als Zentrum der wirtschaftlichen Aktivitäten der zahlreichen, kleinen Kapitaleigner und anderer Bürger der Ort war, an dem die Bürger sich in städtischer, politischer Öffentlichkeit über die Rahmenbedingungen einer sich noch weitgehend selbst überlassenen Gesellschaft einigte. In dieser Sphäre des Warenausches, öffentlicher, politischer Diskussion und kultureller Betätigung konstituierte sich Urbanität in dem oben beschriebenen Sinne als Ausdrucksform eines emanzipierten Bürgertums.

Zu sehen war auch, daß im Zuge der gesellschaftlichen und technischen Umstrukturierungen im Produktionsbereich sich neue Siedlungsstrukturen als Folge der Verdrängungsprozesse ausbilden und einschneidende Eingriffe in alle Lebensbereiche erzwingen (Entmischung der Funktionen). Die gegenwärtige kapitalistische Stadtentwicklung bedeutet: die Unterordnung der Ansprüche der Bevölkerung an die entscheidende Qualitäten städtischen Lebens, unter das Primat der reibungslosen Sicherung kapitalistischer Wirtschaftsabläufe der Ansprüche an die konkrete Umwelt, wie sie viele in der historisch überfälligen Form der Stadt als Feld politischer Emanzipation zumindest für die Bürger, also klassenspezifisch, gewahrt sahen. Daraus ist zu lernen, daß die Stadt, so wie sie sich uns jetzt darbietet, ein Produkt geschichtlicher Entwicklung ist, die sich unter Mißachtung elementarer Bedürfnisse der Bevölkerung außerhalb gesellschaftlicher Diskussion vollzieht. Die Entwicklung der Städte darf nicht länger dem blinden Geschichtswirken des Kapitalismus überlassen bleiben, sondern sie muß zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion und bewußten Wollens gemacht werden.

„Unsere kleine Stadt“

So nennt der Architekt sein Turmstadt-Projekt von 1,25 km Höhe. Die technischen Daten:

64 m Durchmesser

356 Stockwerke

24 Komfortwohnungen je Stockwerk

25 000 Einwohner

Besondere Vorteile werden für die Bewohner im oberen Turmteil, also über der Wolkengrenze, angekündigt: gebirgsartige Fernsicht bei klarem Wetter, natürliche Höhen Sonne, auch bei Regenwetter staubfreie Höhenluft.

Aus: Wohnen 2000 Architekt: R. Gabriel, Berlin

Profitopolis

Bilder einer Ausstellung

Stellvertretend für die Flut von Publikationen zum Stadtproblem wird hier die Ausstellung „Profitopolis“ auf ihre Auswirkungen hin untersucht. Dabei wird sichtbar, zu welchen gefährlichen und falschen Schlüssen der Aufruf zum Kampf gegen die Vorherrschaft des Profits führen kann, wenn er allein im moralischen Appell stecken bleibt, und wenn kritische Einsicht zusammenschumpft zu der Behauptung: „Schuld ist vor allem der Bürger.“

Die Probleme der Stadt erfahren gegenwärtig eine ungewöhnliche Publizität. In Büchern, in Reportagen, auf Tagungen und in Ausstellungen wird die Stadtmisere beschworen. Es soll hier der Versuch gemacht werden, die Ausstellung „Profitopolis“ des Deutschen Werkbundes, die vor einigen Wochen im neuen Hauptgebäude der TH zu sehen war, exemplarisch auf ihren Informationsgehalt, ihren Erkenntniswert und ihre Handlungsanweisungen hin zu analysieren – sie mit ihrem eigenen Anspruch eine politische Ausstellung zu sein, zu konfrontieren.

„Eine Ausstellung, die vom Zustand unserer Städte und von der notwendigen Änderung dieses Zustandes handelt, ist zwangsläufig eine politische Ausstellung.“

(Einleitung S. 5) Dabei wird der „zwangsläufig“ ideologische Charakter im einzelnen nachgewiesen.

Die Auswirkungen dieser kritisch sich gebärdenden Ausstellung rechtfertigen eine eingehende Beschäftigung: in Studienarbeiten und Städtebauentwürfen, in Leitartikeln, Wettbewerbserläuterungen und auf Bürgerversammlungen werden die Sprüche von „Profitopolis“ zitiert; ganze Schulklassen haben die Ausstellung besucht.

Um im einzelnen die ideologischen Momente im Argumentationszusammenhang nachweisen zu können, muß zunächst ein kurzer Überblick über den Aufbau der Ausstellung gegeben werden.

Aufbau der Ausstellung

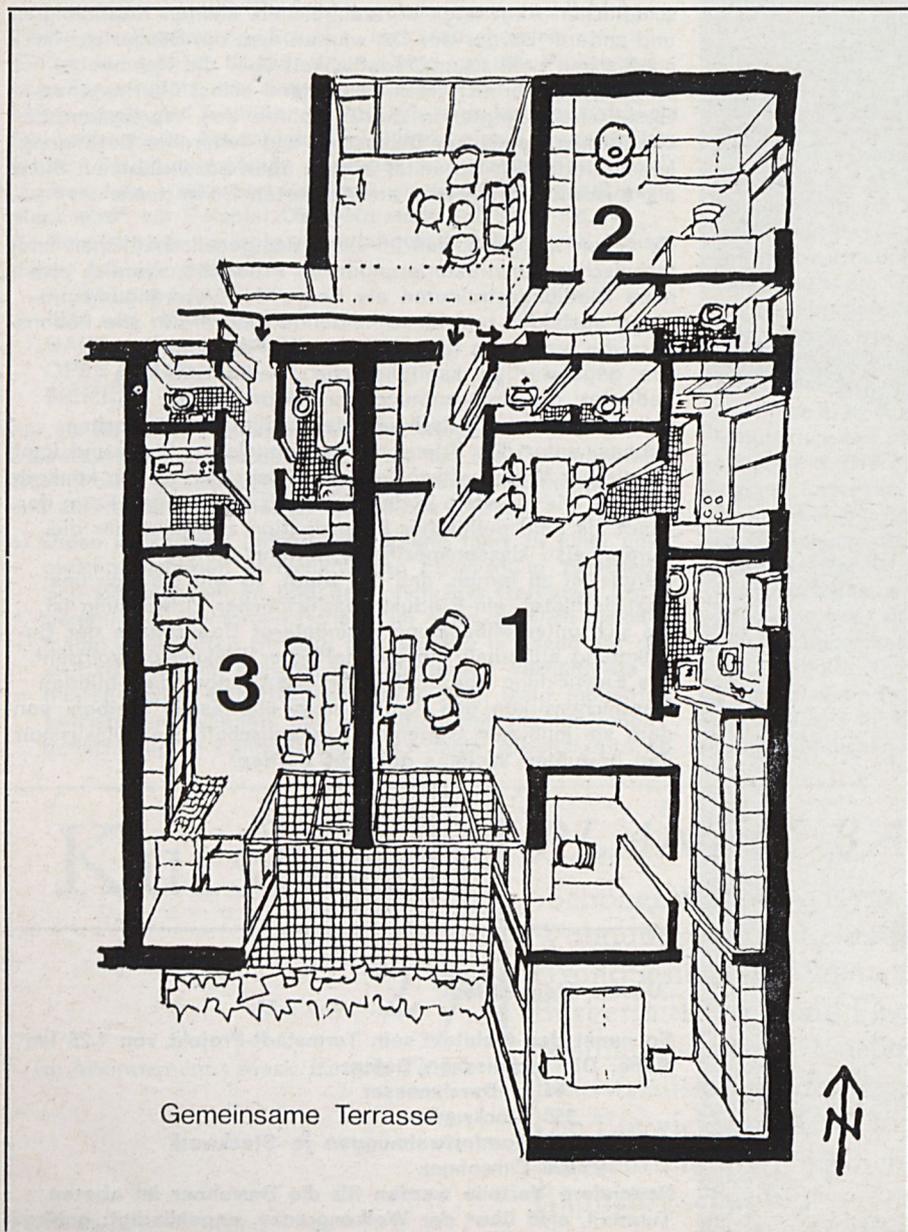
Im ersten Teil wird zunächst die Stadtmisere an bekannten Symptomen beschrieben. Verantwortlich dafür seien die falschen Wertmaßstäbe, die den Profit als oberstes Gebot setzten. Die städtische soziale Wirklichkeit wird mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen im Grundgesetz konfrontiert und die Verfassungswidrigkeit von Bodenpreiswucherei und Spekulantentum beschworen. Nach erfolgreicher Suche nach den Verantwortlichen müssen auch noch die Schuldigen gefunden werden:

„Schuld ist vor allem der Bürger. Er versagt als Bauherr seiner Stadt. Er läßt sich beherrschen, wo er zu herrschen hätte.“

Und: „Bürger die sich diese Städte gefallen lassen, verdienen keine besseren Städte.“ (Tafel 27)

Was also ist zu tun?

„Die Stadt muß die Bedürfnisse der Menschen erfüllen. Wir müssen unsere Bedürfnisse artikulieren.“ (T. 29)



„Nicht zusammen, aber beieinander wohnen.“

Im folgenden Teil werden nun die Lebens- und Wohnbedürfnisse artikuliert.

Begonnen wird mit dem einfachsten Konkreten: dem Raum, dann der Familienwohnung. Es wird später gezeigt, wie gerade dieser Ansatz ein wichtiges Moment im ideologischen Argumentationszusammenhang ausmacht. An einem Wohnungsgrundriß für drei Familien, der der Idee eines Dreigenerationenhaushalts entspringt, wird das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, vom Nicht-Zusammen-, aber Beieinander-Wohnen beispielhaft demonstriert. Dabei ist die Engräumigkeit und Plumpheit des Grundrisses kaum noch von einem des sozialen Wohnungsbaus zu überbieten. Dieses Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit wird in den folgenden Schritten auf die sozialräumlichen Beziehungen der Nachbarschaft und der Wohngegend angewendet und steigert sich mit den Forderungen nach Mischung der Funktionen, nach menschlichem Maßstab, nach Nähe zur Natur und nach einer kinder- und altengerechten Stadt zum Ruf nach mehr Urbanität:

„Nur in der gesellschaftlichen Vielfalt entsteht lebendiges urbanes Leben. Statt isolierter Ghettos brauchen wir die komplette gesellschaftliche Situation.“
(T. 37)

Es wird später genau zu untersuchen sein, welche ideologische Funktion diese „Vielgestaltigkeit“, diese „vollständige Population“ übernimmt. Eine Wohngegend von 800 Familien wird zur Erfüllung

„der ganzen Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse und Veränderungswünsche“ (T. 38) für optimal erachtet. Dabei wird in einer Kostenrechnung nachgewiesen, daß diese Wohngegend in der Lage sei, ihre sämtlichen gemeinschaftlichen und sozialen Einrichtungen qua Kaufkraft selbst zu tragen. Es sollen 250 Arbeitsplätze in Betrieben für halbtagsarbeitende Mütter angeboten werden,

„wodurch die Lebendigkeit einer Wohngegend wesentlich gesteigert“ (T. 39) werden soll. Was das für Betriebe sind, die die Lebendigkeit so wesentlich steigern werden, wird nicht gesagt. Man geht von einer sich selbst erhaltenden Gleichgewichtsstruktur in der Wohngegend aus: Das Umziehen kann in ein und derselben Gegend geschehen, zum Beispiel weil sich die Familie vergrößert oder weil jemand seine Wohnbedürfnisse geändert hat. Es sollen

nämlich in jeder Wohngegend Hochhäuser, Terrassenhäuser und Einfamilienflachbauten mit Garten zu bestimmten Anteilen gebaut werden, damit jeder seine individuellen Wohnbedürfnisse befriedigen kann, denn

„kein Planer hat das Recht, die Vielfalt dieser Wünsche aus ökonomischen oder formalen Gründen zu mißachten und die Bürger in die Monostruktur stereotyper Häuser zu zwingen.“
(T. 40)

In einem weiteren Schritt wird die größere Einheit, das Quartier entwickelt, das man sich aus mehreren Wohngegenden zusammengesetzt vorstellt. Von der Beschreibung des Quartiers geht man über zur Großstadtorganisation, zur Beschreibung von Stadtteilen und der City.

Nachdem so die Lebens- und Wohnbedürfnisse des Bürgers artikuliert worden sind, wird er aufgerufen, seine Stadt zu verändern; zum Beispiel so: „Environments“ und „gesellschaftliche Vielfalt“ müssen geschaffen, Zentren gestiftet und die Natur muß zurückgewonnen werden. Da jedoch die bestehenden Machtverhältnisse eine Realisierung nicht zulassen, wird der „akute Notstand“ ausgerufen (T. 61). Doch da kommt in letzter Minute wie ein *deus ex machina* die „Bürgerinitiative“ dahergeflattert, baumt auf und beginnt das Zehn-Punkte-Programm an alle Bürgerinitiativler zu verkünden.

Von Bürgern, für Bürger — gegen Bürger

„Profitopolis ist ein zorniger, ein engagierter Name für einen bösen Zustand. Die Ausstellung, der wir diesen Namen geben, ist provokativ. Sie soll kritische Einsicht provozieren, damit Vernunft eine Chance gewinnt. Die Chance der Vernunft ist die Chance unserer Stadt und unserer Demokratie.“ (Einleitung S. 5)

Eine in der Argumentation zentrale Rolle spielt der Bürger. Er ist das eigentliche Zielobjekt der Agitation. Er ist der Angeklagte, der Schuldige der ganzen Stadtmisere:

„Die Schwäche der politischen Vernunft ist nicht in ihr selbst begründet, sondern sie besteht in dem Unvermögen der Bürger, sich ihrer zu bedienen und sie ins Werk zu setzen.“ (E. S. 5)

Und da wir in einer Demokratie leben, in der all das getan wird, was nur

energisch genug gefordert wird, sind die Bürger auch die einzigen, die die Stadt retten können:

„Damit unsere Städte wieder menschenwürdiger werden, ... müssen die Bürger sich entschließen, mündig zu werden und initiativ an der Gestaltung ihrer Stadt mitwirken.“ (E. S. 5) Und: *„Die Stadt der Zukunft ist soviel wert, wie die Kraft ihrer Bürger, sich übertriebenen Anpassungszwängen mit kritischer Einsicht entgegenzustemmen.“* (Mitscherlich, T. 16)

Der Vorwurf grenzt an Unverschämtheit, wenn er nicht in dieser Naivität vorgebracht würde. Hier wird unterstellt, daß der Bürger überhaupt Möglichkeiten des Widerstands, des Auflehns gegen die Herrschenden gehabt hätte. Die psychische und physische Zerstörung des Menschen in einem entfremdeten Arbeitsprozeß wird negiert; der Zwang zur Unterordnung, zur Anpassung an die Forderungen von Betrieb, Schule und Berufskarriere, die Zerrüttung im Konkurrenzkampf wird hier den Bürgern zum Vorwurf gemacht, weil sie nach Feierabend keine Zeit mehr haben, sich um Angelegenheiten des Gemeinwohls zu kümmern. Wie soll der, dem es niemals erlaubt war, seine Vernunft zu gebrauchen, der immer auf die Irrationalität des Systems reagieren mußte, um überleben zu können, wie soll der plötzlich in der Lage sein, Vernunft zu fordern und anzuwenden?

Vielleicht ist aber dieser Bürger, der Arbeiter, Beamter und kleiner Angestellter ist, gar nicht gemeint? Gemeint sind die Bürger, die sich nur einen Ruck zu geben brauchen, um mündig zu sein und die initiativ an der Gestaltung ihrer Städte mitwirken können. Diejenigen, die Sachverständnis, Energie und Geschick haben, die in dieser Gesellschaft Erfolgreichen, die, die ihre Bedürfnisse ohnehin formulieren und durchsetzen die sich gegen übermäßige Anpassungszwänge zur Wehr setzen können, die also sind mit „Bürger“ gemeint. **Was zunächst nur als neutraler Begriff erschien, mit dem Subjekt und Objekt des Stadtplanungsprozesses formuliert sei, dieser „Bürger“ entpuppt sich stattdessen als bourgeois.** Der so übermäßig zur Schau getragene kritische Anspruch wird hier sehr verdächtig, und man sieht schon jetzt, daß keiner dieser „Bürger“ durch ihn provoziert oder in Frage gestellt wird.

Der Bourgeois applaudiert, und den Bürgern, den Unterdrückten und Erfolg-

Nur in der gesellschaftlichen Vielfalt entsteht lebendiges urbanes Leben. Statt isolierender Gettos brauchen wir die komplette gesellschaftliche Situation.

Die komplexe Lösung einer Wohngegend schließt Isolierungen aus und bewirkt durch den Zusammenhang aller Bezüge eine hohe Lebensqualität. Durch die gegenseitige Abstimmung aller Bedürfnisse wird ein Funktionssystem hergestellt, das auch in wirtschaftlicher Hinsicht ungleich besser ist, als das übliche System isolierter Funktionserfüllung.

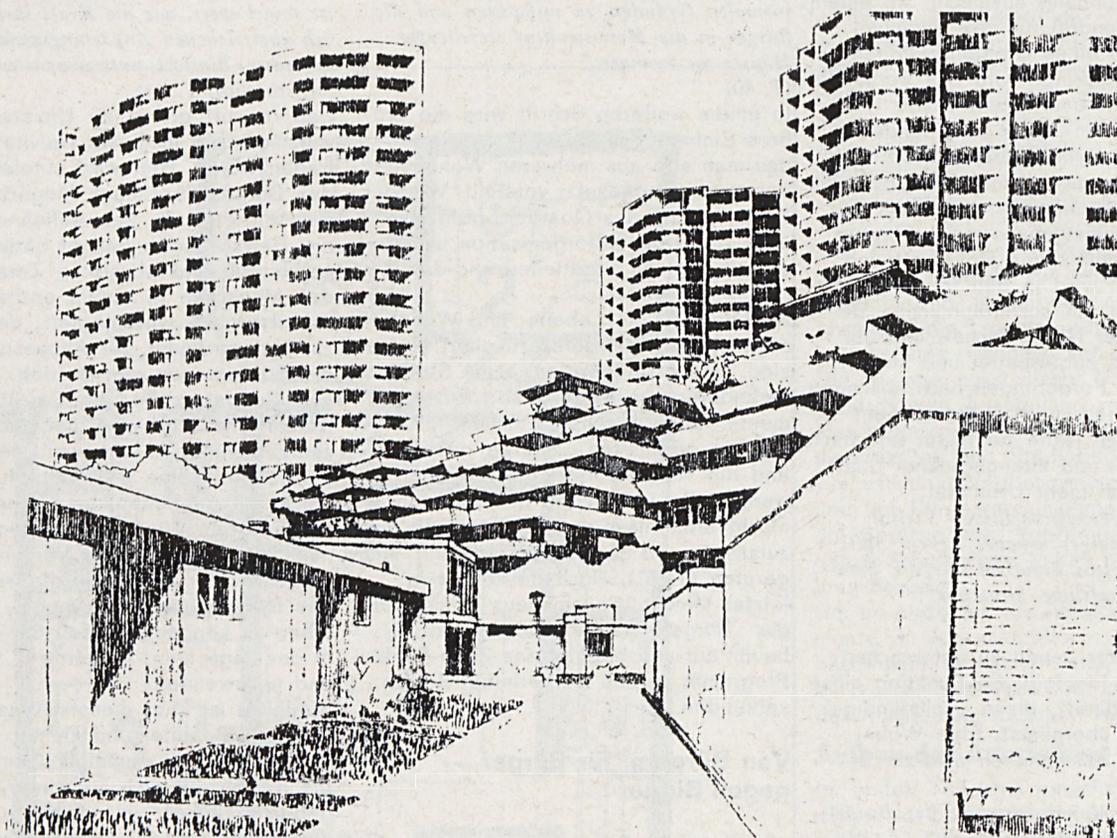
Die erwünschte „vollständige Population“ wird erreicht, wenn alle in der Gesellschaft vorkommenden Wohnbedürfnisse und Ansprüche nach Wohnungsarten und -mengen in jeder Wohngegend berücksichtigt werden.

Wenn in einem Wohngebiet wegen der wünschenswerten Vielfalt der Haushaltsgrößen und Haushaltsstrukturen ein Wohnungsangebot für eine „vollständige Population“ gemacht wird, so ergibt sich schon hieraus eine Vielgestaltigkeit der Hausformen.

Hans Paul Bahrdt

Nicht in der Gliederung der Baumasse, sondern bei einer funktionsfähigen Gliederung menschlicher Bezüge im Stadtraum muß die Einstellungsänderung beginnen. Was wir beobachten, ist nicht nur Flucht vor dieser Aufgabe in Traumklichs; wir beobachten zugleich die Flucht in Raumästhetik, welche die fehlenden menschlichen Affektbeziehungen trügerisch ersetzen soll.

Alexander Mitscherlich



„...wegen derwünschenswerten Vielfalt... ergibt sich schon hieraus eine Vielgestaltigkeit...“ H.-P. Bahrelt

losen dieser Gesellschaft wächst die Wut, wenn sie als Schuldige angeklagt werden. Wer von ihnen kann sich noch mit diesem „Bürger“-Begriff identifizieren?

Hier wird nicht unterstellt, daß die Initiatoren der Ausstellung mit listiger Hinterhältigkeit den ideologischen Charakter ausgeheckt hätten. Sondern es soll gezeigt werden, wie hier, im ehrlichen Bemühen um eine gute Sache, Denkschemata unbewußt wirksam werden, die kapitalistischen Herrschaftsinteressen entspringen sind und letzt-

lich dazu führen, die Zustände, zu deren Abschaffung die Ausstellung beitragen will, zu erhalten. Das allein ist gemeint, wenn hier immer wieder der Vorwurf der Ideologie erhoben wird.

Argumente aus der Mottenkiste

Die Argumentation erinnert an jene, die vor hundert Jahren geführt wurde: Das Elend der Proletarier sei ein selbstverschuldetes, und darum könnten sie sich auch durch einen Ruck von Alkoholumismus, Hurerei und Roheit selbst befreien.

Heute wird selbst von bürgerlichen Theoretikern anerkannt, daß man damals die Symptome mit den Ursachen verwechselt habe, die nur die Folge eines bestialischen Ausbeutungsprozesses der herrschenden Klasse waren.

Die Nähe zur Argumentation heute in Bezug auf die Stadt ist deutlich: statt Proletariat wird Bürger gesagt, ohne diesen Begriff schichtenspezifisch zu differenzieren, und diese seien schuld, weil sie aus selbstverschuldeter Passivität heraus den Dingen ihren Lauf gelassen

hätten. Und so wie damals tönt auch heute der Apell an die Moral, die im Grundgesetz verbürgten Rechte wahrzunehmen. So einfach haben es sich bürgerliche Wissenschaftler wie Bahrdt und Mitscherlich schon immer gemacht. Und Herr Böhme folgt in ihrem Kielwasser, wenn er eine Reformierung der Reichsgaragenordnung und der Umsatzsteuer fordert.

Heute wie damals wird an Symptomen laboriert, ohne die Ursachen zu nennen.

Die Entwicklung wird über diese Ausstellung hinweggefegt, und ihre Argumente werden in die Rumpelkammer bürgerlicher Interpretationen sozialer Wirklichkeiten eingehen.

Der Weg zur Familienwohnung ...

Allgemein anerkannt ist die Tatsache, daß die Stadtmisere nur im Gesamtgesellschaftlichen, das heißt sozio-ökonomischen Zusammenhang sinnvoll diskutiert werden kann. Stattdessen wird die Argumentation mit dem Hinweis, das Problem Städtebau sei in seiner Vielschichtigkeit ja gar nicht so kompliziert und unzugänglich (T. 29), reduziert auf den oben beschriebenen kausalen Zusammenhang, die Bürger hätten sich nicht rechtzeitig gegen die Vorherrschaft des Profits gewehrt.

Dabei wird der „Profit“ auf einige wenige Träger projiziert: auf Banken, auf Boden- und Mietpreiswucherer, auf Spekulanten, die man schon in den Griff zu bekommen meint. Daß der „Profit“ als herrschendes Prinzip die gesellschaftlichen Individuen in subtilster Form als verdinglichtes Bewußtsein, als Konkurrenz- und Konsumzwänge während des Sozialisationsprozesses durchdrungen hat und beherrscht, wird nicht genannt. **Durch diesen Trick, indem man einfach unterstellt, man hätte sich zu irgendeinem Zeitpunkt für oder gegen den Profit entscheiden können, löst man das Problem Stadt aus seinem gesellschaftlichen Geflecht heraus und gibt es der freien Verfügungsgewalt der Bürger zur Lösung zurück, womit Stadt gleichzeitig auf den Aspekt des Wohnens reduziert wird.**

Hier ist der typisch bürgerliche Ansatz: jeder engagiert und kann sich ja auch nur in dieser Gesellschaft engagieren, wenn es um die Durchsetzung seiner eigenen Interessen geht; die Veränderung der Stadt und die Rettung der De-

mokratie gehen nur von der Familienwohnung aus. Der Vorstellung, daß der einzelne Bürger in der Demokratie potentieller Träger von Macht über Profitinteressen sei, entspricht das Bild von der Familie als Zelle der Gesellschaft. Das Problem ist auf jene Stufe reduziert worden, die Hans-Paul Bahrdt fordert: *„Humanitäres Denken und Handeln kann gar nicht konkret genug beginnen.“*

(T. 17)

Die Methode, die wir hier verfolgen konnten, ein komplexes Problem auf eine konkrete Einzelheit zu reduzieren, sie zu trennen von den Wirkungen der Umgebung und eine gereinigte Laborsituation zu schaffen, entspricht dem bürgerlichen Wissenschaftsbegriff und der Logik der Spezialisten. Die Einsichten in den Gesamtzusammenhang und die wechselseitigen Beziehungen und Bedingtheiten gehen dabei verloren.

Ausstellungen sind zwar dazu verdammte, zu vereinfachen. Von daher formuliert sich auch ihr Auftrag und das Spezifische der Agitation, daß sie Kontakterlebnisse zur weiteren differenzierteren Auseinandersetzung vermitteln. Dieser Zwang entbehrt aber jeder Legitimation, wenn komplizierte Wahrheiten zu Falschheiten zurechtgestümmelt werden. **Dieser Zwang, der von den Ausstellungsveranstaltern achselzuckend konstatiert wird, wird hier zum Träger von Ideologien, die in eingängigen Werbespots präsentiert werden.** Die sich durch kritischen Anspruch für den Ausstellungsbesucher oberflächlich legitimierende Ausstellung erweckt ein umso größeres Mißtrauen, als gerade an den Knotenpunkten der Argumentation dieser Anspruch zerreißt. Weil diese Punkte im allgemeinen kritisch sozialen Engagement als Brüche nur schwer wahrgenommen werden, ist die Ausstellung umso gefährlicher.

... und zur „Wohntätigkeit“

So wie die Stadt, so wird auch der Mensch auf einen einzigen Aspekt seines Daseins reduziert, das Wohnen.

„In dieser Wohngegend muß jeder finden können, was er zum täglichen Leben braucht, vor allem die ihm gemäße Wohnung.“

(T. 40)

Vom Wohnen hängt sein Glückseligkeit ab, durch gute Wohnungen kann die Gesellschaft und die Demokratie gesunden: ein typisch bürgerlicher Architektentraum!



Von einer in ihren Konsequenzen völlig undurchsichtigen Arbeit, die einem abstrakten Kapitalverwertungsgesetz unterworfen ist und deren Produkte dem einzelnen Arbeiter völlig beziehungslos gegenüberstehen, von Kapitalverwertungsindustrien und Fließbandproduktion ist ohnehin nicht die Rede — als ob diese Form der Arbeit nicht das tägliche Dasein der Menschen und ihre Geschicke bestimmen würde. Solange alles dies unberücksichtigt bleibt und nur die Wohnverhältnisse verbessert werden, läßt sich keine tiefgreifende Veränderung gesellschaftlicher Zustände einleiten. Aus allem bisher gesagten wird auch deutlich, daß das die Ausstellung auch gar nicht will; daß mit Provokation und politisch-kritischer Einsicht nur eine Oberflächenkorrektur bewirkt werden soll. **Es geht hier vielmehr darum, das Vertrauen in die Zukunft und in das System zu stärken, das in Zukunft so flexibel sein wird, die Besitzverhältnisse im Sektor Wohnlandbesitz zu verändern — es geht nicht darum, die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im Produktionsbereich zu verändern. Damit zerplatzt die zentrale Forderung, die Vorherrschaft des Profits abzulösen durch Vernunft und Humanität.**

Was provokativ erscheint, erweist sich als systemstabilisierend, politische Forderungen entpuppen sich als Mittel, gesellschaftliche Zustände zu verlängern, und kritische Einsicht vermittelt Ideologien: notwendig falsches Bewußtsein.

Und so erfreut sich diese kritische Ausstellung allgemeiner Zustimmung, denn niemand kann die gegenwärtigen Zustände gut heißen, ohne sich nicht Vorwürfen ausgesetzt zu sehen. So kann Prof. Hagenmüller, Direktor der Deutschen Bank in Frankfurt, leichten Herzens an einer Podiumsdiskussion über diese Ausstellung teilnehmen, auf der TH-Professor Max Bächer den Vorsitz führte (FAZ vom 7. 4. 72). Herr Hagenmüller antwortete auf die Frage, ob die Banken nicht aus den Städten ausgesiedelt werden könnten, „zum einen sei seine Bank — wie die anderen — auf die Kommunikation mit der Börse, der Landeszentralbank und der Bundesbank angewiesen, zum anderen schätzen es die Angestellten sehr, die Citynähe in der Mittagspause oder nach Dienstschluß für Einkäufe zu nutzen.“ (Vergleiche den Artikel: Von der Unverschämtheit... speziell über den bevor-

stehenden Einzug von Banken, Versicherungen und Verwaltung ins Martinviertel.)

Damit ist die Funktion kapitalistischer Städte treffend charakterisiert: **Sie konzentrieren Macht, Intelligenz und Information auf engstem Raum. Millionen-Geschäfte müssen in kürzester Zeit und mit dem geringsten Aufwand auf vertrauensvoll persönlicher Basis abgewickelt werden können. Denn auf die Bewegungen des Weltmarktes muß schnell und wirksam reagiert werden können.**

Ansonsten macht Herr Hagenmüller die Forderungen von Profitopolis zu seinen eigenen. Er reiht sich ein in den erlauchten Kreis von Autoritäten wie Bahrdr, Mitscherlich, OB Vogel, TH-Professor Sieverts und U. Conrads, die hier zitiert werden und auf deren Konsensus „quer durch alle politischen, religiösen und sonstwie gearteten Formulierungen“ (Einleitung S. 5) die Veranstalter stolz sind.

Damit sind die Aussagen der Ausstellung „objektiv“, sanktioniert, tabuisiert und der Kritik enthoben — und vor allem: die Veranstalter für ihre Civilcourage hinreichend legitimiert.

Herr Lehmbruck, einer der Initiatoren der Ausstellung, der sich durch unverfrorene Offenheit erfrischend absetzt vom sonstigen Polit-Gewäsch, ist vermutlich deshalb auf die Hinterbänke verwiesen worden mit seinem schnöden Gezeiter: er durfte ein Nachwort im Katalog schreiben. Katalogpreis 12 DM.

Der allgemeine Zuspruch zu der Ausstellung erklärt sich einfach damit, daß sich ihre Forderungen nur im Bereich humanitärer Apelle bewegen und daß sich ihre Analysen nur auf herausgelöste Einzelprobleme beziehen. Es wird unterstellt, daß Demokratie ein Freibrief für Humanität und Vernunft sei, wenn nur alle den guten Willen dazu hätten. Daß aber unsere Gesellschaft schon viel länger eine kapitalistische als eine demokratische ist, daß sich dieses ökonomische Prinzip in der Wirklichkeit durchsetzt, ganz unabhängig von moralischen Forderungen und mit moralischen Kategorien auch nicht begriffen werden kann, wird nicht gesehen. Daß sich dieses Prinzip ganz unabhängig über die Köpfe hinweg bewegt, weil die Menschen nicht in der Lage sind, trotz ihres hohen Vergesellschaftungsgrades sich zu organisieren, das bleibt unerwähnt. **Das ideologische Moment besteht darin, daß rein menschliches Interesse und humanitäre Konkretheit mit dem Klasseninteresse kapitalistisch produzierender Privateigentümer identifiziert wird.**

Neurotische Spielsituation

Von der vorher geschilderten konkreten Ebene der Familien-Wohn-Zelle aus, baut sich dann die Wohngegend auf mit ihren drei Haustypen: Hochhaus (mit Künstleratelier im obersten Geschoß), Terrassenhaus (mit den „hängenden Gärten der Semiramis“) und dem Einfamilien-Flachbau. Bei der Entwicklung dieser Haustypen wendet man folgende Methode an: Stellen wir uns mal ganz dumm und tun so, als ob wir alles könnten. Also jene typische Spielsituation, von der jeder Architekturstudent und -Künstler träumt; und dann wird losgewirbelt:

„Wenn die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse erfüllt wird, dann erlebt der Mensch die Wohngegend als interessante, abwechslungsreiche Struktur von räumlichen Situationen und verschiedenartigen Baukörpern, von flachen, terrassierten und hohen Gebäuden, von Wegen, Gassen, Treppen, Plätzen,

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM and
MAPLE
PIPE
MIXTURE

Gross-
Packung
250g
12.50 DM

Arkaden, von privaten hängenden Gärten und öffentlichem Park, von Werkstätten und Geschäften... Manche wollen zu ebener Erde nahe der Natur wohnen und wären nicht mit 10 Pferden ins 20. Geschoß eines Hochhauses zu bringen, andere lieben die Ruhe und den weiten Blick in isolierter Höhe und pfeifen auf den Garten. Jeder hat Ansprüche auf die Erfüllung seiner Wohnwünsche, und kein Planer hat das Recht, die Vielfalt dieser Wünsche aus ökonomischen und formalen Gründen zu mißachten und die Bürger in die Monostruktur stereotyper Häuser zu zwingen.“ (T. 37)

So also sieht die von Bahrdt gewünschte „vollständige Population“ aus: Ein gesellschaftliche Potpourri, ein Cocktail-Mix à la Metron-Martinsviertel-Speisekarte. **In Wirklichkeit werden hier gesellschaftliche Zustände zementiert und die gegenwärtige statistische Verteilung von Hochhäusern und Einfamilienhäusern, die aus ökonomischen Zwängen und Privilegien erwachsen ist, als freie Bedürfnisartikulation verkauft und pervertiert zur Aufrechterhaltung genau dieses Zustandes.**

Die Zukunft von Bürgerinitiativen

„Nur engagierte Bürgerinitiative kann den Druck erzeugen, der es Politikern und Fachleuten möglich macht (oder sie dazu zwingt), die berechtigten Ansprüche der Menschen gegen alle Anmaßung von Interessengruppen durchzusetzen.“ (T. 29)

In vielleicht fünf Jahren wird es keine Stadtplanung mehr geben, an der nicht Bürgergruppen mitentschieden haben. Bürgerinitiativen werden als integraler Bestandteil öffentlicher und privater Planungsverfahren perfekt organisiert und damit in den Apparat institutioneller Entscheidungsvorgänge integriert werden. Die Tendenzen dahin kündigen sich schon an: Im Batelle-Institut in Frankfurt wird z. Zt. kooperativ mit anderen Schwesterinstituten in Amerika und der Schweiz an einem Simulationsmodell gearbeitet, das Lebens- und Wohnbedürfnisse von Stadtbewohnern ermitteln und deren Veränderungen in der Zeit aufzeigen soll. Das heißt, daß in formalisierte Stadtentwicklungsmodelle formalisierte Bedürfnisartikulationsmodelle von Bevölkerung gleich miteinbezogen wer-

den. So ist es möglich, verschiedene Planungsalternativen auf ihre Konsequenzen hin durchzuspielen. Dadurch können Konflikte frühzeitig erkennbar gemacht und entsprechende Befriedigungsstrategien rechtzeitig und wirksam eingesetzt werden.

Was wir heute noch als emanzipatorisches Auflehnen gegen die Interessen der Herrschenden begreifen, wird uns morgen aus der Hand genommen. Es wird jedes politische Moment verlieren: weil es als Forderung von Betroffenen, als Widerstand und Kampf gegen Kapitalinteressen bereits von diesen und ihren Strategen taktisch eingearbeitet uns entgegentreten wird.

Es hat, obgleich die Forderungen von Bürgerinitiativen befriedigt worden sind, eine andere Qualität gewonnen: jene resignativ-anonyme Humanität, die den Menschen vom System produziert wird. Es wird dann nicht mehr möglich sein, das System an dieser Stelle zu kritisieren, weil seine Widersprüchlichkeit nicht mehr erlebt werden kann. Die Institutionalisierung von Bürgerinitiativen hat das kapitalistische Krisenmanagement weiter perfektioniert.

In Zukunft wird es auch keine Städte mehr geben mit unerträglichen Lebensbedingungen. Subjektiv erlebtes Elend wird aufgehoben. Doch der entscheidende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Produktionsmittelbesitzern und Produzenten bleibt weiterhin konstituierend. Sichtbar wird er nur noch an der Peripherie des Systems: in den Entwicklungsländern. Hier treten die Widersprüche in unverminderter Härte auf. In den Zentren des Kapitals, in den Metropolen der westlichen Welt, werden sie zunehmend beherrschbar und ent-rücken dem Bewußtsein der Menschen.

Hiermit soll gezeigt werden, daß Bürgerinitiativen nur in einer ganz bestimmten historischen Situation dazu in der Lage sind, politisierend zu wirken. Langfristig erleiden sie das gleiche Schicksal wie die Gewerkschaften, die, gegründet als Kampfinstrument gegen Kapitalinteressen, heute integrierter Bestandteil des Wirtschaftsgefüges geworden sind.

Zu einer wirklichen Veränderung der Stadtstrukturen sind Bürgerinitiativen sowohl heute wie erst recht langfristig nicht in der Lage. Dies um so mehr, wenn die politisierenden Möglichkeiten

Sonnenurlaub in MALLORCA

Cala Santanyi

Flug von Frankfurt nach Palma und zurück
7 Tage Vollpension schon ab **DM 396,—**

Calas de Mallorca

Flug von Frankfurt nach Palma und zurück
7 Tage Vollpension schon ab **DM 420,—**

Cala Figuera

Flug nach Palma ab/bis Frankfurt
7 Tage Vollpension schon ab **DM 328,—**
Bei Anreise am **16. 9. — 23. 9. — 30. 9.** oder **7. 10. 72**
verbringen Sie die **dritte Woche gratis!**

STUDENTENREISEN DARMSTADT

Zweigstelle der Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.
61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

1. Unsere Städte können nur geändert werden, wenn der Bürger sich darauf besinnt, daß er der legitime Bauherr der Stadt ist.
2. Der Bauherr Bürger hat die Prioritäten für Entwicklung und Planung der Stadt gemäß den normativen Grundsätzen unserer Verfassung zu bestimmen.
3. Jegliche Macht, die ihre eigenen Interessen gegen diese Prioritäten durchsetzt oder durchzusetzen versucht, handelt illegitim.
4. Damit nicht Machtverhältnisse, sondern demokratische Rechtsverhältnisse herrschen, müssen Gesetze, die nicht ausreichen, um verfassungswidrige Machtausübung zu verhindern, geändert und fehlende Gesetze geschaffen werden.
5. Stadtrat und Stadtverwaltung sind auf Initiative und Mitwirkung der Bürger angewiesen; sie sind so stark oder so schwach wie der Bauherr Bürger, dem sie dienen.
6. Völlige Transparenz aller Planungsvorgänge und kontinuierliche Diskussion aller Probleme sind unerlässlich.
7. Unabhängige Sachkundige aller Disziplinen müssen durch Analyse und Darlegung von Problemen und Lösungen die Bürgerschaft befähigen, selbst zu urteilen und an Entscheidungen mitzuwirken.
8. Die geistige Repräsentanz hat der Gesellschaft gegenüber die Pflicht, in völliger Unabhängigkeit von allen wirtschaftlichen und politischen Formierungen den Willen der Bürgerschaft zu artikulieren.
9. Bürgerinitiative ist auf allen Ebenen notwendig und braucht entsprechende Organisationsformen; der demonstrative Protest gegen die „Umsetzung“ aus angestammten Wohngebieten ist so wichtig wie die Bildung von Stadtforen und die Formulierung normativer Zielsetzungen durch einen - zu gründenden - Bundesrat der Bürgerinitiativen.
10. Wir werden in anderen, besseren Städten leben, wenn der Bauherr Bürger die Initiative ergreift und sein im Grundgesetz verankertes Recht auf eine menschenwürdige Stadt gegen alle Widerstände durchsetzt.

in Bürgerinitiativen nur zur Schau getragen werden, wie in dieser Ausstellung, ohne in ihrem Nährboden das Wissen und Bewußtsein zu vermitteln, das nötig ist, um die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktionsweise zu erkennen und in wirksamen Widerstand umzusetzen.

„Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu ge-

brauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterschaft, das heißt zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (K. Marx, Lohn, Preis, Profit; Berlin 1969, S. 70)

Es ist sichtbar geworden, daß der politisch-emanzipatorischen Aufruf zum Kampf gegen die Vorherrschaft des Profits, indem er an einer falschverstandenen Konkretheit ansetzt, mehr und mehr zur bürgerlichen Wohnidylle verflacht. Und es erweist sich als unüberwindbares Hindernis, zum eigentlichen

Kern des Problems vorzustoßen, wenn dem Bürger die Schuldigenrolle zugeschoben wird.

Profitopolis ist eine Ausstellung, die von Bürgern für Bürger gemacht wurde, die sich kritisch und politisch gibt, aber in Wirklichkeit reaktionär ist, weil sie weit hinter das zurückfällt, was andere schon lange vor ihr gedacht und getan haben. Sie ist reaktionär, weil sie mit neuen kritischen Einsichten nur kokettiert, in Wirklichkeit die Interessen einer echten politischen Emanzipation mißachtet. **So bleibt Profitopolis Profitopolis.**

Stadtteilarbeit

1969, Bürgerversammlung Martinsviertel: Die Stadt stellt ihr Konzept für die Osttangente vor, eine Ausfallstraße, die mitten durch das Viertel führen soll. Die Bürger protestieren, der Plan wird zurückgezogen.

1972, Bürgerversammlung Martinsviertel: Das neue Konzept wird vorgestellt. Es unterscheidet sich kaum von dem 1969 abgelehnten. Ist das die Mitbestimmung des Bürgers?

Ein ideologischer Sack für die Sanierungskatze

In Darmstadt hat sich mit der Planung der Osttangente ein Fall ergeben, in dem es gilt, den Betroffenen Verdrängung, Autolärm und Gestank, Zerschneidung des Viertels und Errichtung von Bürohochhäusern schmackhaft zu machen. Hierzu hat die Stadt zwei Wege eingeschlagen: sie gab die Broschüre „Sanierungsplanung Martinsviertel“ heraus und veranstaltete in der Niebergallschule eine Ausstellung zur Information der Bürgerschaft. Motto:

„Der Bürger soll mitbestimmen, wie das Martinsviertel verändert wird. (Diskussion, Frage. Anregung. Kritik.)“ (Plakattext). Aber weder die Broschüre („Mixen Sie einen Cocktail aus Sanierungszutaten!“)

noch die Ausstellung sind darauf angelegt, zu Diskussionen, Fragen, Anregungen und Kritik herauszufordern. In der Ausstellung sieht sich der Betrachter einem Haufen statistischen Materials ausgesetzt, das ihm in farbigen Kreisen und Diagrammen auf oder neben Plänen des Martinsviertels präsentiert wird – seitenlang auf Schreibmaschinenseiten kommentiert. Man sollte wohl während deren Lektüre bei jeder zweiten Zeile den Plan anvisieren, aber wer tut das schon? Macht sich der Betrachter dennoch die Mühe, die Pläne genauer unter die Lupe zu nehmen, – was nützt es ihm? Er weiß zwar, welcher Prozentsatz Arbeiter im Viertel wohnt, aber er weiß nicht, welche Folgerungen die Stadt daraus zu ziehen gedenkt.

Genau das muß aber in der Ausstellung fehlen, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Wer die Ausstellung versteht, steht meist schon auf der Seite derjenigen, die ein Interesse an der vorgeschlagenen Osttangentenführung haben und wohnt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht im Martinsviertel. Der größte Prozentsatz der Martinsvierteler begreift die Ausstellung nicht und hat einmal mehr das Gefühl, sowieso zu dumm zu sein. Dabei ist weder er „dumm“ noch der andere „klug“. Was die Verständigung zwischen beiden verhindert, ist die bewußte Ausschaltung der Vermittlung zwischen der abstrakten Planung und den leibhaftig erfahrenen Veränderungen. Würde jeder Martinsvierteler genau, was mit ihm geschieht, würde ihm rasch klar, daß über seinen Kopf hinweg geplant wird.

Durch die Auslassung dieser Vermittlung werden die haarsträubendsten Dinge möglich. In der Broschüre „Sanierungsplanung Martinsviertel“ können die Verfasser ohne mit der Wimper zu zucken den Leser dazu auffordern, selbst Sanierungspläne zu schmieden. Dazu geben sie ihm als „Cocktailzutaten“ alle Informationen über notwendige, ihn vielleicht selbst betreffende Verdrängungen und Belästigungen an die Hand. (Siehe Artikel „Von der Unverschämtheit...“) Durch den „Cocktail“ soll wohl die Planung zur Bürgerparty werden – und wer nimmt auf Partys die Aufforderung zum Nachdenken schon ernst?

Eine Kette von Abhängigkeit

Derartige Öffentlichkeitsarbeit kann nur das Gegenteil dessen bewirken, was verbal allerorten verkündet wird. Statt „Diskussionen, Fragen, Anregungen und Kritik“ bleibt das Bewußtsein der eigenen Unfähigkeit, mit den Verantwortlichen der Stadt reden zu können, bleibt Apathie und Interesselosigkeit. Die Stadtverwaltung wird als Apparat erlebt, der die Betroffenen rücksichtslos überrollt:

„Ganze Ausstellung hat nach meiner Ansicht keinen Zweck, die Sache ist ja doch längst beschlossen. Das ist ja doch derselbe Plan wie 1969. Wir können machen, was wir wollen, die Bevölkerung kriegt Sand in die Augen gestreut. Da soll so was wie guter Wille gezeigt werden, aber alles ist schon festgelegt. Ist doch alles nur noch Geplänkel.“ (Herr L. zitiert nach Martinsviertelzeitung 2, Mai 72).

Solche Erfahrungen decken sich bei dem Einzelnen mit allem bisher Erlebten – von der Erfahrung der allmächtigen Eltern über den nach einem uneinsichtigen Konzept lobenden und strafenden Lehrer bis zum Betrieb, wo die Frage nach dem Sinn der Arbeit den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten kann. So wird einer breiten Bevölkerungsschicht in allen Erfahrungsbereichen eingepflegt, daß sie sich mit immer wieder auftretenden, ihr Leben bestimmenden Irrationalitäten abzufinden und sich ihnen zu beugen habe. Eine so groß angelegte Planung ist dann die Zerreißprobe für die in allen Lebenslagen geschmiedete Kette von Abhängigkeit und dem resignativen Bewußtsein des Ausgeliefertseins – hält sie, geht das Vorhaben reibungslos vonstatten.

RE-AKTIONEN

Hier stellt sich nun die Aufgabe, diese Kette zu sprengen, um den Teufelskreis aus Abhängigkeit an immer mehr Stellen aufzubrechen. Die Stadtteilarbeitsgruppen, die sich in den letzten Jahren gebildet haben, setzten sich genau dieses Ziel: Entlarvung der scheindemokratischen „Entscheidungs-beteiligung“ der Bürger als raffinierte Verschleierungsmethode, sinnvolle Informationsverbreitung für die Betroffenen und Organisation von Selbsthilfe- und Protestaktionen. Hier werden konkrete Verbesserungen angestrebt, die von den Städten in der Regel äußerst unzureichend geleistet werden. Es werden Kinder betreut, Spielplätze erkämpft, Verkehrsprobleme angegangen und Wohnraumaktionen in Gang gesetzt. Diese einzelnen Punkte sollen aber nicht nur als vordergründige Bedürfnisbefriedigung gesehen werden, sondern über die Erfahrung von Widerständen und Widersprüchen soll die wirkliche Struktur von Machtmechanismen begreifbar gemacht und Fähigkeiten entwickelt werden, ihnen Eigeninitiative entgegenzusetzen.

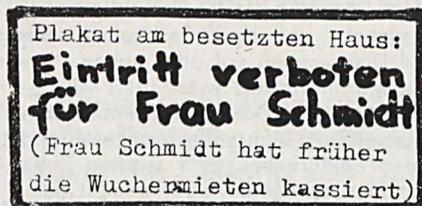
Dazu gehört in erster Linie, eigene Bedürfnisse zu erkennen, für voll zu nehmen und sie zu artikulieren. Für die Durchsetzung ist solidarisches Handeln wichtig, verbunden mit sachbezogener Kommunikation untereinander, die über das Mitteilen spontan erlebter Ungerechtigkeiten hinausgeht und zu Möglichkeiten gemeinsamen Handelns führt.

Erleben — Formulieren — Handeln

Die Notwendigkeit solchen Verhaltens läßt sich aber nicht abstrakt fordern, sondern muß an konkreten Mißständen erkannt werden. Dafür gibt es in verschieden strukturierten Wohngebieten unterschiedliche Möglichkeiten. Stadtteilarbeit im Freizeit- und Konsumbereich muß von vornherein nach anderen Bedingungen fragen als beispielsweise Betriebsarbeit, die direkt im Produk-

tionsbereich ansetzt. So lassen sich leicht Anknüpfungspunkte in mangelnden Freizeiteinrichtungen für Jugendliche finden, was vor allem in Neubaugebieten häufig zu Konflikten führt. In selbstorganisierten Gruppen haben hier Jugendliche die Möglichkeit, diese Konflikte auf ihre Ursache hin zu untersuchen und mit den Schwierigkeiten an ihrer Arbeitsstelle in Zusammenhang zu bringen.

Ein in grundsätzlich allen Großstädten wunder Punkt ist der Mangel an Kindergärten. Er trifft aber besonders solche Wohngebiete, wo Familien mit den niedrigsten Einkommen wohnen und deshalb die Frau zum Mitverdienen gezwungen ist. (Siehe Artikel „Sozialstruktur und Stadt“) Hier setzen Kinderbetreuungsgruppen an, die dann versuchen, über die betreuten Kinder die Eltern zur Mit-



arbeit zu bewegen. Dabei können diese begreifen, daß sie mit bloßen Bitten um Kindertagesstätten auf objektive Grenzen derzeitiger Städte- und damit Gesellschaftsordnung stoßen.

Die größte Zielgruppe ist allerdings in Sanierungsgebieten ansprechbar, weil eine Sanierung grundsätzlich alle Bewohner eines Gebietes trifft. Hier kommt es in erster Linie auf unverfälschte Informationen an, die jeder versteht, und die damit zeigen, wie wenig die städtischen Informationen im Grunde aus-

Darmstadt — der Rote Punkt

In Darmstadt ist die erste Gruppe dieser Art der wohl inzwischen stadtbekannteste Rote Punkt. Um den Mangel an Spielplätzen und Jugendhäusern im Martinsviertel (bei 14 000 Einwohnern sind etwa 45% Arbeiter, deren Wohnungen meist viel zu eng sind, so daß dem Großteil der Arbeiterjugend nur die Straße als Spielplatz bleibt) abzuhelpfen, baute eine Gruppe von Angestellten, Hausfrauen, Lehrlingen, Schülern und Studenten die Kellerräume in der Lichtenbergstraße 26 aus.

Der „Rote Punkt Watzevierviertel“ wurde bald zum Treffpunkt von vielen Kindern und Jugendlichen.

Es kommt offenbar häufig vor, daß die Kinder von berufstätigen Eltern sehr bald die Schüler- und Kinderläden aufspüren, in denen ganz andere Kommunikationsformen zwischen Kindern und Erwachsenen herrschen, als es ihnen tagtäglich begegnet. Sie tauchen bald in größerer Zahl und so häufig auf, daß es notwendig wird, mit ihnen eigene Gruppen zu bilden. So kam es auch im Roten Punkt dazu, daß sich neben der Kindergruppe (bis 10 Jahre) eine Gruppe mit älteren Kindern und Jugendlichen bildete. Aus Raummangel war es nicht mehr möglich, beide Gruppen in der Lichtenbergstraße zu betreuen. Deshalb zog die Gruppe der älteren Kinder und Jugendlichen in die leerstehenden Kellerräume der (besetzten) Ötinger Villa. Von dort wurde sie dann durch einen brutalen Polizeieinsatz vertrieben. (Siehe dazu auch dsz Nr. 125/26) Da es bisher nicht gelang, neue Räume zu beschaffen, mußte die Arbeit dieser Gruppe vorerst eingestellt werden.

Darmstadt — Bürgergruppe Martinsviertel

Die Bürgergruppe Martinsviertel hat sich 1969 nach der Bürgerversammlung gebildet, auf der die Stadt ihr damaliges Osttangentenkonzept vorstellte. Durch den Widerstand der Bevölkerung wurde

Der Kampf geht weiter!

es damals zurückgestellt. Ergebnis: Es wird noch raffinierter versucht, dem Viertel seine „Sekante“ zu verkaufen. Die Bürgergruppe Martinsviertel will nun diese Raffinesse aufdecken, durch verständliche Informationen ersetzen und Gegenaktionen organisieren.

Das geschieht durch die Martinsviertelzeitung, in der in kurzen, prägnanten Texten versucht wird klarzumachen, welche Folgen der Plan der Stadt für das Martinsviertel haben wird. In kurzen Interviews kommen Bürger aus dem Martinsviertel zu Wort, und zwar nicht die, die irgendeinem Journalisten ob ihrer Wortgewandtheit bereits bekannt und ausgewählt sind, sondern solche, die normalerweise nicht gefragt werden. Daß diese Zeitung tatsächlich anspricht, zeigt sich an den Versammlungsabenden, an denen diskutiert wird, was nun konkret getan werden kann. Die Zeitung wird besprochen, es wird beschlossen, Kontakte zu Gruppen aufzunehmen, die die Osttangentenführung um das Martinsviertel herum unterstützen und Hausbesuche werden organisiert, die den Kontaktkreis der Gruppe erweitern sollen.

Diese Bürgergruppe unterscheidet sich aber wesentlich von solchen Bürgerinitiativen, die sich die Planungsmaßstäbe der Stadt im Prinzip zu eigen machen und lediglich glauben, eine bessere Planung könne die Probleme moderner Städte lösen. Sie geht nicht davon aus, daß sie „Bauherr Bürger“ ist (Profitopolis) und dieses Recht nur wahrnehmen muß; auch nicht davon, daß es einer „geistigen Repräsentanz“ möglich sein kann,

„in völliger Unabhängigkeit von allen wirtschaftlichen und politischen Formierungen den Willen der Bürgerschaft zu artikulieren“. (Profitopolis).

Vielmehr geht es ihr darum, die Interessen aufzudecken, die hinter der Osttangentenplanung stecken und diesen offen die eigenen Interessen entgegenzustellen. Dabei will sie nicht in einem „unabhängigen“ und damit realitätslee-

STADTTEIL ZEITUNG MARTINS VIERTEL

NR. 2 - 1. JHRG.
MAI '72

AUFLAGE: 4500

INHALT:

1. Information, Entscheidung, Mitbestimmung
2. Die aktuelle Frage
3. Wir waren in der Ausstellung
4. Hintergedanken zur Osttangente
5. Autobahn quer durchs Viertel
- 7.1. Mai im Martinsviertel

DIE SANIERUNG FRISST UND LÄUFT UND FRISST UND....



HERAUSGEBER: REDAKTIONSKREIS BÜRGERGRUPPE MV

WIR KÄMPFEN FÜR WOHNUNGEN UND KINDERSPIELPLÄTZE

ren Rahmen hin und her schieben lassen mit dem freundlichen Hinweis, es gebe dafür „objektive“, „unabhängige“ Gründe.

Darmstadt — SKA Akazienweg

Wie wenig „objektive Sachzwänge“ tatsächlich unabänderlich sind, zeigt ein Beispiel des Sozialkritischen Arbeitskreises (SKA), der in dem „Schlichtwohnungsgelände“ am Akazienweg arbeitet.

Es ging in diesem Fall darum, das Geld für den Einsatz eines Schulbusses zu bekommen. Die schon länger als der SKA bestehende Interessengemeinschaft Akazienweg mit Sozialdezernent und Bürgermeister Seffrin als Vorsitzendem versuchte natürlich, über ihn das Geld zu bekommen. Ergebnis: Als Herr Seffrin bei einer Versammlung bedauernd mitteilte, er habe Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, aber für den Bus kein Geld aufreiben können, präsentierte ihm der SKA, daß am folgenden Tage der von den Bewohnern selbst finanzierte Bus fahren würde. Dieser Erfolg hatte einmal den Effekt, daß niemand der Stadt mehr recht die Sachzwänge abnahm, denn was man selbst, die hilfloseste Gruppe der Bevölkerung Darmstadts, zuwege brachte, hätte der Stadt nicht allzu schwer fallen dürfen. Außerdem gewann sich der SKA soviel Vertrauen, daß die von der Stadt gezügelte Interessengemeinschaft außerordentlich an Einfluß verlor und kaum noch arbeitsfähig ist.

Darmstadt — Kinderwerkstatt II

In der Kinderwerkstatt II in Bessungen geschah das gleiche wie im Roten Punkt: man fand sich plötzlich von Kindern aus dem Viertel herausgefordert, sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen, weil sie mehr und mehr in der Kinderwerkstatt auftauchten. Es wurde bald notwendig, sich einen ganzen Nachmittag mit diesen Kindern zu beschäftigen. Die Absicht ist hier, über die Kinder auch mit den Eltern in Kontakt zu kommen und mit ihnen eine Arbeitsgruppe zu bilden, die schon voll arbeitsfähig ist, wenn auch in Bessungen Sanierungsprobleme einsetzen, und die das Vertrauen der Bevölkerung besitzt.

Es fällt oft schwer...

Natürlich geht solche Arbeit nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. **Die Gesellschaft, die all die Mißstände produziert hat, hat bis in die kleinsten individuellen Verästelungen Abwehrmechanismen geschaffen, denen man sich nicht durch einen einfachen Willensakt entziehen kann.**

Eine sehr direkte Kontrolle besteht darin, sich spontan entstandene Gruppen oder Ideen zu unterwerfen und damit die Spitze gegen die Stadt abzubreaken. Ein Beispiel dafür ist die Interessengemeinschaft Akazienweg. Kurz nach der Gründung schon war Sozialdezernent Seffrin Vorsitzender und die Wirkungsmöglichkeit der Gruppe dahin. Ihr konnten ja nun aus erster Hand die „Sachzwänge“ zwischen die Beine geworfen werden. Der zweite Vorsitzende dieser Interessengemeinschaft ist ein Mann (Herr Künstler), der eine Arbeitsstelle bei der Stadt hat (!) und systematisch Aktivitäten verhindert, die sich gegen die Stadt richten.

Der Planungsbeirat für die Osttangente wurde eingerichtet, als die Bevölkerung Mitbestimmung bei der Planung forderte. Bezeichnenderweise konnte der Beirat nur von der Stadt einberufen werden.

TEIL EINES FLUGBLATTES DER BEWOHNER DES HAUSES BAUSTRASSE 11

WIR HABEN UNS IM KAMPF FÜR UNSERE GEMEINSAMEN INTERESSEN ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

WIR HABEN BESCHLOSSEN, DIESES HAUS NICHT ZU VERLASSEN, BIS WIR ANDERE WOHNUNGEN BEKOMMEN HABEN.

WIR ZAHLTEN NICHT MEHR DIE MIETE VON VORHER, SONDERN **10% des Lohns für Miete**. AUßERDEM BESCHRÄNKEN WIR UNS NICHT NUR DARAUF, HIERZUBLEIBEN.

WIR WERDEN EINEN GROßEN, FREIEN PLATZ FÜR UNSERE KINDER UND DIE DER NACHBARN ALS

Kinderspielplatz HERRICHTEN!

WIR BEWOHNER DER BAUSTRASSE 11 HABEN VERSTANDEN, DASS WIR DIESE UND ANDERE PROBLEME NUR LÖSEN KÖNNEN, WENN WIR ZUSAMMEN KÄMPFEN, UND DIESEN KAMPF FORTSETZEN.

DIE BEWOHNER DER BAUSTRASSE 11

Ein Großteil der Mitglieder stammte von vornherein nicht aus dem Martinsviertel. Trotzdem wurde er der Stadt bald ungemütlich und wurde — wen wundert es? — nach der 5. Sitzung nicht mehr einberufen. Das wird zwar verbal in der Broschüre bedauert, aber keineswegs geändert.

Eine wesentlich subtilere Arbeitsbehinderung ist der schichtenspezifische Unterschied zwischen den Initiativgruppen und den Zielgruppen. Die Initiativgruppen, meist Studenten, haben eine ganz andere Spracherziehung genossen als die angesprochenen Arbeiter und kleinen Angestellten. Es ist für sie oft schwer, die Probleme so zu formulieren, daß sie von den Betroffenen auch verstanden werden. Es kann aber gelingen — das zeigt die Martinsviertelzeitung.

Ein oft hemmender Faktor besteht auch darin, daß durch jahrzehntelange Antikommunismuskampagne bestimmte Worte sofort „rot“ sehen lassen. So stößt jedes weitere noch so sachliche Argument auf taube Ohren.

... aber es ist möglich

Da aber genau diese Schwierigkeiten in den arbeitenden Gruppen ständig reflektiert werden müssen, ergibt sich auch die Chance, durch die Reflexion die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, in denen sich diese Symptome abspielen, und damit die Arbeit über eine systemimmanente Interessenvertretung hinauszuführen. Das konkrete Erleben der „anderen Seite“ des Wohlstandes, aus dem Studenten meist kommen, bedeutet die Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Ansprüche zu relativieren, die Kurzatmigkeit rein individuell bestimmten Handelns zu begreifen und in Solidarität mit anderen eine Alternative zum Konkurrenzverhalten unserer Gesellschaft in Ansätzen zu erleben. **Dabei wird man nicht umhin kommen, die Grenzen dieser Verhaltensmöglichkeit in unserem kapitalistischen System zu erkennen.** Aber gerade aus dieser Erfahrung heraus lassen sich erst gesellschaftliche Veränderungen zum Sozialismus hin formulieren, ohne allzuleicht in völlig abstrakte Forderungen abzugleiten. Durch die ständige persönliche Erfahrung bleibt die Notwendigkeit von Stadtteilarbeit in diesem Sinne immer begreifbar und eindeutig.

Geschichte einer großen Verschleierung — „Sozial“-maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt

Der permanente Mangel an Wohnungen stellt angesichts immer größer werdender Möglichkeiten der Wirtschaft die Legitimation des Staates in Frage. Die Gesellschaftsordnung überhaupt wird angezweifelt. Deshalb versucht der Staat in den Wohnungsmarkt einzugreifen — ein Bereich, der früher außerhalb seiner Einflusssphäre lag. Dabei kuriert er an den Symptomen, ohne die eigentlichen Ursachen anzugehen.

Wohnungsnotstand mit Prinzip

Wurde über das Thema „Wohnen“, ausgehend von der Wohnsituation der Studenten und dem aktuellen Anlaß der letzten Hausbesetzungen hier in Darmstadt, schon in der dsz 125/26 vom Februar-März 1972 berichtet, so erwächst diesem Problem zunehmend allgemeines Interesse: „Diese Wohnungsnot macht nur deshalb soviel von sich reden, weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum (und Studenten; d. Red.) betroffen hat“. (Engels: „Zur Wohnungsfrage“)

Wird dieses Wohnungselend auch von Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen zur Genüge beklagt, bleibt es meist doch bei einer Kritik, die nur die Oberfläche des Problems ankratzt und keine generellen Lösungskonzepte bringen kann. Verschwiegen wird, „daß in einer solchen (unseren; d. Red.) Gesellschaft die Wohnungsnot kein Zufall, sondern notwendige Institution ist, die nur beseitigt werden kann, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.“ (Engels: „Zur Wohnungsfrage“)

Knappheitsprinzip

Das unserem System zugrundeliegende Prinzip von Angebot und Nachfrage bedeutet für den Wohnungsmarkt, daß sich Wohnungssuchende und Wohnungseigentümer als freie und gleiche Vertragspartner gegenüberstehen. Es wäre also anzunehmen, daß die Zahl der angebotenen Wohnungen gleichgewichtig der Nachfrage entspricht.

Dem ist nicht so!

Die Wohnungsvermieter können für die Ware, die sie anzubieten haben — nämlich ihre Wohnung —, einen höheren Preis erzielen, wenn weniger Waren vorhanden sind als gebraucht werden. Dies läßt sich anhand des „Gesetzes über den Abbau der Wohnraumzwangsverwaltung“ und des „sozialen“ Miet- und Wohnrechts (vom 23. 6. 60) nachweisen.

Nach Definition der Parteien kann man von einem ausgeglichenen Wohnungs-

markt sprechen, wenn ein Angebot von 97% (CDU) oder 103% (SPD) vorhanden ist. Die offizielle Statistik geht wie die CDU von 97% aus, also 3% Defizit. Wieso der Wohnungsmarkt ausgerechnet bei diesen Prozentzahlen gesättigt sein soll, ist durch nichts belegt. Ob selbst ein Überschuß an Wohnungen von 3% einen „freien Markt“ schaffen kann, ist bei der heutigen Mobilität der Bevölkerung mehr als fraglich.

Wichtig ist festzustellen, daß die amtliche Statistik in der Zahl von 97%, die den „gerechten und ausgeglichenen“ Wohnungsmarkt ausmacht, auch mitzählt, was sich in Wirklichkeit als unbewohnbare Barracke, feuchte Keller oder Dachwohnung entpuppt oder als nur kurzfristig genutzte Zweitwohnung herausstellt. Dennoch:

„Noch nie ist die Versorgung mit Wohnungen so gut gewesen, wie heute. Man muß eher von einem Wohnungswohlstand als von einem Notstand sprechen.“

Das ist die Auffassung des früheren Wohnungsbauminister, Preusker — heute Präsident des „Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer“. Preusker ist sicher, daß der freie Wohnungsmarkt den Bedarf an Wohnungen gerechter befriedigt, als es die „Zwangswirtschaft“ jemals könnte.

Die Betroffenen

Wie verhält sich nun diese Aussage zu der Tatsache, daß die Obdachlosigkeit in den Kreisen, in denen die Zwangsbe- wirtschaftung noch bestand, geringfügig abnahm, in den „Weißen Kreisen“ aber umso stärker anstieg?

Wie steht die Aussage Preuskers zu der Tatsache, daß sich von 1960 bis 1967 (trotz Einführung der „Weißen Kreise“ und Liberalisierung des Wohnungsmarktes) die Zahl der Wohneinheiten um 20% erhöhte, das gesamte Mietaufkommen jedoch um 160%?

Als „Ausgleich“ wurden in Berlin mit der Einführung des „Weißen Kreises“ die Mieten um 15% erhöht — und das nach einer schon vorhergehenden Erhöhung im Jahre 1966 um 25%! In Duisburg wurden vom September 1964 bis Juni 1965 4506 Kündigungen gezählt, das heißt: jede 14. Wohnung des „befreiten“ Wohnungsbestandes wurde von den Mietern befreit.

Ein Bündel korrigierender Gesetze

Der deutsche Mieterbund mußte in mehreren großen Städten – trotz „weißen Kreises“ – feststellen, daß das amtliche Defizit von 3% überschritten war – in Köln zum Beispiel mit 7%. Da sich trotz sozialen Miet- und Wohnrechtes der ausgeglichene Wohnungsmarkt nicht einstellen wollte, wurden nach 1963 – dem Jahr der Einführung der „Weißen Kreise“ – eine Reihe von Übergangsregelungen verabschiedet:

Mieterhöhungen sollten im ersten Jahr nach Einführung des „Weißen Kreises“ nur mit Einwilligung des Mieters erfolgen. Dieses Gesetz mußte notwendig wirkungslos bleiben, denn wie viele und welche Mieter kennen sich schon in den Tabellensätzen des „Dritten Bundesmietergesetzes“ (1965) aus? Wer möchte sich der folgenden **Repression** des Vermieters aussetzen?

Weitere Gesetze – die „Neubaumietenverordnung“ von 1962, das „Erste und Zweite Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften“ (1963 und 1964), das „Wohnbeihilfegesetz“ (1964) – erweisen sich in der Wirkung als bedeutungslos. Ein Zurück zur Wohnungszwangswirtschaft kam für die Verfechter dieses Systems nicht in Betracht. Sie war, von vornherein als zeitlich begrenzte Einrichtung vorgesehen, nicht mit dem Prinzip der liberalen Wirtschaftsordnung vereinbar. Nach dem Krieg hatte sie die Funktion gehabt, den immensen Wohnungsbedarf zu decken, der infolge Kriegszerstörungen, Flüchtlingsströmen und verringerter Bautätigkeit eingetreten war. Eine krasse Ausnahmesituation also.

Bauindustrie und Bankkapital

Doch bereits in seinem Gutachten von 1951/1953 stellte der wohnungswirtschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wohnungsbau – Sprachorgan der Kapitalfraktion der **Haus- und Grundbesitzer** – klar definierte Zielforderungen:

- Erhöhung der Altbaumieten
- Unabhängigkeit des Wohnbaus und der Wohnungswirtschaft von Subventionen. Erhaltung des sozialen Friedens durch Mietsubventionen.



- Wertung der Miethöhe durch Bewohner und Wohnungssuchende nach Angebot und Nachfrage.

(Aus „Zur Kritik der Kommunalplanung und Stadtentwicklungsplanung“, S. 717)

Bis in die Anfänge der fünfziger Jahre waren vorwiegend schon die Interessen von Bau- und Bankkapital berücksichtigt worden, denn:

- Die **Bauindustrie** ist eine Schlüsselindustrie für andere Wirtschaftszweige mit einem Multiplikatoreffekt von 6,5%, der schon nach etwa 8 bis 10 Monaten zu erheblichen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft führt.
- Das **Bankkapital** hat durch seine Finanzierungstätigkeit starken Einfluß auf den sozialen Wohnungsbau, was zu einer beachtlichen Kapitalverflechtung führte (dazu § 7b/c ESTG; § 27 2. WbauG).

Mit dem „Geschäftsmietengesetz“ von 1952 (Befreiung von Wohnraumzwangsbewirtschaftung für Wohnen in Verbindung mit der Erlaubnis, auch Geschäfte im sozialen Wohnungsbau einrichten zu dürfen) und einer Anhebung der Altbaumieten um maximal 20% (1. Bundesmietengesetz 1955) war der erste Schritt zur Liberalisierung vollzogen.

Mit dem „1. Wohngeldgesetz“ von 1965 sind alle drei oben genannten Forderungen der Haus- und Grundbesitzer praktisch erfüllt:

- Anhebung der Altbaumieten
- Freigabe des Wohnungsmarktes (Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangsbewirtschaftung und über soziales Miet- und Wohnrecht“ (sogenanntes Lücke-Gesetz)
- Mietsubventionierung durch „Wohngeldgesetz“.

Mit dem „Wohngeldgesetz“ geht man zur Direkt- oder Mietsubventionierung über. Der Mieter muß nun individuell seine Bedürftigkeit nachweisen, was den potentiell Betroffenen – zum Beispiel alten Leuten – schwer fällt, da sie im Umgang mit Behörden ohnehin unsicher sind. Abgesehen davon finanziert die arbeitende Bevölkerung mit diesem Gesetz über Steuern ihre eigene Subventionierung!

Egal, ob Wohngeld beantragt wird, oder nicht, der Eigentümer und indirekt auch der Bauunternehmer erhalten in beiden Fällen ihre Profite.

Die Folgen sind absehbar:

Der Wohnungssuchende nimmt infolge des knappen Wohnungsangebotes auch eine teure Miete auf sich und bekommt – bestenfalls – einen Teil davon als Wohngeld zurückerstattet. Die Mietsubventionierung führt also auf direktem Weg zum Abbau der Konkurrenz zwischen den Vermietern und trägt somit wesentlich dazu bei, die Mieten noch höher zu treiben.

Möglichkeiten ...

An den Gesetzen selbst, wie an ihren Auswirkungen, ist die Funktion, die der Staat inne hat, zu erkennen:

Einerseits ist er gezwungen, Interessenvertreter bestimmter Kapitalfraktionen zu sein (Bankkapital, Bauindustrie, Haus- und Grundbesitzer), auf der anderen Seite muß er bemüht sein, Konfliktzonen zu vermeiden oder – wo sie sichtbar werden – scheinregulierend einzugreifen.

Grundsätzlich kann er nicht strukturell verändernd in die „freie Marktwirtschaft“, zum Beispiel in den Wohnungsmarkt, eingreifen.

Zur Kritik der kritischen Stadt-Umweltkritik

In der Öffentlichkeit wächst die Kritik an der „Not unserer Städte“.

Im Spektrum dieser Kritik finden sich fortschrittliche wie reaktionäre Momente, manifestieren sich sehr unterschiedliche teils divergente Interessen und Vorstellungen über den Gegenstand der Kritik, „die Stadt“.

Die Vielzahl der ‚statements‘, von den plattesten bis zu den profundesten läßt sich wesentlich um die folgenden Positionen gruppieren:

- liberale ‚Problematisierung‘, deren Gehalt sich darauf reduziert, zu beweisen, daß ‚die ganze Frage in der Diskussion ist‘
- das reaktionäre Wehgeschrei über den Verlust der heiligen, bürgerlichen Welt,
- die technokratischen Forderungen nach infrastruktureller Planung vonseiten der ‚fortschrittlichen‘ Fraktion des Großkapitals
- und schließlich jene, deren analytische Kritik am System von Stadtplanung sich Emanzipation und Kampf für die Ablösung der herrschenden Unmenschlichkeit zum Ziel gesetzt hat.

Im folgenden soll thesenhaft versucht werden zu zeigen, wie die kapitalistische Produktionsweise, einmal etabliert, sich mit ihrer Eigengesetzlichkeit weiterentwickelt und nach und nach alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt und umwälzt; also Lebensformen und den Lebensraum der Menschen (Umwelt) beständig ihren Gesetzen entsprechend umwandelt. Die gesellschaftlich-praktische Tätigkeit der Menschen, und damit die Wandlung der Gesellschaft und der Umwelt der Menschen, bleibt außerhalb der bewußten Kontrolle und Regulierung der Gesellschaft.

Gerade auch das weinerliche Gerede der Bourgeoisie von der Entmenschlichung und Vermassung in der modernen Gesellschaft, von der Unterwerfung des Menschen unter die Technik, die ‚Maschinen‘, zeigt, wie die sich vollziehenden Wandlungen von ihren Protagonisten unbegriffen bleiben und geradezu als ‚finstere Mächte‘ und Naturgewalten erscheinen.

Der Gegensatz von reaktionärer und fortschrittlich-sozialistischer Kritik am Kapitalismus soll daher vor dem Hintergrund der Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen dargestellt werden:

Die allmähliche Ausbreitung des Kapitalismus trat zuerst in Widerspruch zu den feudalen Privilegien des Adels und seiner politischen Macht, sowie zur feudalen Bindung der Menschen an den Boden in dem Maße, wie die feudale Produktionsweise durch die kapitalistische abgelöst wurde, in dem Maße wie der mittelalterliche Zunftbürger sich zum modernen Bourgeois entwickelte wurde – auch aus dem Tagelöhner und Zunftgesellen der Proletarier. Daß nicht feudale Leibeigene sondern ‚freie‘ Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt erforderlich wurden, führte bald zur Entstehung jener besitzlosen Massen, die sich, herausgerissen aus ihren sozialen Bindungen und überkommenen Lebensformen, in den Elendsquartieren der Städte drängten. Während die feudale historische Kritik sich festmachte an der ‚Zerstörung der gewachsenen Ordnung‘ und der Demoralisierung des unterdrückten „vierten Standes“, machten bereits die utopischen Sozialisten konkret die Ausbeutung und elenden Lebensbedingungen der Massen zum Gegenstand von Kritik und Reform.

Es entstanden dabei teilweise, zum Beispiel bei Fourier und Owen sehr detaillierte Planungen von Arbeitsstätten und Wohnungen für Arbeiter. Aber gerade in diesen Konzepten wird deutlich, daß die sozialistische Theorie noch so unreif war wie die Klassengegensätze und die kapitalistische Produktion selbst. Konzeption einer Industriesiedlung ist ein achsial angelegter Gebäudekomplex, etwa wie eine barocke Anlage, in dem Wohnen, Arbeiten und alle Tätigkeiten der Arbeiter zusammengefaßt sind. Die Stadt stellt er sich noch als eine feudale Lebensgemeinschaft vor. Der Proletarier ist noch nicht auf dem Arbeitsmarkt völlig mobil, vielmehr lebt er in einem bestimmten, räumlich fixierten Lebenszusammenhang.

Auch bei Robert Owen, dessen utopischer Sozialismus in weitgehenden Versuchen praktisch wurde, zeigen sich solche Momente. Owen wollte die wachsende Arbeitsteilung stoppen, indem er plante, Industriesiedlungen überall auf dem Lande wie Dörfer zu verteilen. Jeder Arbeiter sollte noch selbst Landwirtschaft betreiben, um seine Abhängigkeit vom Markt zu reduzieren.

Dennoch waren Owens Einsichten für seine Zeit erstaunlich weitreichend. Das Experiment mit einer von ihm organisierten Musterkolonie für die Arbeiter der Baumwollspinnerei von New Lanark, die Owen von 1800 bis 1829 leitete, ließ ihn ahnen, wo die Ursachen für das soziale Elend der Arbeiter lagen.

Eine allmählich auf 2500 Köpfe anwachsende, ursprünglich aus den gemischtesten und größtenteils stark demoralisierten Elementen sich zusammensetzende Bevölkerung wandelte er um in eine vollständige Musterkolonie, in der Trunkenheit, Polizei, Strafrichter, Prozesse, Armenpflege, Wohltätigkeitsbedürfnis unbekannte Dinge waren. Und zwar einfach dadurch, daß er die Leute in menschenwürdigere Umstände versetzte und namentlich die heranwachsende Generation sorgfältig erziehen ließ. Er war der Erfinder der Kleinkinderschulen und führte sie hier zuerst ein. Vom zweiten Lebensjahre an kamen die Kinder in die Schule, wo sie sich so gut unterhielten, daß sie kaum wieder heimzubringen waren. Während seine Konkurrenten dreizehn bis vierzehn Stunden täglich arbeiteten, wurde in New Lanark nur zehneinhalb Stunden gearbeitet. Als eine Baumwollkrise zu viermonatigem Stillstand zwang, wurde den feiernden Arbeitern der volle Lohn fortbezahlt. Und dabei hatte das Etablissement seinen Wert mehr als verdoppelt und bis zuletzt den Eigentümern reichlichen Gewinn abgeworfen.

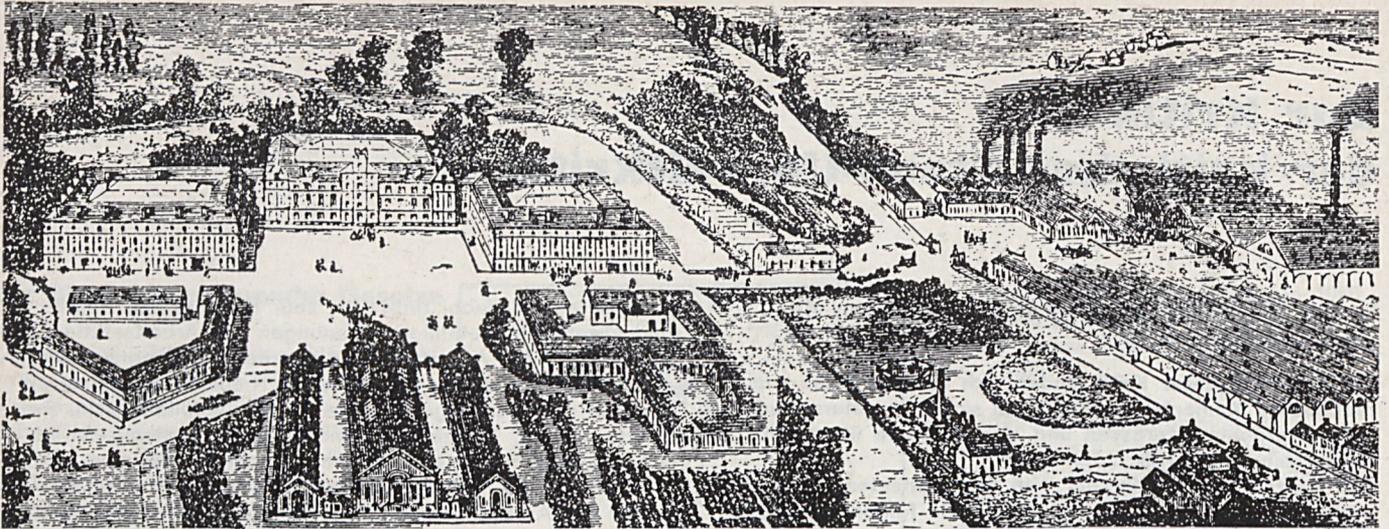
Mit alledem war Owen nicht zufrieden. Die Existenz, die er seinen Arbeitern geschaffen, war in seinen Augen noch lange keine menschenwürdige;

„die Leute waren meine Sklaven“:

die relativ günstigen Umstände, in die er sie versetzt, waren noch weit entfernt davon, eine allseitige und rationelle Entwicklung des Charakters und des Verstandes, geschweige eine freie Lebenstätigkeit zu gestatten.

„Und doch produzierte der arbeitende Teil dieser 2500 Menschen ebensoviel wirklichen Reichtum für die Gesellschaft, wie kaum ein halbes Jahrhundert vorher eine Bevölkerung von 600 000 erzeugen konnte. Ich frug mich: was wird aus der Differenz zwischen dem von 2500 Personen verzehrten Reichtum und demjenigen, den die 600 000 hätten verzehren müssen?“

Die Antwort war klar. Er war verwandt worden, um den



**Wohnen und Arbeiten als ‚Feudale Einheit‘.
Eine Industriesiedlung etwa den Vorstellungen Fouriers entsprechend; wurde um 1900 gebaut.**

Besitzern des Etablissements fünf Prozent Zinsen vom Anlagekapital und außerdem noch mehr als 300 000 Pfd. Sterling (6 000 000 Mark) Gewinn abzuwerfen.

Seine immer stärkere Abwendung von der mehr moralischen Kritik hin zum Kommunismus, die Forderung nach Abschaffung von Privateigentum und Religion war jedoch zwangsläufig verhängnisvoll für ihn.

„Solange er als bloßer Philantrop aufgetreten, hatte er nichts geerntet als Beifall, Reichtum, Ehre und Ruhm. Er war der populärste Mann in Europa. Nicht nur seine Standesgenossen, auch Staatsmänner und Fürsten hörten ihm beifällig zu. Als er aber mit seinen kommunistischen Theorien hervortrat, wendete sich das Blatt.

... Verbannt aus der offiziellen Gesellschaft, totgeschwiegen von der Presse, verarmt durch fehlgeschlagene kommunistische Versuche in Amerika, in denen er sein ganzes Vermögen geopfert, wandte er sich direkt an die Arbeiterklasse und blieb in deren Mitte noch dreißig Jahre tätig.“ (Lit. 1) **Erst durch die historisch-materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels und durch die wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, wurde es möglich, über eine moralische Kritik an den elenden Lebensbedingungen des Proletariats hinauszukommen.** Marx und Engels blieben nicht bei der Beschreibung des Elends stehen, beließen es nicht bei der personalisierenden Anklage der Reichen und der Aufforderung, den Armen doch etwas abzugeben.

Sie zeigten vielmehr auch die emanzipatorische, historische Funktion der kapitalistischen Produktionsweise, die darin bestand, die Masse der Menschen aus feudalen Abhängigkeiten herauszulösen, ihre persönliche Gebundenheit an den Feudaladel und den Boden in dessen Besitz, zu dem sie dazugehörten wie Produktionsmittel.

Diese ‚Freiheit‘ war und ist jedoch auch die Freiheit vom Besitz der Produktionsmittel; die Arbeiter, Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind nun gezwungen, ihre Arbeitskraft täglich neu auf dem Markt einzutauschen gegen das Lebensnotwendige.

Die kapitalistische Produktionsweise führte aber notwendig zur gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte

Der Einzelkapitalist, frei vom Zwang zur eigenen physischen Reproduktion durch die Vermarktung seiner Arbeitskraft, betätigt sich auch nicht mehr selbst in der Produktion (wie noch der Handwerksmeister) sondern widmet sich nur noch der Organisierung und Leitung dieses Prozesses. Das sich entfaltete Prinzip der Konkurrenz der einzelnen kapitalistischen Betriebe, das Bestreben möglichst produktiv zu

produzieren, um durch billigere Waren Extraprofite herauszuschlagen, führt rasch zu Veränderungen, Rationalisierungen im Arbeitsprozeß. Die Arbeit muß stärker organisiert werden, der Prozeß wird immer mehr in Teilfunktionen zerlegt, die Arbeit des einzelnen schließlich durch technische Verbesserungen der Arbeitsmittel produktiver gemacht. Die Dampfkraft, die neue Werkzeugmaschinerie verwandeln die Manufaktur in die große Industrie und revolutionierten die gesamte bürgerliche Gesellschaft. Auch der Grad der Arbeitsteilung wächst damit rapide.

Nicht nur die Herstellung eines Endproduktes erfordert nun die gemeinsame Arbeit vieler Menschen und das Hintereinanderschalten mehrerer Betriebe. Auch räumliche Arbeitsteilung zwischen Städten, Regionen und sogar Nationen entsteht. Alle Individuen und Wirtschaftseinheiten sind darauf angewiesen, daß an anderen Orten von anderen Menschen die Arbeiten zur eigenen Bedürfnisbefriedigung durchgeführt werden, die man selbst nicht mehr durchführen kann. Nur vergesellschaftet können sie sich reproduzieren.

Die Vergesellschaftung der Produktion vollzieht sich auf immer höherer Stufe.

Allerdings vollzieht sich diese Vergesellschaftung im Kapitalismus durchaus nicht bewußt, sondern vielmehr nur über den Markt, auf dem alle Gebrauchsgüter als Ware ausgetauscht werden. Damit lösen sich auch die Beziehungen der Menschen untereinander auf in An- und Verkauf.

Den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung stehen die Menschen begrifflos und damit hilflos gegenüber; die ökonomischen und sozialen Bewegungen scheinen ihnen Naturgewalten gleich.

Kapitalflüsse regulieren, wie die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen sich auf die unterschiedlichen Branchen und Betriebe verteilen: das Kapital fließt immer dahin, wo seine Investition den höchsten Profit abwirft. Hierbei soll sich nach liberaler Auffassung das gesellschaftliche Optimum ergeben.

Von den Menschen genauso unkontrolliert wie diese allgemeinen ökonomischen Zusammenhänge sind natürlich auch die von ihnen bestimmten sozialen und räumlichen Entwicklungen in der kapitalistischen Gesellschaft: Mit der Auflösung des kleinen Krautadels und damit gleichzeitig der Zentralisierung der Macht und der Abgaben beim absolutistischen Monarchen, entstanden im 17. und 18. Jahrhundert zentralistisch organisierte Staaten. Die Residenzstädte wuchsen (manche, zum Beispiel Karlsruhe, wurden neu gegründet). Die eingetriebenen Steuern konnten eine zunehmende Menge von Beamten und Handwerkern für den Hof ernähren.

Der schon dargestellte Konkurrenzmechanismus führt über den Einsatz von Dampfmaschinen zu noch produktiverer Produktion.

Dampfmaschinen setzen aber Maschinenindustrie, Schwerindustrie und Bergbau (Kohle und Erze) zur Verhüttung und als Energieträger voraus. **So entsteht die räumliche Wirtschaftsstruktur entsprechend dem allgemeinen kapitalistischen Gesetz: wo erzeugt eine bestimmte Menge Kapital den höchsten Profit? Oder anders: wo sind für bestimmte Industrien die Standortbedingungen vorhanden, die um eine bestimmte Menge Produkte zu erzeugen, den niedrigsten Kostenaufwand erfordern.**

Bergbau ist selbstverständlich an das Vorkommen der Rohstoffe in der Natur gebunden. Alle anderen Standorte werden aber nach dem oben beschriebenen Gesetz bestimmt. Die Schwerindustrie hat den höchsten Transportkostenanteil und findet ihren Standort deshalb zunächst bei den Kohlen- oder Erzlagern und läßt die jeweils fehlenden Rohstoffe auf dem Wasserwege antransportieren. Sie verlagert sich aber heute zunehmend an die Küsten und läßt beide Rohstoffe aus Ländern mit sehr niedrigen Arbeitslöhnen oder günstigeren Abbaubedingungen antransportieren. **Dieses Beispiel zeigt, daß die Entstehung der räumlichen Wirtschaftsstruktur keineswegs einfach durch die Natur bestimmt ist, wie bürgerliche Wissenschaftler oft behaupten. Die natürlichen Bedingungen gehen immer nur vermittelt über Kapitalzusammenhänge ein.**

Die Konsumgüterindustrie siedelt sich am Rande der bereits vorhandenen Ballungszentren an. Also entweder an den großen ehemaligen Residenzstädte (Berlin, München etc.), oder an den neu entstehenden Zentren der Schwerindustrie. Sie findet dort ihren Absatz und gute Fernverkehrsverbindungen. In dem Maße aber, in dem die Löhne in den industriellen Zentren durch die Organisierung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften steigen, zeigt sich die Tendenz, daß arbeitsintensive Industrien an die Peripherie der Industrienationen verlagert werden.

Das historische Verhältnis Stadt-Land löst sich weitgehend auf. Die Anzahl von Menschen einer Stadt wird immer unabhängiger von der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft der Umgebung, denn tendentiell wird die ganze Welt zum Lieferanten von Nahrungsmitteln. Umgekehrt kann die Bevölkerung des Umlandes sich mit Waren versorgen, die nicht in der Stadt hergestellt wurden. Die Weiterentwicklung der Transportmittel ermöglicht also auch eine stärkere räumliche Arbeitsteilung. Landwirtschaftliche Produkte aus Übersee können trotz der Transportkosten billiger sein als einheimische Produkte.

Die reaktionäre Großstadtkritik

Mit der fortschreitenden Industrialisierung wächst im 19. Jahrhundert auch das soziale Elend der arbeitenden Klasse, die sich in den Elendquartieren der Industriezentren ballt. Unter unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen (Kinderarbeit – 14-Stunden-Tage etc.) vegetiert die Mehrheit der Bevölkerung in den Arbeitervierteln dahin, Kriminalität, Alkoholismus, Prostitution sind alltäglich.

Die herrschende bürgerliche Klasse ist nun allerdings peinlich berührt von dieser Spiegelung ihrer eigenen moralischen Verdorbenheit. Im Bürgertum beginnt, nicht zuletzt angesichts der wachsenden sozialistischen Arbeiterbewegung, eine gewisse Weltuntergangsstimmung sich breit zu machen. Man lamentiert auf wolgesetzte Weise über den Verlust der Kultur, die Vermassung in den Städten und sofort. Gerade an den Großstädten setzt heftige Kritik ein. In dem „Moloch Stadt“ glaubt man allgemein die Ursache des Übels entdeckt zu haben, und man sinnt auf seine Beseitigung.

In der Gartenstadtbewegung Englands sind noch Genossenschaftsideen wie bei Owen enthalten, vor allem Verfügung der Gemeinde über Grund und Boden. Ziel ist die Aufgliederung der Großstadt in überschaubare Kleinstädte mit Häusern und Garten.

F. L. Wright plante in den USA die Auflösung der Großstädte. *„Nichts durchgezüchtetes von Kraft und zielbewußtem Charakter kann heute in der Großstadt geboren werden.“*

Er hofft durch sein Projekt „broadacre-city“ (endlos in der Fläche ausgedehnte Einfamilienhaussiedlungen) die Verbundenheit zum Boden wiederherzustellen.

„Die einzige zulässige Zentralisierung in der Demokratie ist der Einzelne in seinem Landhaus.“ (Lit. 4)

Auch in Deutschland will man

„aus grauer Städte Mauern“

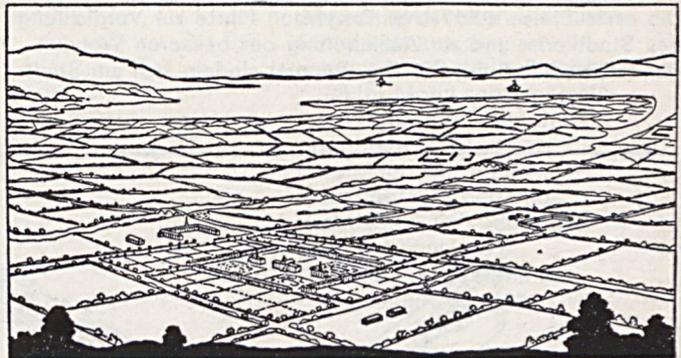
fliehen. Ihren schönsten Niederschlag findet die reaktionäre Großstadtkritik hier relativ spät in der Ideologie des NS-Siedlungsverbandes und der „Organischen Stadtbaukunst“ H. B. Reichows, dem später vom Wohnungsbauministerium favorisierten Stadtbaukünstler.

Gottfried Feder, Chef der NS-Siedlungspolitik:

„Die Großstadt ist der Tod der Nation! Die Auflockerung der Großstädte, die Wiederbodenständig- und Selbsthaftmachung der Bevölkerung, eine der größten bevölkerungspolitischen Aufgaben des dritten Reiches, die Erlösung aus Großstadtelend und die Schaffung gesunder Lebensbedingungen, besonders für eine volksbewußte Reichsregierung. Ihr soll das deutsche Siedlungswerk dienen!“ (Lit. 5)

Hans Bernhard Reichow, dessen „organische Stadtbaukunst“ bis nach dem 2. Weltkrieg die Städtebauer beeinflusste, über die Großstadt:

„Schranken-, form- und uferlos ergießen sich ihre Steinmassen in die sie umgebende Landschaft. . . Am Ende dieser Entwicklung gibt es schließlich kein größeres Chaos als die Großstadt. . . Sie wird zum getreuen Spiegelbild einer von der unbewältigten Mechanisierung und Vermassung zerstörten Daseinsharmonie. . . Die Möglichkeit zu asozialer Absonderung und Vereinzelung sind denn auch nirgendwo mehr gegeben als in der Großstadt.“



Industriesiedlungen als Dörfer. Skizze von Owen

Hier fehlt die unmittelbare und vertrauliche Aufsicht aller über alle, wie wir sie noch auf dem Lande und in der Kleinstadt finden. So fördert sie (die Großstadt) die Absonderung und das „Unter-tauchen“ asozialer Elemente, . . . bietet arbeits- und lichtscheuere Kreaturen, die in kleinstädtischen und ländlichen Verhältnissen undenkbar sind, Unterschlupf-Elementen, die ihrerseits wieder ansteckend auf das innerlich oft verwirrte und unzufriedene Volk der Großstadt wirken. . . Auch hindert die klassenhafte Trennung in Wohnviertel der Reichen und Armen, die Errichtung geschlossener Werk-, Beamten- oder gar Kriegsbeschädigtensiedlungen jede gesunde organische Gemeinschaftsbildung.“ (Lit. 6)

Er strebt die Gliederung der Stadt in Zellen, Nachbarschaften und Bezirke an. In den Nachbarschaften sollen wieder die alten Bindungen wie in den Kleinstädten hergestellt werden. Die Bevölkerung in den Bezirken muß aus allen Schichten zusammengesetzt sein, wie ein „gesunder Mischwald“. **Nicht Auflösen der Klassen also, sondern organisches Zusammenleben, denn sie werden ja alle gebraucht.**

Nicht so offen, geschickter ideologisch gibt sich der Funktionalismus, der die Trennung aller Funktionen der Stadt fordert

und damit die sich in der Wirklichkeit vollziehenden Prozesse auf den Begriff bringt. Das gleiche gilt für die „Planungsziele“ Reichows. Seine Gliederung der Stadt in Geschäftskern, Verwaltungsring, Kulturring und Wohngebiete in den Außenbezirken entspricht genau dem kapitalistischen Verdrängungsmechanismus und der immer stärkeren Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Freizeit etc. Der Mechanismus über den sich dies vollzieht – Bodenpreissteigerungen – bezeichnet Reichow als natürlichen Vorgang.

Stadt als Organismus: Die Chicago-Schule

Am besten werden die sich in der Stadt vollziehenden Veränderungen von der „Chicago-Schule“ erfaßt. Ihre Analysen der Stadtentwicklung fallen in die Zeit der Weltwirtschaftskrise. Ihr Erklärungsmuster für die zu beobachtenden Phänomene war die Darwinsche Tier- und Pflanzenökologie, die sie modifiziert auf gesellschaftliche Prozesse übertrug: Die Menschen müssen sich beständig ihre Lebensbedingungen erkämpfen (Wohnung, Nahrung, Licht). Dabei ergibt sich ein arbeitsteiliger Organismus mit dominierenden Funktionen (Handel und Industrie), die für weniger dominierende Funktionen die Umweltbedingungen bestimmen. Der räumliche Niederschlag hiervon ist die Stadtstruktur. Die Entwicklungsprozesse werden dadurch ausgelöst, daß finanzkräftige Unternehmen in die Stadt kommen und dabei Wohnungen und schwächere Unternehmen von den profitversprechenden Standorten verdrängen. Resultat der Stadtentwicklung ist, schematisiert dargestellt, eine konzentrische Ausdehnung der Stadt in 5 Ringen (von innen nach außen): Stadtkern mit Geschäften und Verwaltungen, 2. Zone der Slums, verfallende Bezirke, 3. Arbeiter und Industriegebiete, 4. bessere Wohnungen für leitende Angestellte etc., 5. Pendlerzone.

Die erste Phase städtischer Expansion führte zur Verdichtung des Stadtkerns und zur Auslagerung der besseren Wohnungen (Bürgervillen des 19. Jh.). Parallel siedeln sich am Stadt-

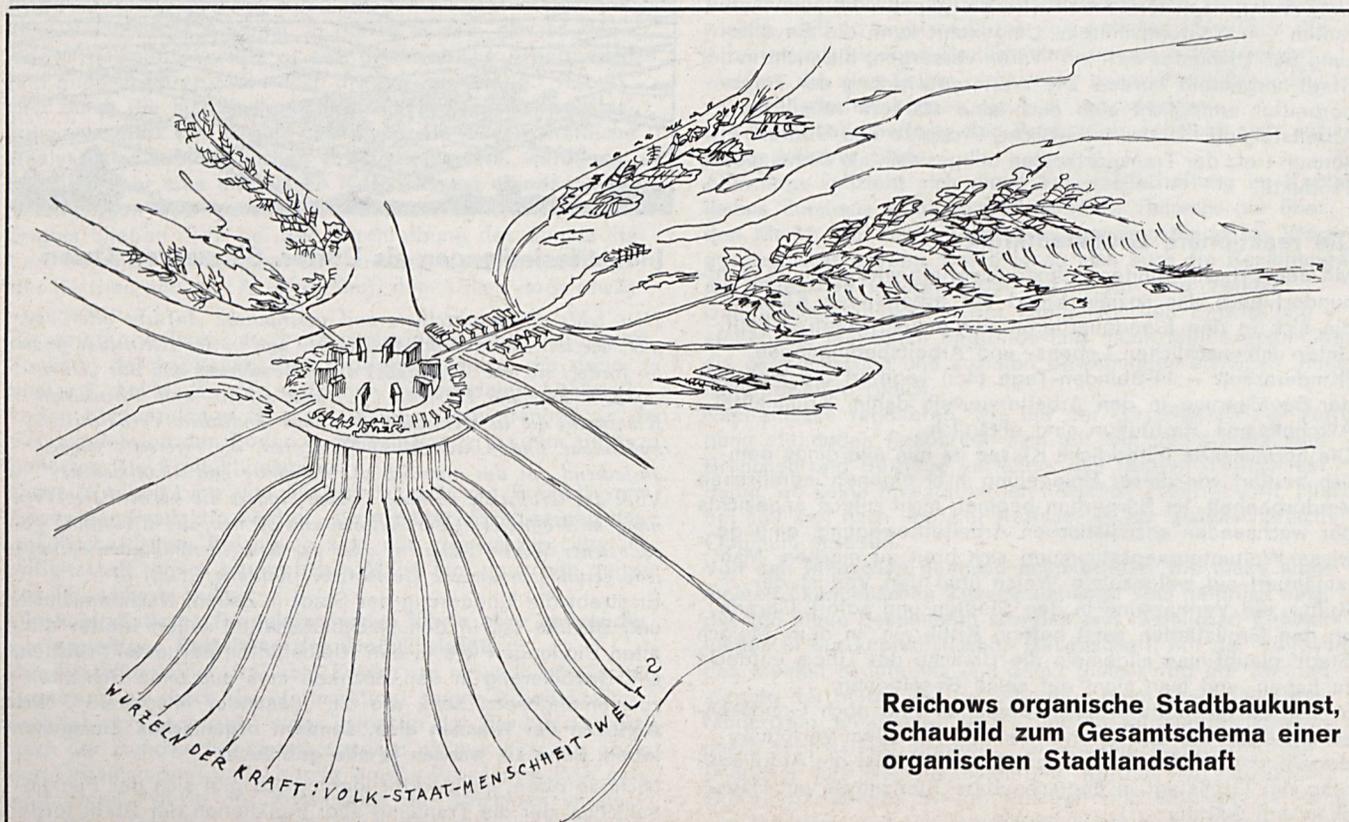
rand flächenintensive Industrieanlagen an (entweder aus dem Stadtkern verdrängte Betriebe wegen ihres hohen Flächenbedarfs, oder neu angesiedelte Betriebe). Industrieunternehmen sind auch nicht vom Standort in der City so abhängig wie die Betriebe des tertiären Sektors, die sich dort mehr und mehr ausbreiten. Arbeiterwohnungen werden aus der City in den Industriebereich verdrängt und ebenfalls neue Arbeiter aus dem Hinterland hier angesiedelt. Der Verlust der angenehmen Randlage und die Entwicklung neuer Verkehrsmittel, die die zeitliche Nähe zur City erhalten, führt dazu, daß die privilegierten Teile der Bevölkerung aus der Zone 2 an den Stadtrand ziehen. In der Zone 2, die nun Objekt der Bodenspekulation wird, da sich in sie hinein die City ausdehnt, wohnen noch schwache Randgruppen, die beständig mit dem Abbruch des Hauses, in dem sie wohnen, rechnen müssen.

Die Entwicklung der Städte bis zu den 20er Jahren wird hier also relativ gut dargestellt. Dabei werden die sich vollziehenden Veränderungen als natürlicher Anpassungsprozeß an sich verändernde Umweltbedingungen beschrieben, so wie man ihn in der Natur bei Tieren und Pflanzen vorfindet.

Dies entspricht genau unserer Ausgangsthese: Die gesellschaftliche Entwicklung im Kapitalismus vollzieht sich quasi naturwüchsig und außerhalb der Kontrolle durch die Gesellschaft. Die Betrachtungsweise der Chicago-Schule ist nur der ideologische Ausdruck hiervon. Die Menschen scheinen ewigen Gesetzen des Kampfes ausgeliefert zu sein, doch in Wirklichkeit sind es die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise.

Konzentration des Kapitals und Staatsinterventionismus

Solchermaßen reaktionäre Planungsideologien können jedoch der Entwicklung des Kapitalismus und der durch sie bestimmten räumlichen Entwicklung nicht Einhalt gebieten. In den Ballungsgebieten kam es zu immer stärkerer Verdichtung. Im folgenden soll versucht werden, neuere Tendenzen der



Reichows organische Stadtbaukunst, Schaubild zum Gesamtschema einer organischen Stadtlandschaft

Stadtentwicklung und entsprechende Planungsvorstellungen von der allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten:

Die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion über den Markt führt zu periodischen Krisen, in denen nicht nur Massen von Arbeitern arbeitslos werden, sondern auch die schwächsten Kapitalisten Pleite gehen (als sehr vergrößerte Darstellung). Ihre Produktionskapazität wird von den Kapitalstärkeren übernommen. Die kapitalistische Konkurrenz führt also aus sich heraus zur ständigen Konzentration der Kapitale.

In den meisten Industrien ist ein immer höherer Kapitalaufwand nötig, um eine bestimmte Produktion in Gang setzen zu können. Die kapitalistische Konkurrenz, die zur permanenten Entwicklung der Produktivkräfte, zur Einbeziehung von Wissenschaft und Technik in den Produktionsprozeß führte, erzwingt nun die Auflösung der Konkurrenz. Die Forschungs- und Entwicklungskosten steigen und können nur noch von riesigen Konzernen geleistet werden. Die kapitalistische Konkurrenz wird hier absurd. Das haben die Konzerne erkannt und betreiben nun ihre Art von „Vergesellschaftung“. Dazu F. H. Ulrich, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, der größten deutschen Geschäftsbank:

„Man kann die aufgezeigten Probleme — Kosten, Kapazitätsausnutzung, Forschung, Entwicklung, — meist leichter lösen, wenn man mit anderen zusammengeht. Das wichtigste ist dabei, daß man die Investitionen gemeinsam und nicht doppelt vornimmt. Ein typisches Beispiel dafür ist Phönix und Conti Gummi.“ (Lit. 6)

Parallel zur Konzentration des Kapitals wird das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft notwendig. Nach den Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie ergibt sich über den Markt die volle Ausnutzung aller volkswirtschaftlichen Ressourcen, die optimale Verteilung der Produktionsfaktoren im Raum und dadurch die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung. Die Krisen konnten sie sich gar nicht erklären, es sei denn als durch negative äußere Einwirkungen entstandene kurzfristige Ungleichgewichte auf dem Markt.

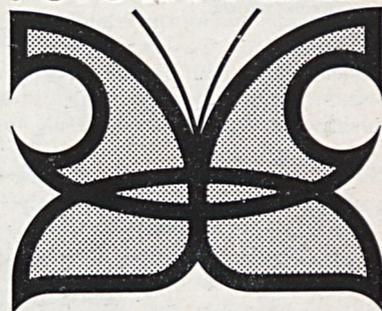
Erst durch J. M. Keynes wurde die Existenz der Krisen als dem Kapitalismus immanente Erscheinung von der bürgerlichen Ökonomie anerkannt. Er forderte das Eingreifen des Staates, der in der „Depression“ zusätzliche Ausgaben tätigen sollte, notfalls dabei auch Schulden machen, um Arbeitskräfte zu beschäftigen, die dann wiederum durch Konsumgüternachfrage andere Industrien in Gang setzen sollen. Gleichzeitig sollte der Staat durch das Senken des Diskontsatzes die Investitionsbereitschaft der Unternehmer (sie erhalten dann billigere Kredite) fördern. In Zeiten „überschäumender Konjunktur“ dagegen sollen die Staatsausgaben gedrosselt und der Diskontsatz erhöht werden. Der Staat erhält also die Aufgabe der „Konjunkturfeuerwehr“.

Gleichzeitig muß der Staat zunehmend langfristige Planungsmaßnahmen in Gang setzen. Er muß die Infrastruktur ausbauen, um gerade die Konzerne im internationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zuhalten.

Die räumliche Arbeitsteilung und Verflechtung aller Länder über den Weltmarkt und damit auch der Kapitalexport aus den industriellen Zentren verstärken sich, da die Verwertungsbedingungen in vielen Branchen immer ungünstiger werden. Zwar steht den Konzernen der Arbeitsmarkt ganz Südeuropas offen, und hier können sie die benötigte Menge an Ware „unqualifizierter Arbeitskraft“ einkaufen. Deshalb werden arbeitsintensive Industrien (mit sehr hohem Lohnkostenanteil) in Zukunft noch stärker aus den industriellen Zentren abwandern. Die industriellen Zentren mit Sitz der Konzerne erhalten „Leitungsfunktionen“ und bestimmte „Chancen“ im internationalen Konkurrenzkampf.

Dazu noch einmal F. H. Ulrich von der Deutschen Bank: „Vielleicht haben wir später einmal eine Industriestruktur wie etwa in der Schweiz, mit einer Konzentration auf höchste Veredelung mit entsprechendem Knowhow und engineering“.

UNBESCHWERT
FOTOGRAFIEREN



GOSSEN BELICHTUNGS-PRAXIS

1

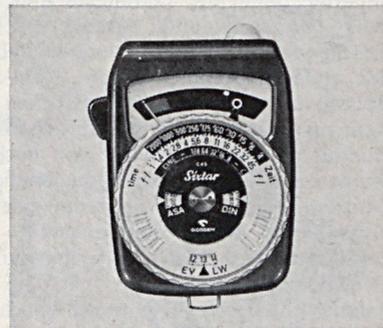
Objektmessung

Vom Kamerastandpunkt aus „sieht“ der Belichtungsmesser das vom Aufnahmeobjekt zurückgeworfene Licht. Seine Anzeige berücksichtigt also die Farben und Eigenhelligkeiten des Motivs bei der gerade herrschenden Beleuchtung. Angezeigt erhalten Sie einen Mittelwert aus den verschiedenen Detailhelligkeiten.

Ist Ihr Motiv sehr kontrastreich oder herrschen dunkle oder helle Flächen vor, empfehlen wir die Detailmessung*) für den bildwichtigsten Teil oder aber die Lichtmessung*).

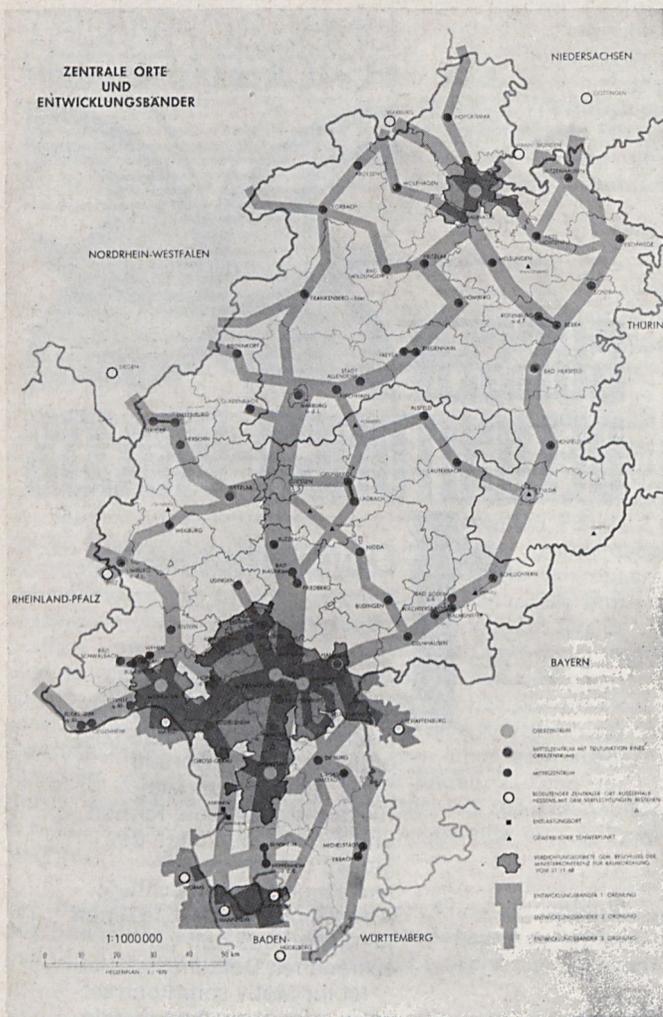
*) Bitte beachten Sie die nächsten Anzeigen

SIXTAR



Der universelle Belichtungsmesser mit CdS-Fotowiderstand für alle Lichtverhältnisse. Genaues stufenloses Einstellen durch den Nachführzeiger. Zeiger-Arretierung. Bequemes Ablesen in zwei Meßbereichen. Für Licht- und Objektmessung.

Belichtungszeiten: 1/2000 Sek. bis 2 Stunden.
Blendenwerte: 1 bis 45.
Filmwerte: 9 bis 42 DIN, 6 bis 12500 ASA.
Lichtwerte: -6 bis +24.
Gangzahlen fürs Filmen: 8 bis 128 Bilder/Sek.



Die sich vollziehende Trennung in Produktionsstädte und Verwaltungsstädte oder Wohnstädte wird zum „Planungsziel“.

Voraussetzung dafür ist natürlich eine bestimmte Infrastruktur, vor allem eine entsprechende Qualifikationsstruktur des Arbeitskraftangebotes in den industriellen Zentren. Der Staat muß dies garantieren können.

Die Verdichtung in den Ballungsräumen der entwickelten kapitalistischen Länder hört nicht auf. Hier können die Unternehmer die Produktionsfaktoren am kostensparensten kombinieren, denn hier finden sie den differenziertesten Faktormarkt (Boden, Kapital, Arbeit), und hier finden sie die notwendigen Verkehrsverbindungen und Beziehungen auch zu den anderen Ballungsräumen. Kein Unternehmer wird seinen Betrieb freiwillig dort ansiedeln, wo er Kostennachteile in Kauf nehmen muß. So ergibt sich die räumliche Wirtschaftsstruktur als der Gegensatz von hochverdichteten Ballungsräumen und unterentwickelten ländlichen Gebieten. In den Zentren selbst findet wiederum eine Differenzierung statt in Verwaltungs- und Produktionsstädte mit unterschiedlichem Lebensstandard. Man vergleiche nur das Stadtbild etwa Düsseldorfs und Frankfurts mit dem Dortmunds und Ludwigshafens. Entsprechend unterschiedlich ist auch das Einkommen und das Konsumangebot.

Weder in den Städten selbst, noch im Vergleich zwischen den Städten, noch im Vergleich zwischen Städten und ländlichen Räumen sind die Lebensbedingungen gleich. (Vgl. dazu auch den Artikel über die sozialräumliche Gliederung Darmstadts in diesem Heft). Betrachtet man nun noch die Länder,

die Arbeitskräfte, und gar noch die Länder der Dritten Welt, die billige Rohstoffe liefern, so weiß man, was die bürgerlichen Ökonomen unter Gleichgewicht und optimaler Faktorallokation verstehen: räumlich verteilte Ungleichheit.

Aber schon entstehen in den Zentren Probleme, die man Überagglomeration zu nennen pflegt. Die Kosten für Infrastrukturmaßnahmen steigen hier stärker als der durch sie erzielte positive Effekt für die Wirtschaft. Abhelfen soll das Planungskonzept der Hierarchie der zentralen Orte und die Maßnahmen der Raumordnungspolitik. Durch Steuervorteile und Investitionszuschüsse sollen die Unternehmer aus den Ballungsräumen gelockt werden. Überall in den ländlichen Gebieten werden Städte zu Zentren erklärt. Dort sollen durch staatliche Förderung Betriebe angesiedelt werden, die dann langfristig auch in den Genuß der Ballungsvorteile kommen werden, weil Arbeitskräfte angesiedelt werden sollen, weitere Industrien geholt werden usw. Um aber auch die Arbeitskraft zum Wandern zu bringen, müssen dort Wohnungen, Schulen, Freizeiteinrichtungen und Einzelhandelseinrichtungen gebaut werden. Unqualifizierte Arbeiter sollen aus der Landwirtschaft frei werden. Qualifizierte Fachkräfte und Ingenieure werden aber nur anzusiedeln sein, wenn auch eine bestimmte Wohnattraktivität vorhanden ist. Hier tut sich ein weites Feld für Stadtplaner auf. Das typisch kapitalistische an dieser „Planung“ ist, daß es nicht eine Frage gesellschaftlicher Diskussion und Entscheidung ist, ob, wo und wann ein Unternehmer investiert. Dies ist letztlich der Entscheidung der Unternehmer überlassen, die ihr Kapital natürlich nur dort investieren, wo es den höchsten Profit abwirft. Das ist nicht unmoralisch, sondern ihre Funktion. Von ihrer Investition hängt aber für eine Stadt oder Region eine Menge ab. **Hier tritt der Grundwiderspruch des Kapitalismus deutlich hervor. Alle haben gemeinsam (vergesellschaftet) während einer Produktionsperiode einen gesellschaftlichen Reichtum erarbeitet. Aber nur Wenige verfügen darüber, was mit diesem Reichtum in der nächsten Produktionsperiode geschieht.**

Vor allem in den Ballungszentren wird die Region zum Lebensbereich des Menschen. Wohnen, Arbeiten, Naherholung, kulturelle Einrichtungen, Versorgung mit langlebigen Gütern ist für den einzelnen über die ganze Stadtregion verteilt. Auch wirtschaftlich wird die Region zur bestimmenden räumlichen Einheit. Arbeitsmarkt, Konsumgüterversorgung, Wohnungsmarkt etc. hat als räumliche Begrenzung die Region. Die traditionellen Verwaltungsgrenzen der Gemeinden werden sinnlos. Sowohl um kurzfristige Konjunkturmaßnahmen, als auch um langfristige Infrastrukturplanungen durchführen zu können, wird eine stärkere Zentralisierung der Verwaltung notwendig, denn noch liegen die Gemeinden im Konkurrenzkampf um Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitskräften. Ihre Planungen und Ausgaben widersprechen oft sowohl dem Konjunkturhaushalt als auch den Entwicklungsplanungen der Länder und Regionen. Die einzige Möglichkeit der Sanktionierung ist bisher noch der Stop von Bundes- und Landeszuweisungen. Auch das wird sich bald ändern.

Konkurrenz der Städte

Im Kampf um bessere Lebensbedingungen versuchen die Städte fürs Kapital – und für Arbeiter mit entsprechender Qualifikation attraktiver als die Konkurrenten zu werden, um beide auf sich zu ziehen.

Relativ gut wird diese Situation in J. W. Foresters Simulationsmodell der Stadtentwicklung dargestellt. Forester erfaßt die Stadt als ein System mit den drei Subsystemen Wirtschaft, Bevölkerung und Wohnungen. Je nachdem, wie der Zustand dieser Subsysteme ist, wirkt die Stadt im Verhältnis zum Umland und den anderen Städten anziehend oder abstoßend auf die wachstums- und wohlstandsfördernden Faktoren.

Die ungünstigsten Auswirkungen hat der Bau billiger Wohnungen für sozial „schwache“ Familien und eine überalterte

Industriestruktur, die gerade auch einen höheren Anteil unqualifizierter und schlechter bezahlter Arbeiter einsetzt. Die Ansammlung von Schichten mit niedrigem Einkommen bedeutet soziale Aufwendungen, niedrigeren Umsatz des Einzelhandels, niedrigere Mieten etc. Sie führt außerdem rückwirkend dazu, daß weniger neue Betriebe der Wachstumsindustrie angesiedelt werden können. So geht es immer weiter bergab. Deshalb müssen Stadtviertel, in denen sozial-schwache Schichten wohnen (Alte, kinderreiche Arbeiterfamilien, Gastarbeiter, die ihr Geld nach Hause schicken, anstatt es hier dem Einzelhandel zu übergeben) **vorsorglich** saniert werden. Ist das Viertel city-nah, empfiehlt es sich, Betriebe des tertiären Sektors anzusiedeln. Zumindest müssen aber teure Wohnungen für strebsame, junge Mittelsstandsfamilien gebaut werden. Erhöht man gleichzeitig die „Freizeitwerte“ der Stadt durch ein bißchen Konsumrummel, ein bißchen Kultur und ein bißchen Grün, dann steigt auch die Wohnattraktivität. Kommen jetzt noch Ingenieure und andere junge, qualifizierte Arbeitskräfte in die Stadt, steigt das Image. Industrieflächen werden erschlossen und Betriebe angesiedelt. Neue Kaufhäuser bleiben nicht aus. Die Stadt ist auf dem Wege der Gesundung.

Die Klage über den Verlust der Urbanität

Trotzdem fühlen sich offenbar manche Bürger nicht wohl. Schon seit über 10 Jahren beklagen sie den Verlust der Urbanität der Städte und schimpfen über die Planer, die durch ihre falschen Leitbilder die Zukunft verplant hätten. Die Verödung der Städte, ja sogar ihr Tod wird heraufbeschworen. Die Presse wird hellhöriger und nimmt die Klage auf ins Feuilleton. Rührend beschreibt Jane Jacobs („Tod und Leben großer amerikanischer Städte“), wie „belebte Ecken mit bunter geschäftlicher Nutzung“ und „Straßen, beliebt durch ihren bohemienhaften Charakter“ dadurch veröden, daß dort Banken, Versicherungen etc. den Boden aufkaufen und sich breit machen. Der Verlust von Mannigfaltigkeit muß aber zum Tod führen. Hier bedient sie sich des ökologischen Schemas der Chicago-Schule. Gesellschaft und damit auch Stadt ist ein Organismus mit sich gegenseitig bedingenden Funktionen. Mannigfaltigkeit und Wettstreit der Funktionen ist das liberalistische Prinzip. J. Jacobs hat noch nicht gemerkt, daß diese Zeiten längst vorbei sind. Hinter ihrer Argumentation, und auch hinter Hans Paul Bahrdts Stadtbausozio-logie, wird das frühkapitalistische Gesellschaftsbild deutlich sichtbar. In der Familie und im Bereich der Produktion ist der Bürger privat. Hier ist er unabhängiger Privatproduzent, mit seinen Arbeitern schließt er privatrechtliche Verträge ab. Erst auf dem Markt vollzieht sich die Vergesellschaftung. Hier stellt der Bürger seine Waren aus, hier wird die Mannigfaltigkeit der vergesellschafteten Produktion als „ungeheure Warensammlung“ sichtbar. Deshalb klammern die Kritiker des Urbanitätsverlustes auch den Produktionsbereich völlig aus ihrer Kritik aus. Dort kann ruhig Eintönigkeit und die Unmöglichkeit von Kommunikation vorhanden sein, dort darf Betriebshierarchie und Herumkommandieren die Regel sein.

Wenn die Leute, die tagsüber schwer arbeiten müssen, abends nicht mehr in der Innenstadt herumrennen und am Wochenende ihre Konsumgüter im Einkaufszentrum auf der grünen Wiese einkaufen, weil sie nicht noch mehr von ihrer Freizeit durch Parkplatzsuche und Verkehrsstauungen verlieren wollen, dann verliert der Bildungsbürger seine Markt- und Mannigfaltigkeitsillusion und vermißt Kommunikationsmöglichkeiten. Freiberufler, Architekten, Professoren etc. schließen sich zusammen, die Einzelhändler der Innenstadt ziehen mit, und schon beginnen die ersten Wiederbelebungsversuche der Innenstädte. Flohmärkte werden organisiert. Man erlaubt sogar Hängern, ihren selbstgebastelten Schmuck zu verkaufen usw. Der Stadtverwaltung kommt das gelegen; es erhöht das Image, zieht Kapital und junge, qualifizierte Arbeitskräfte an...

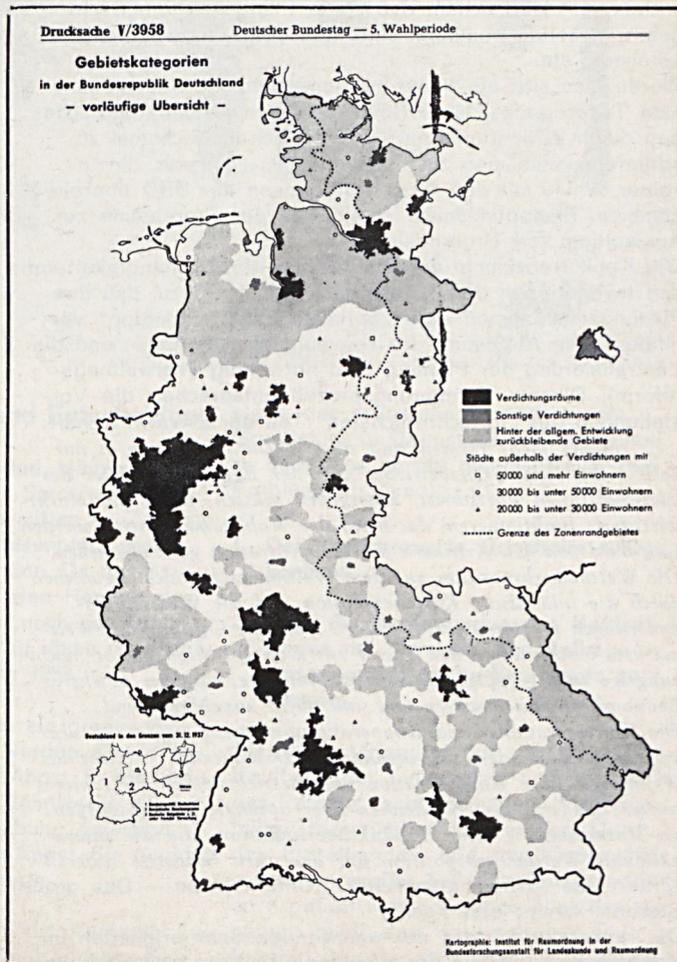
Funktion der Planer

Die Urbanitätsmasche war natürlich ein gefundenes Fressen für die Planer. Überall dort wo bei der Planung von Geschäften noch eine Restfläche bleibt schreiben sie jetzt groß „Kommunikation“ rein. Ein neues „Lay-out“ für bekannte Sachen. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist der Luisenplatzwettbewerb in Darmstadt. Die Guther-Gruppe präsentiert ihren Entwurf in einer 40seitigen Broschüre im neuesten Planer-Urbanitätsjargon:

„Die vorgesehene Planung zielt darauf ab, der Stadt Darmstadt ein urbanes, dynamisches Zentrum zu schaffen, in dem die Bürger zu allen Tageszeiten, vom Verkehr ungestört, in vitaler, ihren verschiedensten Neigungen entsprechender Weise kommunizieren. Die Realisierung wird der Stadt eine dynamische Drehscheibe, einen interessanten Hauptbegegnungsort mit optimalem Nutzungsgrad schaffen... Dieser Bereich wird der zentrale unentbehrliche Pol mit urbanem Reichtum, mit großer Diversität und Individualität und Freiheit der Wahl in allen Sparten für den ganzen Raum Starkenburg und darüber hinaus werden.“ (S. 2)

Ein anderes Beispiel: Die Stadt Hannover, die als langweilig galt, inszenierte mit großem finanziellen Aufwand einen riesigen Pop-Rummel. Unter dem Motto „Kunst unters Volk“, „Kunst auf die Straße“ und ähnlichen dummen Sprüchen konnten sich junge Künstler austoben und dabei finanziell sanieren. Grund der Aktion: Hannovers Image war so schlecht, daß die gewünschten jungen Arbeitskräfte nicht kamen oder gar wegzogen. Neue Industrien konnten ebenfalls nicht angesiedelt werden: Ähnliche Aktionen sind aus anderen Städten zu berichten.

Verdichtungsgebiete und zurückgebliebene Gebiete



Darüber, wie, für was und wo Überschub einer Produktionsperiode, der gesamtgesellschaftliche Mehrwert also, der zur Errichtung neuer Produktionsstätten (und damit von Arbeitsplätzen) eingesetzt wird, entscheidet im Kapitalismus nicht die gesamte Gesellschaft, sondern die private Wirtschaft nach den Gesetzen der Kapitalverwertung.

Eine kleine Gruppe verfügt also über diesen Mehrwert, und die Kommunen und Regionen, die räumlichen Einheiten der Gesellschaft, sind abhängig von den Entscheidungen dieser Gruppe. Sie müssen untereinander durch Schaffung günstiger Bedingungen für die Kapitalverwertung um Teile dieses Mehrwerts, in Form von Kapitalinvestitionen konkurrieren.

In diesem Zusammenhang wird die Funktion der Planer deutlich: Sie müssen versuchen, Arbeitskräfte und Kapital aus anderen Städten und Regionen abzuziehen. Vor allem sind qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen, um eine dem Bedarf der Wachstumsindustrien und dem tertiären Sektor entsprechende „Qualifikationsstruktur“ und „Differenziertheit“ des Arbeitsmarktes zu erreichen. Dann nämlich ist der Unternehmer am flexibelsten, d. h. er kann die Produktionsfaktoren so substituieren, daß ihm für die Erzielung eines bestimmten „outputs“ minimale Kosten entstehen. Um diese „optimale Faktorallokation“ zu ermöglichen, muß sich der Planer oft gegen die Interessen der regionalen Kleinkapitale durchsetzen, die bei Ansiedlung neuer Betriebe eine Verteuerung des „Produktionsfaktors Arbeit“ befürchten. Industrieflächen sind, falls Geld vorhanden, relativ leicht zu erschließen. Um aber einen optimalen, regionalen Arbeitsmarkt zu erhalten, müssen sich die Planer schon mehr einfallen lassen. Die „Wohnattraktivität“ muß gesteigert und die „Freizeitwerte“ erhöht werden.

Sind unpopuläre Planungsmaßnahmen notwendig, so müssen die Planer der Bevölkerung in bunten Broschüren und verwirrenden Ausstellungen mit „wissenschaftlichen Untersuchungen“ klarmachen, daß diese Planungen von Sachgesetzmäßigkeiten bestimmt sind, dem Allgemeinwohl entsprechen, etc.

Würde man sich die Mühe machen, regionale oder kommunale Teilprognosen über Bevölkerungswachstum (natürliches und durch Zuwanderungen) und Wirtschaftswachstum zu addieren, käme man zu phantastischen Summen, die in keiner Weise mit den Gesamtprognosen der BRD übereinstimmen. Planoptimismus ist ein Teil der Programme zur Ansiedlung von Unternehmen.

Der Konkurrenzkampf der Städte, bzw. ihre Abhängigkeit von den Investitionen der Privatwirtschaft, führt dazu, daß ihre Planungsmaßnahmen eine „optimale Faktorallokation“ verhindern. Die Auflösung der kommunalen Autonomie und die Zentralisierung der Planung wird notwendig (Verwaltungsreform). Diesem Formierungsprozeß entsprechen die Vorstellungen des „fortschrittlichsten“ Teil der Privatwirtschaft:

„... immer mehr Firmen sind schon Pleite, sie wissen es nur noch nicht. Daß Grenzbetriebe*), in der Regel Nachzügler des wirtschaftlichen Fortschritts, untergeben müssen, wenn die Marktwirtschaft funktionieren, das heißt der Wohlstand gemehrt werden soll, wird von den Kritikern der Konzentration gern übersehen. ... Die Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt hat sich inzwischen durch die inländische Kostenexplosion und die Wechselkursänderungen erheblich verschlechtert. Doch die Öffnung des Weltmarktes beschleunigte den Trend zur Konzentration. Nicht macht- hungrige und gefäßige Unternehmersubjekte, sondern objektive ökonomische Daten waren und sind dafür ausschlaggebend. ... Die Konzentrations- und Kooperationsbewegung ergibt sich also zwangsläufig aus dem sich veränderten Datenkranz. ... Nicht das Wehklagen über Konzentration und Betriebssterben hilft hier weiter, sondern das Nachdenken über optimale Betriebsgrößen als Voraussetzung einer Produktdiversifikation, die die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Industrie sichert.“ (Zitiert aus „Wirtschaftswoche“, „Unternehmen — Das große Sterben kommt erst noch“)

Die repressive Lösung der wachsenden Schwierigkeiten im Kapitalismus, die aus der zunehmenden Vergesellschaftung

der Produktion resultieren, ist die autoritäre „Planung“ des Staates in Abstimmung mit den Spitzen der Riesenkonzerne („optimale Betriebsgröße“) bei fortschreitender Entmündigung der Individuen zu passiven Konsumenten. Als einzige, emanzipatorische Perspektive zeigt sich der Sozialismus als „Verein freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“. (Kapital, Bd. I, S. 57)

Zur Verwirklichung dieses „Vereins freier Menschen“ ist also die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Verfügungsgewalt der Gesellschaft über sie, Voraussetzung. Das ist aber nur möglich, wenn die große Mehrzahl der Bevölkerung, die Arbeiter und Angestellten, in langen Klassenauseinandersetzungen lernen, daß die einzelnen Ungerechtigkeiten und Mißstände, die sie bekämpfen, Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs im Kapitalismus sind: des Widerspruchs zwischen der gesellschaftlichen Form der Produktion und der privaten Aneignung der Produkte. Diese Kämpfe beginnen aber bei den Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs, dort nämlich, wo sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern und wo „Ungerechtigkeiten“ erlebt werden.

Die zur Zeit sich entwickelnde Kritik an den Lebensbedingungen der Massen im Kapitalismus kann ein Ausgangspunkt für weitere Erkenntnisse und Kämpfe werden.

Die liberale Klage, etwa über den „Tod der Städte“, von Teilen der Mittelstandes, der sich durch die Konzentration des Kapitals in seiner Existenz bedroht sieht, muß abgetrennt werden vom Kampf der Arbeiter und Angestellten um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

rote-Punkt-Aktionen, Hausbesetzungen, Bürgergruppen gegen konkrete Planungsmaßnahmen, Mieterstreiks etc. sind nicht zu trennen von den Streiks um bessere Löhne und dem Kampf um erträglichere Arbeitsbedingungen. Kommunikation muß heißen: kritisch-inhaltliche Diskussion und solidarisches Handeln — aber in allen Lebensbereichen.

Hier wird sich jeweils im konkreten Fall zeigen, auf welcher Seite der Planer steht: Ob er Informationen an kritische Bürgergruppen weitergibt, ihnen hilft, Alternativen zu formulieren und sie in ihrer Praxis unterstützt und eine Erkenntnis der Zusammenhänge ermöglicht durch seine spezifische Ausbildung, oder ob er ihnen die Sachgesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Auswirkungen in allen Lebensbereichen einzureden versucht.

Literatur

- 1) F. Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, S. 66.
- 2) K. Marx, Kapital, Bd. I, 24. Kapitel.
- 3) K. Marx, Grundrisse der Kritik der polit. Ökonomie; Formen, die der Kapital. Prod. vorhergehen.
- 4) F. L. Wright, Die Zukunft der Architektur.
- 5) Das Deutsche Siedlungswerk, Mai 1934.
- 6) H. B. Reichow, Organische Stadtbaukunst.
- 7) Wirtschaftswoche Nr. 8, 25. 2. 72, Interview mit F. H. Ulrich.

*) Betriebe mit ‚Grenzkosten‘: Die Kosten zur Erzielung eines bestimmten „outputs“ werden so hoch, daß der Gewinn „gegen Null geht“. Es sind also Betriebe mit der unproduktivsten Produktion.

Der Luisenplatz oder wer bestimmt, wie in Darmstadts City gebaut wird.



Die Stadt will auf eigenem Bauplatz ihr neues Rathaus mitten im Zentrum errichten. Nach dem neuesten Stand der Planung ist aber vom Rathaus nur noch ein jämmerlicher Rest übriggeblieben. Stattdessen beherrschen Einzelhandel und Büros die Szene. Wie es zu diesem Ergebnis — nicht nur typisch für Darmstadt — kommen konnte und welche Folgen es hat, soll hier aufgezeigt werden.

1. Vorgeschichte und Entscheidung

Am Anfang war die Idee. Nämlich die, das Rathaus, Sitz der Stadtregierung und Verwaltung, habe mitten im Zentrum der Stadt, auf den Luisenplatz also, seinen Standort zu finden. Da der Bauplatz sich sowieso in den Händen der Stadt befand, war nur noch das Problem der Geldbeschaffung zu lösen. Das aber zog sich lange hin, bis 1968.

Da sollte in Griesheim ein großes Einkaufszentrum gebaut werden. Davor bekam der Einzelhandel Angst. Er fürchtete, die neue Konkurrenz könnte die Käufer aus Darmstadts Umgebung anlocken. Die Stadt bekam auch Angst. Sie fürchtet um ihre Gewerbesteuer.

Da schien es geraten, die Verhandlungen mit dem Kaufhauskonzern Kar-

stadt, der schon länger nach einem Grundstück in Darmstadt suchte, schnell zu beenden, um mit einem Streich zwei Probleme zu lösen:

1. Der Konkurrenz in Griesheim zuvorzukommen.
2. Über die Bedingungen des Kaufvertrages mit Karstadt, das Rathaus und eine Tiefgarage finanzieren zu können.

Als idealer Standort bot sich für ein Kaufhaus der Luisenplatz an. Was für das Rathaus recht, ist für ein Kaufhaus billig. Überstürzt und unter dem Druck des Einzelhandels und der Kinobesitzer wurde ein großer Teil des Grundstücks an Karstadt verkauft. Ohne über den genauen Inhalt des Kaufvertrages informiert zu sein, stimmten die Stadtver-

ordneten dem Verkauf zu. Die Einsicht kam nach dem Fall: An einen Rathausbau war nun gar nicht mehr zu denken. Der Kaufpreis allein – 9 Millionen DM – reichte dann sowieso nicht aus und wurde auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sogleich für die Restauration der Mollerruine festgelegt. Nicht nur hatte die Stadt es versäumt, Bedingungen mit dem Verkauf des Grundstückes zu verknüpfen, sie ging sogar noch die Verpflichtung ein, die Kosten für die Tiefgarage und die direkte Erschließung selbst zu tragen. Um aus dieser mißlichen Lage doch noch zu ihrem Rathaus zu kommen, sah die Stadt den Ausweg in Zugeständnissen an private Kapitalgeber: Ein Investor war zu finden, der für das Recht, den noch freien Teil des Luisenplatzes nutzen zu dürfen, das Rathaus und andere Einrichtungen für die Öffentlichkeit baute. Also wurde ein Investorenwettbewerb ausgeschrieben, in dem die Stadt forderte: Ein – inzwischen verkleinertes – „Kopfrathaus“ – für den „Kopf“ der Verwaltung – mit etwa 350 Büroachsen, zwei Sitzungssäle, Tiefgaragen, öffentliche Einrichtungen wie Grünflächen, ein überdachter Platz und Wohnungen. Die Wettbewerbsergebnisse wurden der Bevölkerung vorgestellt, mit den Investoren wurde weiter verhandelt. Mit folgendem Ergebnis:

Der überdachte Platz schrumpft zu einem regensicheren Kaufhauseingang – Wohnungen werden überhaupt nicht gebaut. Aus dem Kopfrathaus ist ein Schrumpfkopfrathaus geworden: Von den 350 Büroräumen dürften vielleicht noch ein Zehntel übrigbleiben. Dafür – ebenso wie für ihre Sitzungssäle – muß die Stadt noch Miete zahlen!

Dazu kommen unübersehbare Folgekosten. Allein die vorgesehene Tieferlegung der Wilhelminenstraße wird für die 1. Baustufe (Bleichstraße bis Elisabethenstraße) 20,5 Millionen Mark (Stadtanteil 20%) und für die 2. Baustufe (bis Hügelstraße 21 Millionen Mark kosten. Die weiteren Folgekosten, unr für den notwendigen Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes, sind noch nicht zu übersehen.

2. Hintergründe der kommunalen Finanzmisere

Um die Vorgänge der Entscheidung der Stadt über den Luisenplatz überschaubar zu machen, sind zunächst einmal die

Rahmenbedingungen zu betrachten, unter denen die Kommunen Strukturpolitik – zu der auch der Verkauf von stadt-eigenen Grundstücken gehört – und Haushaltspolitik betreiben.

Die Gemeinden, die ihren Haushalt zu 45% aus den Gewer besteuern und 35% aus der Einkommenssteuer bestreiten, müssen daran interessiert sein, innerhalb ihres Gebietes Industrie und Gewerbe mit möglichst qualifizierten Arbeitnehmern mit hohem Einkommen anzusiedeln, um so aus möglichst hohen Steuereinnahmen ihren Haushalt finanzieren zu können.

Um die Attraktivität für Ansiedlung von Industrie und Gewerbe zu erhöhen, müssen die Gemeinden innerhalb ihrer Strukturpolitik günstige Standortbedingungen für Industrie und Gewerbe schaffen, das heißt Erschließung und Angebot von günstigen Grundstücken, Ausbau des Verkehrsnetzes, und – um das nötige Potential an qualifizierten Arbeitskräften anzuziehen – Erhöhung der Attraktivität der Stadt als Wohn- und Einkaufsort mit entsprechenden Erholungsgebieten.

Da jedoch alle Gemeinden auf die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe angewiesen sind, geraten sie untereinander in einen Konkurrenzkampf, der sie dazu zwingt, je mehr sie durch ihre Finanzmisere auf die Gewerbesteuererinnahmen angewiesen sind, immer mehr in die Infrastruktur zu investieren, Grundstücke zur Verfügung zu stellen und nach den Wünschen steuerkräftiger Industrieunternehmen zu erschließen (zum Beispiel IBM Hannover).

Diese Vorhalte- und Folgekosten der Strukturpolitik, die wiederum als rapide steigende Baukosten die Gemeindehaushalte belasten (und der örtlichen Bauindustrie gewinnträchtig zufließen) sind, neben den gestiegenen Personal- und Sachkosten, ein wesentlicher Grund für die als öffentliche Armut bezeichnete kommunale Finanzmisere.

Der zweite wesentliche Grund für die Armut der Kommunen ist in einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu suchen: Die Forderung und der Druck des hochorganisierten überregional operierenden Großkapitals nach staatlicher Strukturpolitik hat, angekündigt in den Stabili-

tätsgesetzen, daß „die Gemeinden den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen haben“, in der Gemeindefinanzreform zu einer Verschiebung der Anteile von Bund und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen – vor allem in der konjunkturrempfindlichen Gewerbesteuer – zu Gunsten des Bundes geführt. Die zunehmende Konzentration des Großkapitals erfordert eine Zentralisierung öffentlicher Finanzmasse, „zum Nachteil der ortsansässigen mittleren und kleinen Unternehmen, die aus dem gesamtwirtschaftlich nachteiligen Gewerbesteuermechanismus Vorteile zogen, indem ihnen über den Weg der kommunalen Haushalte öffentliche Gelder in Form von kleinräumigen Infrastrukturinvestitionen zufließen und damit einer wachstums- und wettbewerbssichernden überregionalen Strukturpolitik des Staates Finanzmasse entzogen“.

So wird der Handlungsspielraum der Gemeinden durch folgende Faktoren erheblich eingeschränkt:

- den Entzug von Finanzmitteln auf lokaler Ebene zugunsten einer staatlichen Strukturpolitik
- die bleibenden Forderungen der um ihre Existenz ringenden kleinen und mittleren Unternehmen
- durch den aus der Notwendigkeit, möglichst viel Wachstumsindustrie und Dienstleistungsunternehmen an sich zu ziehen, unter den Gemeinden entbrannten Konkurrenzkampf.

Diese ökonomischen Zwänge bewirken die Aushöhlung der kommunalen Autonomie.

3. Die Interessen und Rollen der Beteiligten

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Stadt über den Standort von Karstadt zu verstehen.

Die **Stadt** erhofft sich folgende Vorteile:

- Die starke Konzentration von Einkaufsmöglichkeiten in Darmstadt zwingt die Bewohner der Region, einen großen Teil ihres Bedarfs in

Darmstadt zu decken. Das erhöht den Umsatz des innerstädtischen Einzelhandels. Und das verspricht der Stadt höhere Steuereinnahmen.

- Die Stadt verspricht sich durch den Ausbau ihres Zentrums ein weltstädtisches Image und dadurch mehr Attraktivität auszustrahlen für Handel und Dienstleistungsgewerbe, sowie für den besser verdienenden Teil der Bevölkerung, der es sich vielleicht leisten kann, Einkaufen zu seiner „Freizeitbeschäftigung“ werden zu lassen.
- Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Darmstädter City ist auch die geplante Sanierung des Martinsviertels zu beobachten: Wo ein attraktives Zentrum ist, da muß auch eine attraktive Stadt sein, das heißt attraktiv für diejenigen, die das „großartige, neue Einkaufsangebot“ wegen ihres Einkommens auch zu schätzen wissen.

Für den **Kaufhauskonzern** liegen die Vorteile klar auf der Hand:

- Bevölkerung mit relativ hohem Einkommen ist in Darmstadt und Umgebung konzentriert.
- Die Stadt verkauft an Karstadt einen Bauplatz mitten im Zentrum. Das städtische Verkehrssystem steht Karstadt kostenlos zur Verfügung und sorgt dafür, daß Käufer aus der ganzen Region ihren Weg zum Einkaufen in Darmstadts City und zu Karstadt finden. Zwar überfordert die Konzentration von immer mehr Konsumangebot das sowieso überlastete städtische Verkehrssystem bei weitem, aber darum braucht sich Karstadt nicht zu kümmern.

Für den ansässigen, innerstädtischen **Einzelhandel** wird auch einiges abfallen:

- Die Zusammenballung großer Kaufhäuser übt eine Sogwirkung aus, von der auch Einzelhändler und Kinobesitzer in der City profitieren werden. Einerseits wird die Massierung von Käufern ihren Umsatz steigern, andererseits haben sie durch die vorerst konkurrenzlose Situation Darmstadts als Einkaufszentrum in absehbarer Zeit keine ernsthafte Konkurrenz zu fürchten.

Und so ist es denn kein Wunder, daß, schamhaft versteckt hinter diffusem Gefasel vom Erwachen zur Weltstadt, von urbanem, dynamischem Zentrum, von der Möglichkeit, dort zu allen Tageszeiten vital kommunizieren zu können, sich die handfesten Interessen der Einzelhandelslobby im Stadtparlament durchsetzen.

Und wenn man solche heren Ziele verfolgt, dann kann man auch auf so lästigen Kleinkram wie etwa eine Kosten-Nutzen-Analyse verzichten, vor allem, wenn sie enthüllt hätte, welchen Nutzen und besonders welche Kosten die Stadt daran hat.

Gemeinwohl, erhalten. Dazu ist es notwendig, der Bevölkerung, die unter den ökonomischen und politischen Zwängen gefällten Entscheidungen plausibel zu machen. Ohne die wahren Hintergründe des Planungsprozesses und der Profitinteressen, die zu dieser Entscheidung geführt haben, zu benennen und darzustellen, wird diesen Vorgängen der Schein rationalen demokratischen Willensbildungsprozesses eines gewählten Parlaments verpaßt, das nur das Wohl des gesamten Wählervolkes im Auge habe. Mit massiver Unterstützung der Lokalpresse wird den Bürgern durch ein Geschwätz über städtebauliche Qualitäten, neue Kommunikationsformen, die



Hauptsache: die Kasse stimmt

Trotz ihrer Unkenntnis der genauen Vertragsbedingungen und ohne die Folgen zu beachten, stimmten die Stadtverordneten dem unter dem Druck der pressure groups innerhalb den Fraktionen und der kommunalen Biertischlobby ausgehandelten Vertrag zu.

Für den Magistrat, der unter diesen Bedingungen vorkonstruierte Ziele formulieren und Entscheidungen vorbereiten muß, wird die wirtschaftliche Stärkung der Stadt zum Erfolgswang und muß als Beweis seiner Sorge um das sogenannte

zum Kult erhobenen Einkaufsgewohnheiten der neuen Konsumenten und ähnliches Sand in die Augen gestreut.

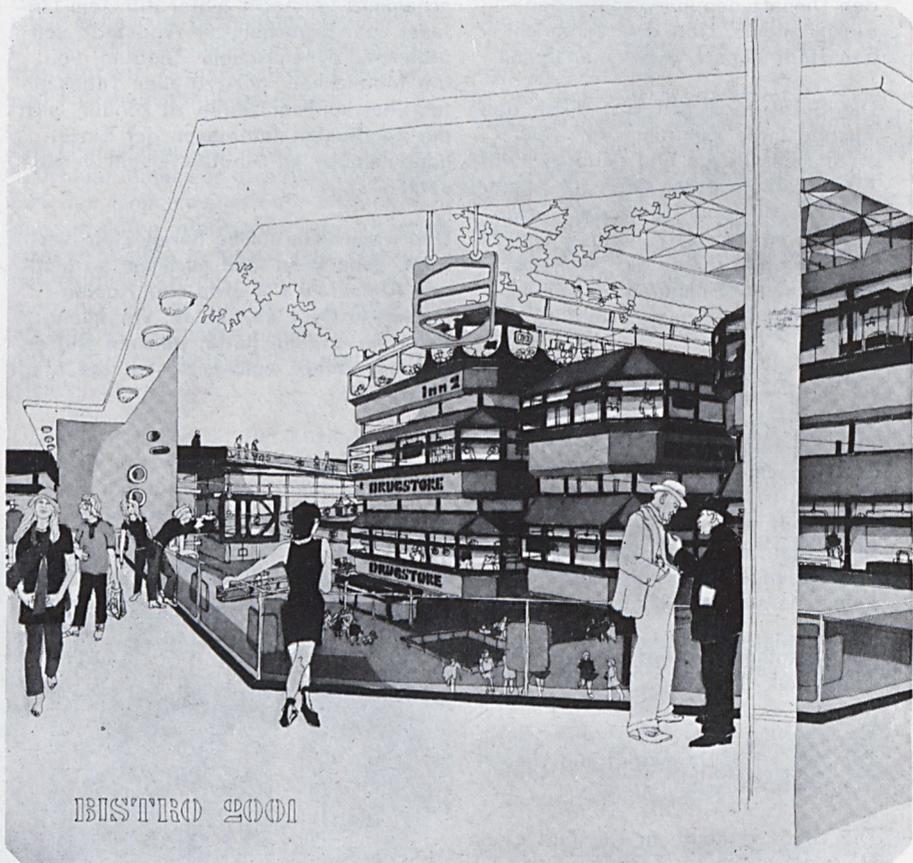
So geraten die Gemeinden durch objektive Zwänge in immer tiefere Abhängigkeit zu den Standortwünschen der privaten Unternehmen. Die Stadtparlamente aber, häufig durch personelle Verbindungen selbst Unternehmerinteressen verpflichtet, verschleiern mit ihrer formaldemokratischen Zustimmung eben diese Auswirkungen von Kapitalinteressen auf die Kommunalpolitik.

4. Die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung

Wie weit führt nun dieses „freie Spiel der Kräfte“ zum sogenannten sozialen Optimum, das heißt: wie weit werden die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung befriedigt?

Folgende Auswirkungen auf die Bevölkerung von Stadt und Region werden sich einstellen:

- **Notwendige Folge der Konzentration von Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt ist eine beträchtliche Zunahme des Individualverkehrs, der die Stadt wegen der – bereits jetzt festzustellenden – Überlastung des städtischen Verkehrsnetzes zwingt, hohe Summen im Straßenbau zu investieren, was eine Bindung der knappen Haushaltsmittel auf einem Sektor bedeutet.**
- **Die Aufwertung der Stadt für den tertiären Sektor (Handel und Dienstleistungen), und dessen Tendenz, sich in der Innenstadt oder doch in der Nähe anzusiedeln, führt zu einem Druck auf die citynahen Wohngebiete, der die Bewohner über kurz oder lang aus ihrem Winkel herausaniert.**
- **Statt die Einkaufsmöglichkeiten, den Wohnstandorten der Bewohner folgend, über die Region zu verteilen und dadurch die Auswirkungen des Stadt-Land Gefälles auszugleichen, zwingt die Massierung von Handel und Dienstleistungen die Bewohner der Region zum Einkaufen in die Stadt zu fahren, das heißt lange Wege in Kauf zu nehmen und sich einen eigenen Wagen zu halten.**



„... unsere schöne CZD-Stadt...“

Eine gleichwertige Versorgung der regionalen Bevölkerung mit Handel und Dienstleistungen wird nicht erreicht, die Polarisierung Stadt-Land sogar noch verstärkt.

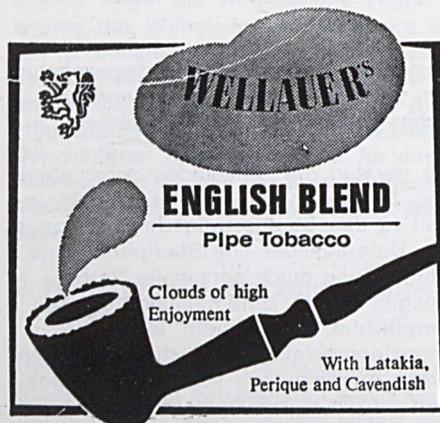
Denn es sind hauptsächlich die größeren Unternehmen, die aus der beschriebenen Entwicklung ihren Vorteil ziehen: Mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Methoden können sie den Markt nach den besten Profitchancen abklopfen, unter den Standorten, die ihnen die Gemeinden anbieten, den für sie günstigsten aussuchen und aufgrund ihrer ökonomischen Machtstellung ihre Standortwünsche gegenüber der Konkurrenz durchsetzen. Die Vorteile, die ihnen aus den Vorleistungen der Gemeinden erwachsen, stehen ihnen unentgeltlich zur Verfügung, die Folgekosten sind Sache der Gemeinden.

5. Fazit

Die Interessen der städtischen wie der regionalen Bevölkerung spielten also keine Rolle.

Und ob die Stadt sich der höheren Steuereinnahmen erfreuen können, darf bezweifelt werden: Schon die hohen Kosten für den Straßenbau werden daran nichts mehr übriglassen. Der Vorteil liegt in diesem Fall beim innerstädtischen Einzelhandel und vor allem bei Karstadt, einem Großunternehmen.

So findet, bei Aufrechterhaltung des Prinzips des privatwirtschaftlichen Gewinns, eine seltsame Art der Sozialisierung statt, nämlich eine Sozialisierung der Kosten.



Als „Freischaffender Mitarbeiter“ im Stadtplanungsamt

Ich suchte dringend Arbeit.

Vorher hatte ich lange gezögert. Jetzt brauchte ich Geld und meine Untätigkeit ärgerte mich.

Im Dezember 1971 bot sich die Gelegenheit, in das Stadtplanungsamt Darmstadt zunächst als Freischaffender Mitarbeiter einzusteigen. „Freischaffender Mitarbeiter“ werden projektgebunden eingestellt, das heißt, ihr Arbeitsvertrag läuft mit der Fertigstellung der Auftragsarbeit ab. Meine Arbeit war im Februar 1972 abgeschlossen. Ich bemühte mich von mir aus um keinen Anschlußauftrag, weil ich inzwischen in Norddeutschland eine für mich attraktivere Arbeitsmöglichkeit gefunden hatte. So schied ich also bereits nach einem knappen Vierteljahr wieder aus dem Stadtplanungsamt aus.

Von diesem Vierteljahr will ich berichten. Ich will nicht analysieren, kommentieren oder kritisieren, sondern lediglich meine Eindrücke wiedergeben, die vielleicht etwas von der Situation und dem Handlungsspielraum der Planer in einem solchen Amt vermitteln können.

Meine Aufgabe stand im Zusammenhang mit dem Projekt „Karstadt und Multifunktionales Gebäude“ auf dem südlichen Luisenplatz. Über dieses Projekt, über Ablauf und Ursachen der direkt und indirekt darauf bezogenen Entscheidungen, Initiativen und Aktivitäten und über Rolle und Einfluß der verschiedenen Beteiligten ist schon viel diskutiert und analysiert worden; das Verfahren ist symptomatisch für kapitalistische Planungspraxis und darum auch weiterhin als Anschauungsmaterial aktuell.

In diesem Heft geht ja der vorausgehende Beitrag eingehend auf das Luisenplatzprojekt ein — ich setze also grundsätzliche Informationen voraus und gehe im Folgenden nur soweit auf das Luisenplatzprojekt ein, als es unmittelbare Voraussetzung für meine Arbeit im Planungsamt war.

Innerhalb der Vorleistungen, die die Stadt für das Projekt aufzubringen hat, steht die Erschließung von Tiefgarage und Andienung an entscheidender Stelle. Die Konzentration von Parkplätzen, Kaufhaus und Läden an dieser Stelle erzeugt verstärkten Fuß- und Fahrverkehr, so daß die Erschließung nicht

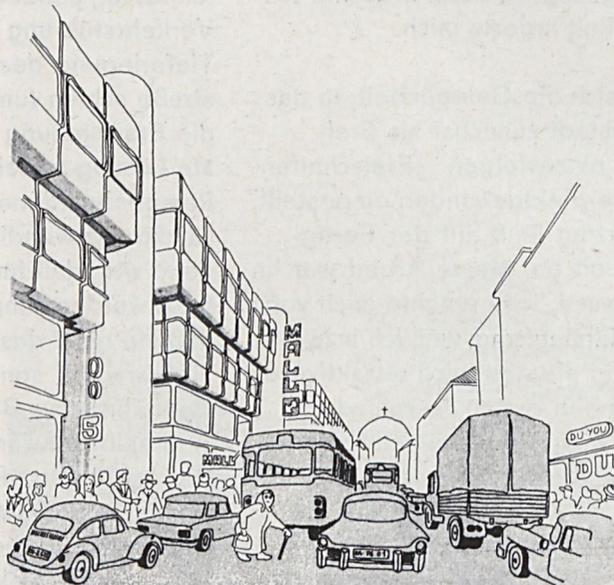
allein mit dem Bau von Zufahrtsrampen gewährleistet ist, sondern weiterreichende Eingriffe in die Verkehrsführung der Innenstadt notwendig sind. Die Tieferlegung des Fahrverkehrs in der Wilhelminenstraße schien (undiskutiert) die Optimalste und für die Erschließung der Tiefgaragen die naheliegendste Lösung zu sein, denn sie konnte einen Teil der Rampenfunktionen übernehmen und somit die zusätzlich notwendigen Rampen reduzieren. Entscheidend war, daß für sie Zuschüsse vom Bund beantragt werden konnten, sofern der Nachweis gelang, daß sie nicht das Erschließungsbauwerk für die Tiefgaragen, sondern eine dringend notwendige Maßnahme zur Beseitigung unhaltbarer Zustände innerhalb des innerstädtischen Straßennetzes sei. Das heißt also, durch die Tieferlegung der Wilhelminenstraße war die Möglichkeit gegeben, einen wesentlichen Teil der Vorleistungen für das Luisenplatzprojekt auf den Bund zu übertragen, worauf die Stadt aufgrund ihrer finanziellen Lage angewiesen war.

Einen entsprechenden Antrag bereitete die Verkehrsabteilung im Stadtplanungsamt vor; parallel dazu sollte Material zusammengestellt und grafisch aufbereitet werden, das geeignet war, Nichtverkehrsfachleute unter den Politikern und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Tieferlegung eben nicht die Vorleistung für das Luisenplatzprojekt, sondern eine eindeutig planerische Entscheidung für die Regulierung der verkehrlichen Entwicklung in der Innenstadt sei.

Für diese Aufgabe wurde ich eingestellt.

Die erste Erfahrung, die ich machte, waren die Interessen, die die Beteiligten für meine Aufgabe artikulierten. Grundsätzlich war durch den Vertrag mit Karstadt vorgegeben, daß die Stadt die Erschließung der Tiefgaragen und der Andienung als Vorleistung zu übernehmen hatte. Grundsätzlich war vorgegeben, daß die Erschließung mit der Tieferlegung der Wilhelminenstraße gelöst werden, für die Tieferlegung Bundesmittel beantragt und darum die Darstellung der Tieferlegung als planerische Maßnahme und nicht als Erschließungsbauwerk erfolgen sollte. Die Tiefgaragen und die Karstadtan-

DIE WILHELMINENSTRASSE IST VOM EINBAHNRINGVERKEHR BEHERRSCHT. DIE FUSSGANGERMENGE WIRD AN DIE SEITE AUF SCHMALE GEHSTEIGE GEDRÜCKT. VORSICHT OMA! DAS ÜBERQUEREN IST LEBENSGEFÄHRLICH! DAS STÄDTEBAULICHE KONZEPT DER WILHELMINENSTRASSE, QUERACHSE ZUR RHEINSTRASSE ZWISCHEN LUISENPLATZ UND KUPPELKIRCHE, IST DABEI KAUM ERLEBBAR - ALSO WIRKUNGSLOS.



vorher

dienung durften also in meiner Argumentation nicht erwähnt werden.

Auf diese Vorgaben hatten meine unmittelbaren Auftraggeber kaum Einfluß (Entscheidungen außerhalb ihrer Kompetenz bzw. „Sachzwänge“). Daher konzentrierten sich ihre Interessen darauf, was und wie das in meiner Argumentation dargestellt wurde:

- Die Vertreter der Stadtbauverwaltung wollten vor allem überzeugend aufbereitetes Informationsmaterial für die Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium. Konkret: Schautafeln, die die planerischen Argumente für die Tieferlegung plakatierten.
- Das Planungsamt sah in der Aufgabe die Möglichkeit, ein Dokument seiner Qualifikation und effektiven Arbeit zu bringen. Konkret: eine attraktive Broschüre, die unter dem Namen des Planungsamtes publik werden möchte.
- Das Ingenieurbüro IVB (Beauftragt mit der Durchplanung der Tieferlegung der Wilhelminenstraße) war neben der Tieferlegung daran interessiert, daß in dem Infomaterial der Durchbruch

Kirchstraße/Holzstraße dargestellt wurde (Folgeauftrag im Rahmen des Cityeinbahnringes).

Die Bearbeitung stand unter Zeitzwang. Eine Analyse über den Stellenwert der zweifellos vorhandenen städtebaulichen Vorzüge einer Tieferlegung der Wilhelminenstraße im Verhältnis zu den übrigen Problemen der Stadt konnte nicht erbracht werden und war auch ebensowenig erwünscht wie die Ermittlung und Dokumentation der Argumente, die gegen eine Tieferlegung sprachen, oder die Entwicklung von Alternativvorschlägen.

Für eine fundierte Untersuchung fehlten allerdings auch wesentliche Grundlagen:

- So ein umfassendes Verkehrskonzept, in dem Fahr-, öffentlicher Nah- und Fußgängerverkehr im Zusammenhang mit der Struktur der Stadt untersucht sind. Der Generalverkehrsplan von Schaechterle (1965) berücksichtigt nur den Fahrverkehr und geht auf strukturelle Fragen kaum ein. Außerdem ist er in seinen quantitativen Progno-

sen veraltet. Erhebungen über den Fußgänger-
verkehr fehlen ganz.

— So ein wirksames Innenstadtkonzept.
Ein Innenstadtkonzept ist zwar in Bearbeitung,
aber es war noch nicht soweit, daß es Entschei-
dungsgrundlagen für meinen Teilbereich liefern
konnte.

— So brauchbare Bedarfsermittlungen und eindeu-
tige Zielvorstellungen zur Stadtentwicklung.

...

Ich gewann den Eindruck, der sich auch in Gesprä-
chen mit anderen Mitarbeitern des Planungsamtes
bestätigte, daß im Planungsamt im Wesentlichen
keine Grundlagen für Entscheidungen erarbeitet
werden können, sondern lediglich irgendwo außer-
halb aufgrund bestimmter ökonomischer Interessen
bereits gefällte Entscheidungen nachträglich be-
gründet und planerisch „legitimiert“ werden.

In dieser Zeit wurde zum Beispiel ein Bebauungs-
plan für einen Straßenblock bearbeitet, nachdem

ein privater Investor ein Hochhaus in diesem Block
vorgesehen hatte und bezeichnenderweise kein
Bebauungsplan existierte, der die Entscheidung des
Investors beeinflußt oder eventuell sogar unmöglich
gemacht hätte. Der Block wurde der Entscheidung
des Investors angepaßt.

Auch das Innenstadtkonzept schien weniger Grund-
lage für wichtige kommunale Entscheidungen zu
werden als vielmehr Ansatz zu einer koordinierten
reibungsloseren Anpassungsplanung, in der die
Stadtentwicklung von den gleichen Entscheidungen
und Interessen abhängig bleibt, nur daß diese Ent-
scheidungen und Interessen optimaler aufeinander
abgestimmt werden.

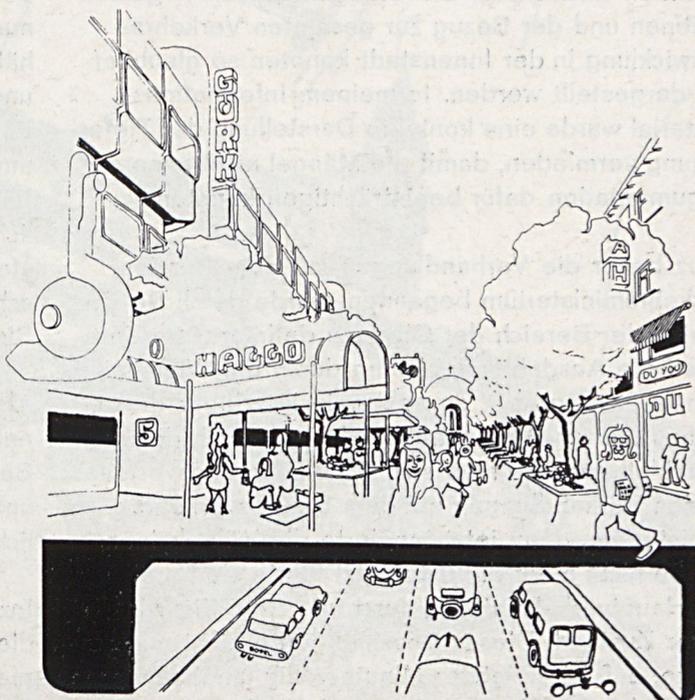
Einige Episoden am Rande:

Es war mir empfohlen worden, Perspektiven zu
zeichnen, die die mögliche Attraktivität eines Fuß-
gängerbereiches in der Wilhelminenstraße bei tief-
gelegtem Fahrverkehr illustrieren sollten. Meinen

nachher

DIE WILHELMINENSTRASSE NACH DER
TIEFERLEGUNG DES INDIVIDUALVERKEHRS

DER STRASSENRAUM GEHÖRT DEM FUSSGÄNGER.
ATTRAKTIVE ZONE ZUM AUFHALTEN BUMMELN
EINKAUFEN.
MAN KANN UNGEHINDERT ÜBERALL HIN.
OMA KANN LACHEN: KEIN AUTO GEFÄHRDET SIE.
IN GROSSEN ERDWANNEN WACHSEN SCHÖNE
BAUME.
EINE ERLEBBARE BEREICHERUNG DER CITY
IM SINN DES HISTORISCHEN STADTBILDES.



Auftraggebern (und mir) schwebte dabei ein typisches Architektentraumbild mit City-Zentrum, Baumallee und lustigem Menschentreiben vor. Als erstes zeichnete ich eine Perspektive nach der letzten Vorentwurfsfassung der CZD-Gruppe. Spätestens da kam für unseren Traum die Ernüchterung („Das ist ja fürchterlich“) und die Empfehlung, „Machen sie etwas lustiges daraus“, und die Resignation, „wenn erst einmal der Vertrag mit dem Investor geschlossen ist, haben wir keinen Einfluß mehr darauf“.

Während der Arbeit fiel mir auf, daß die Tieferlegung der Wilhelminenstraße nicht nur Vorteile für die Verkehrsführung brachte, sondern auch wesentliche Nachteile. Die Planung sieht zwei Abschnitte vor: Der erste zwischen Luisenplatz und Elisabethenstraße (das eigentliche Erschließungsbauwerk für das Luisenplatzprojekt). Der zweite die Verlängerung der Tiefloge bis zur Hügelstraße. In diesem zweiten Abschnitt ergaben sich einige sehr komplizierte und problematische Punkte in der Verkehrsführung. Tatsächlich wurde der zweite Abschnitt auch nicht ernsthaft angestrebt. Er war mehr aus taktischen Gründen notwendig; die städtebaulichen Argumentationen und der Bezug zur gesamten Verkehrsentwicklung in der Innenstadt konnten so glaubhafter dargestellt werden. In meinem Informationsmaterial wurde eine konkrete Darstellung der Tieferlegung vermieden, damit die Mängel nicht unsere Argumentation dafür beeinträchtigen konnten.

Kurz bevor die Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium begannen, wurde durch Beschluß der Bereich der City neu definiert. War ihre westliche Ausdehnung bislang durch die Wilhelminenstraße begrenzt, so sollte sie jetzt über diese hinaus bis zur Grafenstraße reichen. Durch diesen Beschluß erhoffte man sich Argumentationsvorteile in den Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium, denn jetzt tangierte die Wilhelminenstraße nicht mehr die City, jetzt führte sie bereits als Hauptverkehrsstraße durch die City: Ein unhaltbarer Zustand. Dieser Beschluß hatte nicht nur zur Folge, daß ich in letzter Minute völlig umdisponieren und ändern mußte, er zeigte auch die Unsicherheit

der Stadt und ihre verzweifelten Anstrengungen, die sie unternehmen mußte, um ihren vertraglichen Verpflichtungen in ihrer finanziellen Situation nachkommen zu können.

Die Mitarbeiter des Planungsamtes, soweit sie nicht in dieser Sache engagiert waren, standen meiner Aufgabe mit Unbehagen gegenüber. Das Unbehagen artikuliert sich

- durch Distanzierung von der Aufgabe,
- durch Hinweise auf dringender erscheinende Planungsaufgaben wie Innenstadt- oder Nahverkehrskonzept,
- durch den Vorwurf, warum ich mich für so etwas hergäbe,
- durch die Äußerung, daß die Aufgabe zwar beschissen, aber irgendwie exemplarisch für die Arbeit im Planungsamt sei — vor allem, weil sie für uns mit den dahinterstehenden Ursachen und Absichten leicht durchschaubar und weniger verschleiert als andere Aufgaben war.

Meine Argumentationssammlung wurde als Broschüre des Planungsamtes veröffentlicht. Die beiden Lokalzeitungen berichteten, daß im Planungsamt ein Mann wissenschaftlich nachgewiesen hätte, daß die Tieferlegung der Wilhelminenstraße unumgänglich sei.

Es ist mir selbst passiert, daß mir in Diskussionen um die Tieferlegung Leute sagten, bitteschön, im Planungsamt ist ihre Notwendigkeit wissenschaftlich nachgewiesen worden, in der Zeitung hats gestanden. Es war vergeblich, sie von der Unwissenschaftlichkeit dieser „Untersuchung“ zu überzeugen. Sie glaubten der Zeitung mehr als mir.

Als ich in der Bauverwaltung meinen Abschied nahm, da sagte mir ein maßgeblicher Beamter unter Bezug auf meine Broschüre: „Sehen Sie, das ist unsere eigentliche Arbeit. Die Politische. Öffentlichkeitsarbeit. Aufklärung...“.

Inzwischen ist der Antrag auf Bundeszuschüsse für die Tieferlegung der Wilhelminenstraße angenommen worden.

Paul Trost

Von der Unverschämtheit, Sanierungsbetreffene über ihren Rausschmiß aus dem Viertel zu informieren, und sie zugleich zum lustigen Mitplanen aufzufordern

Aus dem Spielplan des Stadtplanungsamtes

Aus dem Zyklus Bürgerbeteiligung

Regie: METRON — Planungs-AG

(Variationen des Gesprächsthemas zwischen Kater und Hexe in Goethe, FAUST: „O würfle gleich, Und mach mich reich... Du mußt verstehn! Aus eins mach zehn“)



OUVERTÜRE

Auftritt:

DIE CITY Sie braucht „**Platz für Handel und Banken für Kaufhäuser, Verwaltung und Behörden und direkte Verkehrsanbindung**“

DIE UNIVERSITÄT Sie will sich auch ausdehnen

DIE GEFAHR, daß aus „reinem Profitdenken . . . langjährige Mieter auf die Straße gesetzt werden“

UNERTRÄGLICHER AUTOLÄRM UND GESTANK

DER ABBRUCH, der durch „**Verminderung des Angebots an billigen Wohn- und Arbeitsraum**“ einen großen Teil der Bewohner aus dem Viertel torpediert

DAS GESPENST „der Vereinsamung des Menschen“, das nicht nur in den Köpfen von Sozialpsychologen, Ärzten und Forschern . . . , sondern real da ist“

Auftreten:

BÜRGER, die „bereits das Ergebnis einer Planung am eigenen Leib“ erlebt haben: Sie fühlen sich „eingekesselt“ oder ‚vereinsamt‘ zwischen leeren Korridoren oder im vielgerühmten ‚**Häuschen im Grünen**‘, . . .“ undsoweiterundsofort.

Auftreten:

Viele andere mehr

Das Publikum: Die Sanierungsbetroffenen

Diese auftretenden Versatzstücke kapitalistischer Stadtwirklichkeit sind von der METRON AG engagiert und montiert worden:

Der METRON Planungs-AG, Heidelberg wurde bereits im Juni 1970 vom Magistrat der Stadt ein Auftrag zu einer Grundlagenuntersuchung für die Sanierung des Martinsviertels erteilt. Die Ergebnisse verschwanden bald in den Schränken des Stadtplanungsamtes: Verschämt hatten die beamteten Planer registriert, daß sie für hohes – öffentliches – Entgelt mit einer unzureichenden Studie über den Löffel balbiert worden waren.

Weitere Beispiele ließen sich in Zusammenhang mit der Verhökerung des Luisenplatzes finden (z. B. METRON-Studie „Darmstadt, Geschäftsflächenbedarf“, Mai 1971).

Jüngst inszeniert sie also – im selben Solde – für Besucher der „Informations-

veranstaltung Martinsviertel 1972“ ein Trauerspiel, das allen ein Lehrstück sein sollte. Abgefaßt ist es in der Broschüre „Sanierungsplanung Martinsviertel“. Laut Vorwortschreiber Reißer („**Liebe Mitbürger, . . . Ihr Stadtbaurat**“) sind die Adressaten „**von der Sanierung des Viertels betroffen oder am Problem engagiert**“. Um zu zeigen, „**wie kompliziert eine Sanierung ist**“ werden genannte Darsteller, und überhaupt was der traurigen Dinge mehr sind bemüht.

Vorhang auf

Die ersten Szenen handeln von „Sanierungsproblemen“. Nichts ist so recht verständlich. Der Auftritt der Akteure nimmt schier kein Ende. Alles ist wenig überschaubar gehalten, alles ist so schwierig. Die Konfusion steigt: Die Hauptdarsteller erscheinen zwar, spielen aber Nebenrollen.

An bahnt sich die erste Klärung: Alles formiert sich zum großen „Sanierungscocktail“. Wie gesagt: Alles; denn wie könnte es anders sein, als wie in der harten Wirklichkeit, wo das Gute nur in Gesellschaft des Schlechten erscheint. An das Publikum ergeht die Aufforderung, mitzutun. Die Statisten dürfen umgestellt werden; die Hauptakteure lachen sich ins Fäustchen. – In der blumigen Sprache der METRON: „Mischen Sie sich Ihre eigenen Getränke zusammen, geben Sie der Stadtverwaltung Ihre Rezepte bekannt, sie wird dann einen für alle verträglichen Cocktail daraus herstellen.“ (Szene 12, „Nach Rezept: das neue Martinsviertel“).

Doch freilich: „Vergessen sie nicht, in jedem Getränk sind auf jeden Fall einige Tropfen Bitter, die das Süß ihrer Hoffnungen abschwächen“. Weil alles so entsetzlich (gelungen) kompliziert (gemacht) ist, bietet

Exkurs 33

Ein Schuß Sanierungs - „Bitter“

METRON konzeptionelle Regiehilfe. Es gibt ja auch so viele, viele Möglichkeiten. Insgesamt werden 3 „Alternativen“ („Cocktaildrinks“) angeboten:

– In der ersten („Regenerierungsplan“) erscheint das MV ordentlich aufgezupft – freilich zusätzlich Kindergärten allerorten neu –, ansonsten unverändert. Die Osttangente verschwindet aus Blick und Viertel, schwingt sanft nord-östlich aus dem Plan, vorbei an Komponistens Gärten und Swimmingpools. Gelächter im Publikum. Hier ist offen verarscht worden. Das einzige, was inzwischen halbwegs klar wurde, ist: Saniert werden soll doch, weil Büros und Geschäftsflächen fehlen. Wozu also eine Alternative, die nichts davon ausweist?

– Die nächste Szene holt schleunigst Versäumtes nach („Alternative“ Umwandlungsplan): Hier wird geholt; mitten drin im Viertel die Osttangente, daran riesige Geschäfts- und Büroflächen, Wohnen oben drauf. Graphisch klar, farblich hübsch haben wir hier den harten Kern des eigentlichen Sanierungsgrundes.

– Der „Durchbruchsplan“, im wesentlichen identisch mit der „Alternativen“

„Das Ergebnis einer mehr als 1-jährigen Forschungsarbeit der METROPLAN“

tive“ 2, variiert letztere noch ein wenig. Ein bisschen andere TH- Erweiterung, ein bisschen mehr Büro- und Geschäftsfläche mit „einem Schuß“ 2-Spuriger Osttangente, mal in Tief-, mal in Hochlage.

Übrig bleibt fader Geschmack von den 3 Cocktails: Der erste entpuppte sich bereits als Windei, die anderen unterscheiden sich nur der Farbe nach. Zu allem Überfluß wird jetzt darauf gedrungen, den faulen Cocktails auch noch Noten zu vergeben („Bewertungsverfahren“). Wichtigstes Fach dabei soll sein „Schutz für Betroffene“. Hier rangiert das Windei an erster Stelle. Durch- und Abbruchsvarianten kommen schlecht weg. Obgleich das Publikum im Verlauf der Aufführung mühsam zur Erkenntnis durchgerungen wurde, daß „Gesamtstädtische Belange“ doch wohl wichtiger sind, rangiert dies Fach Gemeinwohl erst dahinter: Weit vorne liegt hier freilich der „Umbruchsplan“, abgeschlagen: Das Regenerierungs-Windei.

Die Konfusion im Parkett ist perfekt. Alert trägt die Regie dem geschwind Rechnung. Doch ein Rekurs auf die (armen) „Leidtragenden“ (Auftritt 33 „Ein Schuß Sanierungsbitter“); sodann wird resümmierend getröset:

„Bedenken, Bedenken, Bedenken. Aber sie sollten sich nicht entmutigen lassen, Ihren Cocktail zu mixen, Sie haben die Gefahren allzu einseitiger Sanierung gesehen. Dagegen läßt sich städtischerseits jedoch etwas machen – nicht gegen alles, aber gegen vieles.“

Lassen wir uns nichts mehr aufbinden von „Sanierungsbittern“, sowie „Versuchen, die Bürger zu beteiligen“. Machen wir Schluß mit dem Stück. Hier wird verschaukelt. Erkunden wir uns, was wirklich gespielt wird.

es planen: die Sachzwänge

Metron sagt es selbst: Darmstadt's City braucht Platz für Handel, Banken, Büros, Kaufhäuser und Verwaltung. Man möchte auch hierzulande nicht schlechter leben als in anderen Städten. Die Wirtschaft soll's gut haben in Darmstadt. Die Unternehmer möchten nämlich nur dann gern investieren in Darmstadt, wenn Ihnen gute Bedingungen von der Stadtverwaltung bereitgestellt werden. Dann kommen genug Steuern rein und der ganzen arbeitenden Bevölkerung geht's dann auch besser, weil ab und an sogar ein Schwimmbad, Kinderspielplatz oder eine bessere Straße herauspringt. Dann kommen auch wieder mehr Arbeiter und vor allem höhere Angestellte, der Wirtschaft geht es noch besser, die Unternehmer mögen dann wieder gern investieren, ... usw. ...

So und ähnlich wird geantwortet bei Nachfragen, warum eigentlich die City gerade ins Martinsviertel ausgedehnt werden müsse, warum denn nicht alles ganz anders gemacht werden könne, warum denn da keine wirklichen Alternativen seien. So ist das nun mal, so sähen halt die Sachzwänge aus. Allerdings sind es ganz schöne Sachen, vor welche die arbeitende Bevölkerung (Im Stück: „Die Kleinen Leute“) hier gezwungen werden. Behalten wir an dieser Stelle nur im Kopf, daß es nicht der liebe Gott ist, dem diese unsichtbaren Hände gehören, die diese Sachgesetzmäßigkeiten produzieren. Sie werden produziert und reproduziert von Menschen – tagtäglich neu unter dem Schild privater Verfügung über Produktionsbedingungen.

Sie sind verschwunden, wenn es um die üblen Folgen ihres Tagwerks geht, firmieren dann abwechselnd unter Sachgesetzlichkeit oder Gemeinwohl. Sie sind



da, wenn es darum geht, sich auf Stadtstrukturen zu setzen und sie auszusaugen.

Darmstadts Industriebetriebe haben kaum Absichten, zu expandieren. Die Industrie- und Handelskammer gibt in ihrer Untersuchung über industrielle Entwicklungsmöglichkeiten als Hauptgründe Raum- und Arbeitskräftemangel an; Fachkräfte und Wohnungen für sie fehlen. Die Industrie stagniert.

Darmstadt ist auch keine typische Industriestadt. Wichtig für die ökonomische Wohlfahrt sind die Büros des tertiären Sektors, der öffentlichen und privaten Dienstleistungen. In Darmstadt sitzen z. B. 99 Verlage und 49 Banken, Versicherungsgesellschaften, PTZ, FTZ etc. Darmstadt ist Kopf des Regierungsbezirkes.

Der Anteil der Arbeitsplätze im Tertiären Sektor an den gesamten Arbeitsplätzen Darmstadt, Weiterstadt, Griesheim und Pfungstadt stieg von 33,3% (1961) auf 43,6% (1970). Die Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe sanken im gleichen Zeitraum von 53,7% auf 46,7%.

Banken, Managementzentren und öffentliche Verwaltung lassen sich nicht mit dem Stadtrand abservieren. Sie rotten sich gern zusammen, brauchen Kommunikationsdichte. Sie wollen beste Verkehrsverbindungen, Nähe zur City und feine Wohnungen für ihre Angestellten, möglichst in der Nähe. Die TH als Quelle qualifizierter Arbeitskräfte ist ihnen kaum unrecht.

Einige Extras, wie die Nähe des Herrngartens sind ihnen auch sehr lieb. Banken, Managementzentren und öffentliche Verwaltung brauchen Martinsviertel, Osttangente und Herrngarten vor der Tür.

So sieht es ungefähr aus, wenn Sachgesetzmäßigkeiten planen.

Was wird aber im Martinsviertel passieren, wenn sich nach 10 Jahren schließlich ein riesiger Büro- und Verwaltungs-Apparat auf das Viertel gehockt hat? Die Bewohner des Abrißgebietes selbst sind in die Darmstädter Wohnungsnot mit ihren wahnwitzigen Mietpreisen katalysiert worden. Ein verschwindend geringer Teil von ihnen ist in die wenigen Sozialwohnungen, irgendwo am Stadtrand gesteckt worden.

Und die umliegenden Häuser? Von den Grundeigentümern kann die Stadt nach dem Städtebauförderungsgesetz (§ 20,

Peter Brückner Alfred Krovoza Staats feinde

Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD.
Rotbuch 40. 112 S. DM 4.50 (Abo.: DM 3.50).

Die Autoren – selbst zu den »Staatsfeinden« gezählt – versuchen die Momentaufnahme einer Bundesrepublik, in der die Unverhältnismäßigkeit der Mittel den Verhältnissen entspricht. Das Psychogramm einer kranken Gesellschaft, die Ruhe und Ordnung im Sinn hat, und das einer kriminellen Wirtschaftsstruktur, die zur Verschleierung ihrer täglichen und immer sichtbarereren Gewaltausübung neue Feindbilder braucht.

Jährlich etwa 8 neue ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abo. 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: **Verlag Klaus Wagenbach**, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns bitte, wir nennen Ihnen gern eine andere Buchhandlung.

Rotbücher

Baugebot, § 21 Modernisierungsgebot) Neubau bzw. Renovierung fordern. Aber dann ist Schluß mit den Möglichkeiten dieser Art von Planung. Beim veränderten sozialen Status der Umgebung und lockenden zahlungskräftigeren Mietinteressenten werden hier glasklar teure Wohnungen gebaut werden, oder schlicht: **die Wohnungen teurer.**

Wie wurde doch diese Szene in der Vorstellung gespielt? Nachzuschlagen in der Broschüre unter »Sanierungscocktail 2, »Umwandlungsplan«, Bewertung dieser »Alternative«:

Bei **„Vorteile“:**

»Viele Leute werden im Viertel wohnen können«

Bei **„Nachteile“:**

»Viele Leute im Martinsviertel müssen umziehen oder es sogar verlassen«

Besonders Progressive wie z. B. die Herren Mitscherlich, Böhme und diese vielen ganz radikalen Stadtplaner wissen sogar diese »Sachgesetzmäßigkeit« beim Namen zu nennen: Privatbesitz an Grund und Boden. Dabei vergessen Sie allerdings allzu gern die erste, die so magisch aus der Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums hervorwuchs – die private Verfügung über die Bedingungen der Lebenssicherung. Ein – so scheint's – von menschlicher Bestimmung gelöster übermächtiger Apparat der Produktion, der Bedingungen eigener Art haben möchte.

Indem wir das so formulieren, benennen wir wichtige restriktive Bedingungen, die wirklich demokratische Planung unmöglich machen.

Lassen wir nicht mehr zu, daß solche Stücke gespielt werden. Setzen wir gleich den ganzen Spielplan ab. Machen wir das wahr, was uns seit 23 Jahren vom Grundgesetz als bereits existent vorgelogen wird: Die Gleichheit der Lebensbedingungen, der Verwirklichungsmöglichkeiten.

Denn, wer's immer noch nicht mitbekommen hat: Das Ding heißt nicht Bürgerbeteiligung. Hier wird Arbeitern, Lehrlingen, Rentnern und Studenten das Haus unter dem Hintern weggerissen und Demokratie geheuchelt, gebeten: Bitte Mitplanen.

Das Stück heißt Kapitalismus. Wer's immer noch nicht glaubt – Bitteschön, man kann noch mitplanen:

In welcher Farbe hätten sie gern den Sanierungsplan?

Stadt- und Sozialstruktur

Die räumliche Verteilung sozialer Ungleichheiten — am Beispiel Darmstadt

„Von Größe und Ausstattung der Wohnungen sowie von ausreichenden Bildungs-, Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen hängt es ab, ob sich der Mensch — wie das Grundgesetz es will — frei entfalten kann.“
(Aus: Städtebaubericht der Bundesregierung, 1970)

Städte sind Systeme mit durchaus ungleichen Elementen. In verschiedenen Stadtteilen wohnen unterschiedliche soziale Schichten. Sie haben unterschiedliche Lebensbedingungen, nicht nur in ihrer Stellung im Beruf, sondern ebenso in allen anderen Lebensbereichen. Das ist allgemein einsehbar.

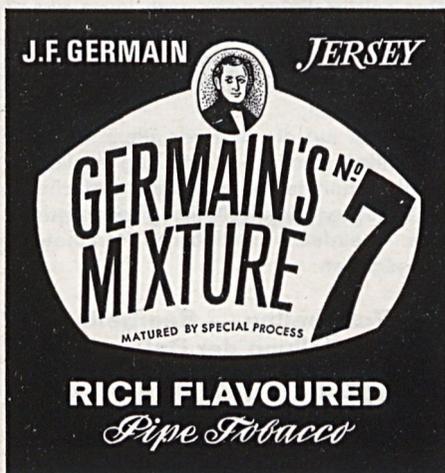
Gleichwohl wird akzeptiert, daß in Tagespresse, Ansprachen, Parteiprogrammen und Grundgesetz der Gleichheit der Lebensbedingungen das Wort geredet wird. Selbst diejenigen, die hier einen Widerspruch sehen, gehen meist von der prinzipiellen Annahme aus: daß diese Disparitäten durch verstärkte Sozialstaatstätigkeit wie Wohnungsbauprogramme oder Bürgerbeteiligung o. ä. wieder ins rechte Lot gebracht werden könnten.

Mit einem Wort: daß es sich hier mehr um zufällige, reparable als um strukturell bedingte Ungleichheiten handle.

Dies mithilfe schlichter statistischer Argumentation zu widerlegen, soll im folgenden versucht werden. Das Material dazu entstammt ersten Ergebnissen eines Projektseminars in der Fachgruppe Stadt (FB Architektur). Es wird damit zu zeigen sein, in welchem Maße

in den verschiedenen Bezirken Darmstadts unterschiedlichen Lebenschancen Raum gegeben ist. Die so oft in zufälligem, fachgemäß korrigierbarem Gewande erscheinenden Ungleichheiten werden dabei Federn lassen müssen — als statistische Maßzahlen können sie nicht länger verbergen, was sie tatsächlich darstellen: Strukturelle Ungleichheiten. Ist Kapitalismus das „Geschäft mit der Differenz“ — das Geschäft, das die Besitzenden mit den Besitzlosen betreiben —, so soll nicht wundern, wenn diese grundlegende Strukturbestimmung überall ihre Entsprechung findet. Wenn menschliche Verwirklichung nicht stattfindet durch die Propagierung von Idealen, sondern gebunden ist an die jeweilig historisch realen Verhältnisse, läßt sich formulieren:

Solange diese Verhältnisse die des Marktes sind, solange die Vorbedingung der menschlichen Verwirklichung — die Sicherung der menschlichen Existenz — geschaffen wird, indem der Einzelne seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen muß, solange wird Ungleichheit strukturelle Notwendigkeit und gesellschaftlich erzeugter Reichtum privater Besitz weniger bleiben.



Stadt im Alltagsleben und in der Statistik

Nicht nur in Darmstadt – ebenso in anderen Städten erschließen sich dem Alltagserleben eigenartige Gesetzmäßigkeiten von Stadtstruktur: Die City als Stadtkern mit hoher Geschäftsflächen-nutzung und Arbeitsplätzen des tertiären Sektors – Versicherungen, Banken, Verwaltung. In Nähe ihrer Büroarbeitsplätze: die Wohnungen der höheren Büroangestellten und Beamten; Kleine Angestellte und Beamte, Arbeiter, Rentner, Studenten und Gastarbeiter bevölkern den alternden Siedlungsring der Gründerhäuser des letzten Jahrhunderts (hier faßt dementsprechend auch der expandierende tertiäre Sektor zuerst Fuß); Ar-

beiter wohnen in Lärm und Ruß der Industrieviertel oder in (zum Teil öffentlich geförderten) Eigenheim- oder Hochhaussiedlungen am Stadtrand; privilegiert in Ruhe und Grün leben Kapitaleigner und -verwalter, Professorenschaft, Höhere Beamte und Angestellte, Ärzte usw. **Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche Ausprägung diese augenscheinliche Strukturordnung in Darmstädter Bedingungen findet: Welche sozialstrukturell gleichwertigen Räume lassen sich in welchen Stadtteilen ausmachen, und durch welche statistischen Merkmale sind sie charakterisiert?**

Anhand der beiden – nach Kriterien sozialer Schichtung mutmaßlich auseinanderliegenden – ausgeprägtesten Sozialräumlichen Typen (Arbeiterviertel

und „Oberschicht“-viertel) soll weiterhin überprüft werden, welche Werte hier einige sozialistische Parameter annehmen, die gemeinhin – unmittelbar oder vermittelt – als Indikatoren für die Gleichheit der Lebensbedingungen gelten. (So z. B. Volks- und Oberschüleranteile, Verteilung der Schulklassen und Kindertagesstättenplätze sowie der Wohnfläche, die durchschnittlich jedem Einwohner zukommt.)

Datengrundlage: der statistische Schleier

Ausgangspunkt soll hier nicht das Alltagserleben sein, sondern vorliegendes Material offizieller Statistiken: Arbeitsstättenzählung 1970, Gebäude und Wohnungszählung 1968, Volks- und Berufszählung 1970. Letztere ist die Statistik, welche sowohl Konzernherrschaft als auch den Schuster an der Ecke als „Selbstständige“ erfaßt. Es ist die Statistik, die Manager und Nachtwächter, Minister und Straßenfeger in einen Topf wirft und ihn dann „Beamte und Angestellte“ nennt.

Es ist dies die Statistik, die sich sperrt gegen die Analyse von Verhältnissen der Ungleichheit und Herrschaft: Sie verbirgt die tatsächliche Stellung der Einzelnen im Produktionsprozeß, ihren Ort im Funktionsablauf tagtäglicher Produktion und Reproduktion dieser Gesellschaft und damit dieser Verhältnisse. Obwohl sie in der Tat viel zu kaschieren hat, leistet sie genug für eine grobe Analyse der sozialräumlichen Gliederung. Genannte Schwierigkeiten eindeutiger Bestimmung können sogar mit ihren eigenen Mitteln überwunden werden. Das soll im Folgenden noch kurz anhand der Variablen ‚Stellung der Erwerbstätigen im Beruf‘ durch die Variable ‚Durchschnittliche Ausbildungszeit‘ gezeigt werden.

Der Blick auf die hier vor allem interessierende räumliche Verteilung sozialer Ungleichheit ist bereits nach einfacher statistischer Bearbeitung (Prozentzahlen usw. – einfache Statistische Parameter) freigegeben.

Die Vorarbeiten — Bearbeitung und Darstellung der Daten: Karten, Histogramme, Korrelation

Im Seminar wurden 78 verschiedene Merkmale (Variable) in ihrer Verteilung über 38 statistische Bezirke mit Hilfe

HA*STELLUNG EINER DATENSATZES MIT NUR POSITIVEM ODER NUR NEGATIVEM DATENVORZEICHEN IN EINER ORDINATENRICHTUNG

ANTEIL DER ARBEITER AN DER BEVÖLKERUNG DER BEZIRKE (EINSCHLIESSLICH DER GEMEINLICHEN LEHRLINGE) 1970

DIE DATENGRUNDLAGE STAHM* AUS DER VOLK*ZÄHLUNG 1970 ERWERBSTÄTIGE NACH IHRER STELLUNG IM BERUF

| BEZIRK | ANTEIL DER ARBEITER AN DER BEVÖLKERUNG |
|--------|--|
| 11 | 39.891 |
| 74 | 30.886 |
| 38 | 29.335 |
| 28 | 25.774 |
| 37 | 25.539 |
| 21 | 22.492 |
| 25 | 21.409 |
| 30 | 20.279 |
| 35 | 19.999 |
| 11 | 18.999 |
| 27 | 18.921 |
| 9 | 18.482 |
| 7 | 17.989 |
| 10 | 17.881 |
| 6 | 16.990 |
| 18 | 16.900 |
| 8 | 16.398 |
| 3 | 16.472 |
| 2 | 16.324 |
| 36 | 16.317 |
| 22 | 16.104 |
| 12 | 15.990 |
| 34 | 15.977 |
| 26 | 15.030 |
| 20 | 14.711 |
| 32 | 14.207 |
| 1 | 10.828 |
| 5 | 9.768 |
| 29 | 9.684 |
| 19 | 9.496 |
| 4 | 8.949 |
| 13 | 8.979 |
| 14 | 8.791 |
| 15 | 4.608 |
| 33 | 4.318 |
| 16 | 4.219 |
| 18 | 3.708 |

BEZIRKS ZIFFERN

ANTEIL DER ARBEITER AN DER BEVÖLKERUNG DARMSTADTS = 16,418 PROZENT

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

jetzt vereinigt mit der
Akadem. Buchhandlung
H.-J. Stehlmann (AKABU)

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Telefon 7 65 48
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Beachten Sie unsere Sonderangebote!

EDV kartiert. Auf den Computerausdrucken erscheinen die Merkmalsausprägungen – gleichsam auf einem Stadtplan – als räumliche Verteilung von Grauwerten. Die Grauwerte sind durch statistische Klasseneinteilung jeweils in der Legende definiert. Auf einen Blick läßt sich so erkennen, welche Bezirke z. B. welchen Anteil von Kindern, alten Häusern o. ä. haben, je nach dem welche Variable kartiert werden soll.

Auf Histogrammen (die hier unter den Karten abgedruckt sind) treten nacheinander die Bezirke, in der Wertigkeit des betrachteten Merkmals geordnet, auf. Die so erzeugten Graphen lassen eine qualitative Diskussion der Gesamtverteilung des Merkmals über Darmstadt zu (Streuung, Varianz; Sprünge im Verlauf). Am Beispiel der Verteilung der Arbeiteranteile läßt sich zeigen, daß es keine gleichmäßige „gesunde soziale Mischung“ (was auch immer das heißen mag) gibt: die Anteile der Arbeiter an der Wohnbevölkerung unterscheiden sich, je nach Bezirk, stark; Sie streuen zwischen 3 und 33%. Als Extremwerte fallen heraus die Bezirke, die sich auch weiterhin als typische Arbeiterviertel herausstellen (33–22%) und die, welche sich bald als typische Oberschicht-Viertel besonders privilegiert erweisen werden (extrem niedrige Arbeiteranteile 3–4%). Die Arbeiterbezirke sind in den folgenden Histogrammen zur besseren Lesbarkeit und Verdeutlichung der Argumentation als durchgehend schwarze Streifen, die

Oberschichtenbezirke als unterbrochene Streifen dargestellt.

Bereits hier treten also (vgl. Abbildung Arbeiteranteile) bestimmte Bezirke zusammen auf. Diese Kombinationen stellen sich durchaus auch bei anderen Variablen ein; ein Zusammenhang, der sich in weiterer Näherung durch formale Methoden wie Korrelationsrechnungen durchschnittliche Ausbildungszeit der erhärten läßt. So erscheint z.B. eine hohe Bevölkerung immer zusammen mit einem niedrigen Arbeiteranteil: Korrelationskoeffizient = $-0,87$ (Hohe negative Korrelation).

Sowohl die Ergebnisse der Korrelationsrechnungen als auch die der Histogramme machten die Typisierung der Bezirke nach der Variablen „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf“ plausibel. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Schwammkategorien „Selbständige“ und „Beamte und Angestellte“ konnten durch einen simplen Trick überwunden werden. Ermittelt wurde die bereits erwähnte ‚durchschnittliche Ausbildungszeit‘. Sie errechnet sich aus den Daten der „Wohnbevölkerung nach höchstem Schulabschluß“; Volksschüler gehen dabei mit 10 Jahren, Abiturienten mit 12 Jahren, Berufs-, Fach- und Ingenieurschüler mit 14 Jahren usw. ein. Diese Variable ließ grobe, aber sichere Differenzierungen in Hinblick auf die Art eines hohen „Angestellten und Beamtenanteils“ zu.

Die Grundargumentation: Darmstadt in 6 Sozialräumlichen Typen

● **DIE INNENSTADT – HOHER ANTEIL SELBSTÄNDIGER** sowie besserer Beamter und Angestellter (Anteil über 65%, durchschnittliche Ausbildungszeit mit mittleren bis hohen Werten). Ein Großteil der Geschäfts- und Bürobesitzer bzw. Pächter wohnt vermutlich im selben Hause.

● DIE VIERTEL DER ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

Südlich an die City anschließend (Theater – Kuppelkirche bis Bessungen, in östlicher Richtung bis zum Woog) in attraktiver, trotz Citynähe relativ ungestörter Wohnlage, wohnt ein Großteil der nicht immer gerade kleinen Beamten und Angestellten (Anteil zwischen 57 und 72%), Ärzte, Rechtsanwälte usw., letztere mit ihren Praxen. Vergleichbar sind Arheilgen-Süd und Am Lämmchesberg in Eberstadt.

● DIE VIERTEL DER KLEINEREN BEAMTEN UND ARBEITER

Um den Nordrand der Innenstadt, um Herrngarten und TH, legen sich – als erster Siedlungsring um die ehemalige Residenzstadt – die Gründerhäuser des Martinsviertels. Über die Hälfte der bestehenden Wohnungen sind vor 1918 gebaut worden. Hier wohnen garantiert nicht diejenigen des vorher beschriebenen Typs, die sich nach dem Kriege am völlig zerstörten Südrand der Innenstadt einnisten konnten: Nur partiell zerstört, blieb das Martinsviertel – mit schlechter Wohnungsausstattung und niedrigen Mieten – nach Kriegsende den kleinen Angestellten, Handwerkern und Arbeitern übrig.

Entgegen anderslautenden Informationen wird man vom Martinsviertel nicht mehr als einem „Typischen Arbeiterviertel“ sprechen können (Diese Argumentation bezieht sich wahrscheinlich immer noch auf die Zahlen der Volks- und Berufszählung 1961 und läßt sowohl den spezifischen Strukturwandel des Viertels als auch den allgemeinen der Arbeitsplätze außer acht.)* Die Arbeiteranteile an

Neptun bittet zu Tisch

Fischrestaurant Hamburg
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7
durchgehend warme Küche
von 10.00 bis 24.00 Uhr

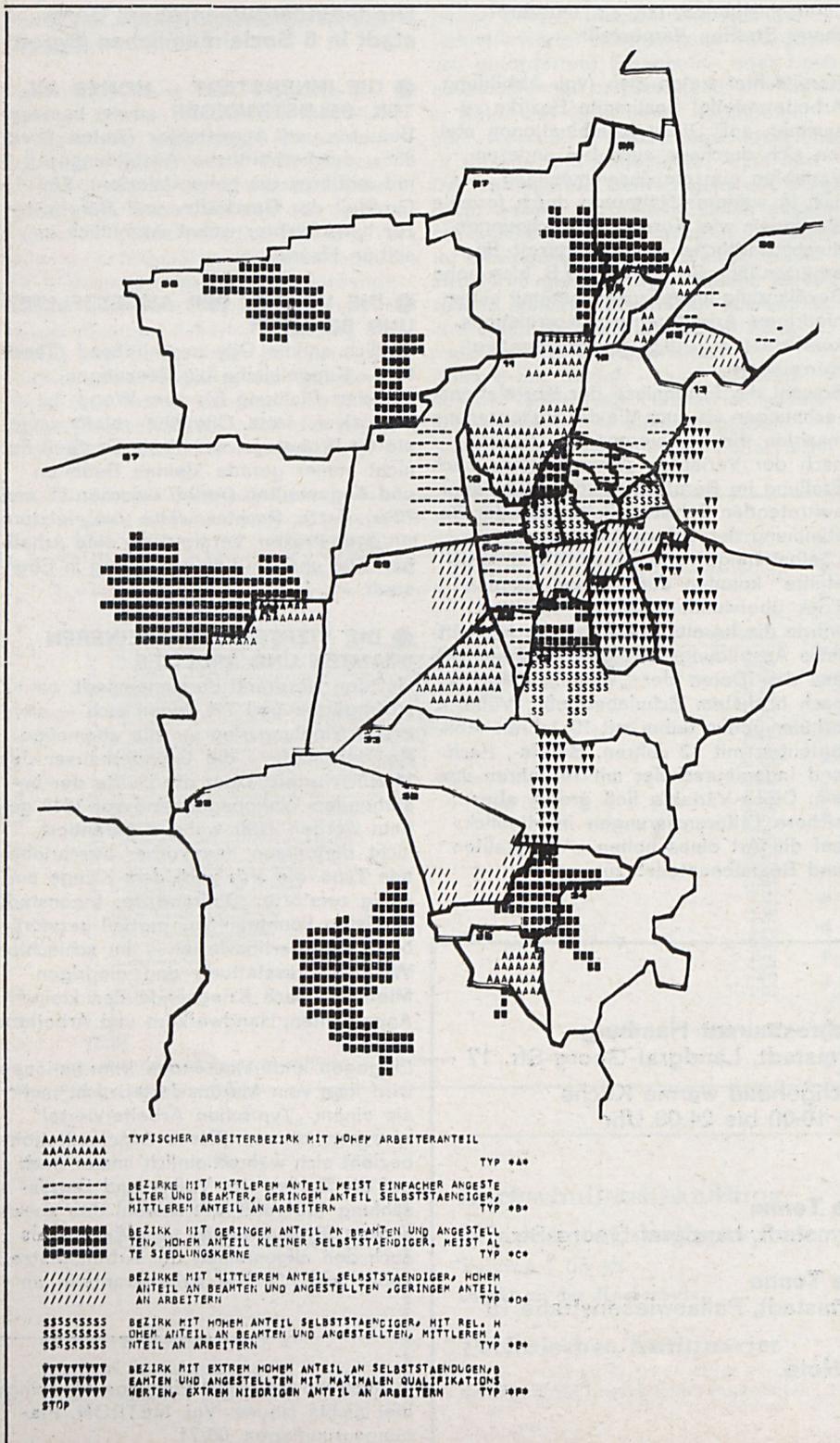
Immer etwas Besonders

Alte Tenne
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

Alte Tenne
Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

Die Restaurants mit besonderer Note

*) Auch die METRON Planungs-AG bringt hier nichts Neues. Vgl. METRON, Planungsgrundlagen 08/71.



der Bezirksbevölkerung bewegten sich 1970 in etwa ums Darmstädter Mittel (16–17%). Wenn auch zum größten Teil wegen der Nachkriegs- „Sozialen“ Wohnungsbauten – sind folgende Bezirke mit dem Martinsviertel vergleichbar: Verlegerviertel, Am Ziegelbusch, Am Südbahnhof und nordöstlich Neu-Kranichsteins (Reiterhof).

● **DIE ALTEN SIEDLUNGSKERNE: HOHER ANTEIL KLEINER SELBSTSTÄNDIGER, WENIG BEAMTE UND ANGESTELLTE (MITTLERE ARBEITER-ANTEILE)**

Arheilgen, Bessungen und Eberstadt, zum Teil durchsetzt mit Gründerhäusern, wuchsen erst allmählich, angefangen mit der Industrialisierung zu einer mehr oder weniger einheitlichen Stadt zusammen. Die alten Baustrukturen blieben und mit ihnen eine im Durchschnittsalter ständig alternde Bevölkerung:

Schneider-, Schuster-, Tischlerwerkstätten wurden vererbt, Wäschereien und vieles andere ebenso; eigenen Gehöfte der ehemals freien Bauern, die Lohnarbeiter werden mußten, blieben im Besitz der Familie. Die Kinder, die ihre verarmende Schicht fliehen konnten, verließen das Viertel. Nachrückten aus der Stadt gedrückte Schichten – heute Gastarbeiter, Studenten, junge Ehepaare, die ungestraft neue Wohnformen wie Gruppenwohnungen ausprobieren können – und Arbeiter, zumeist in und um den alten Kern in Abstand gelegten 1-Familien-Häuschen-Kolonien.

● **DIE TYPISCHEN ARBEITERVIERTEL**

Sie zeichnen sich nicht nur aus durch einen hohen Anteil von Arbeitern an den Erwerbstätigen (Industrieviertel: 65,9% = Maximaler Wert in Darmstadt, Mittel = 37,6%) oder an der gesamten Bevölkerung des Bezirks (Industrieviertel: 33,8% = Maximaler Wert in Darmstadt, Mittel = 16,4%). Die erweiterte Argumentation wird weitere handfeste Minimal/Maximalwerte anderer Variablen aufzählen (so z.B. geringe Wohnraumfläche pro Person). Ein typischer Bezirk fast frühkapitalistischer Prägung ist das Industrieviertel mit seinen Arbeitersiedlungen in unmittelbarer Nähe von Lärm, Ruß und Schmutz ihrer Fabriken, oft in Werkssiedlungen (Schenck).

Unsichtbarer, weil an den Stadtrand ausgelagert, sind die Arbeiterviertel neueren Typs: die Ein- und Zweifamilienhäuschen der Heimstätten-Siedlung, St. Stephan, Alt-Kranichstein – oder in den Hochhäusern der Eberstädter Kirch-tannen-Siedlung.

● **DIE OBERSCHICHTENVIERTEL: GERINGSTE ARBEITERANTEILE, HÖCHSTE AUSBILDUNGSZEITEN**

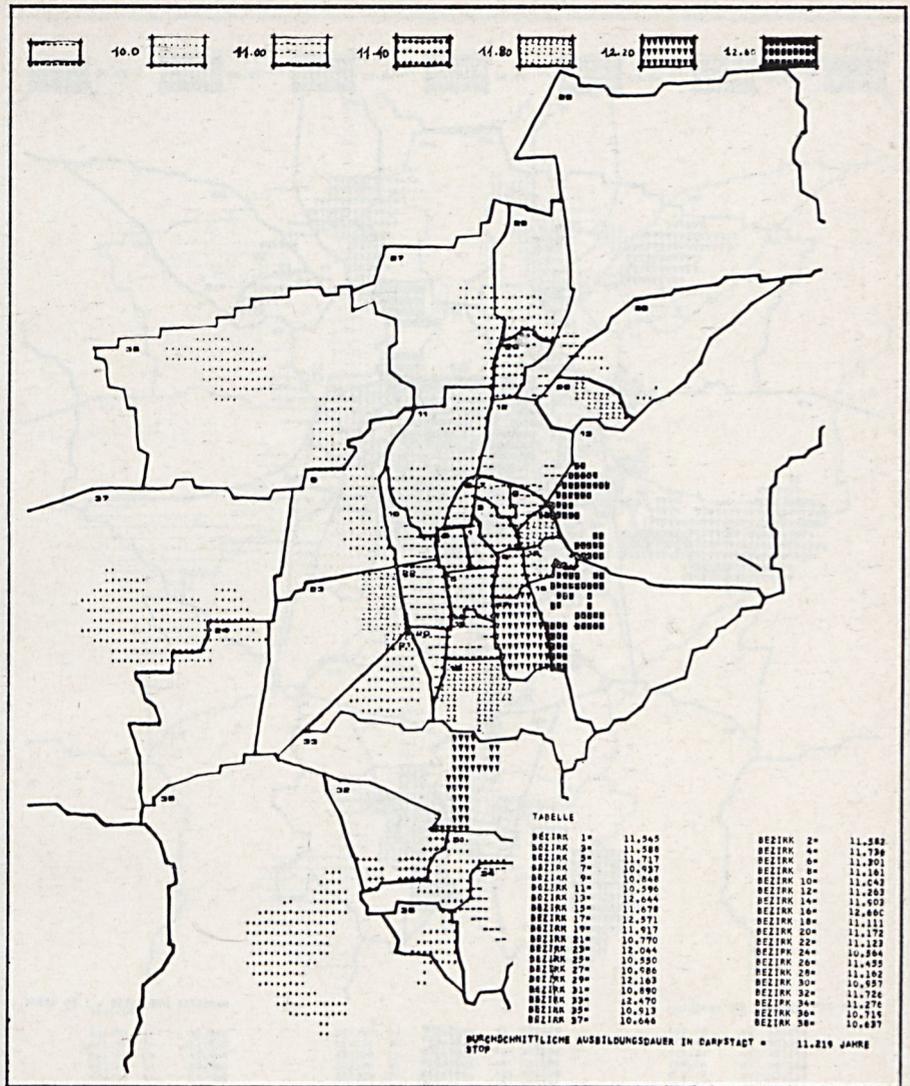
„Großkapitalisten“ werden hier schwerlich zu finden sein; Professoren, Oberstudienräte, Leitende Angestellte, Unternehmer, mittel bis kleiner Betriebe, Groß- und Klein-Künstler, Ärzte, Rechtsanwälte u. v. a. m. haben sich in dem von Wind und Sonne begünstigten, odenwaldnahen Südostflügel Darmstadt angesiedelt. Bevorzugt lebt man in 1-2 Familienhäusern (allein 70% der vorhandenen Wohnungen der Villenkolonie Eberstadts sind Wohnungen dieser Kategorie).

Entweder waren sie als historisch erste (Nördl. Paulusviertel, Villenkolonie), die sich bereits um die Jahrhundertwende oder früher ihren Platz an der Sonne, abseits des Unbills werktätigen Lebens, gesichert hatten. „Oder sie kauften sich erst später dort ein.“ (Komponistenviertel – „Am Oberfeld“).

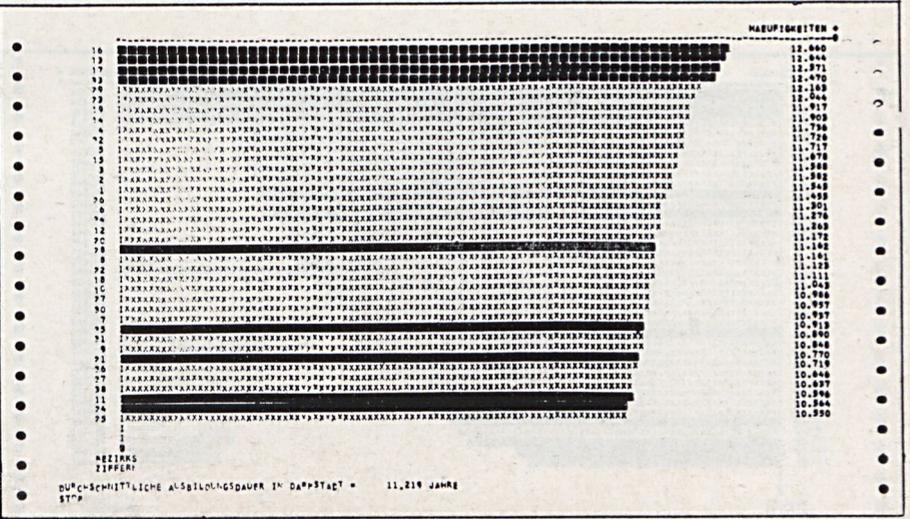
Die erweiterte Argumentation: Sozialräumliche Disparitäten

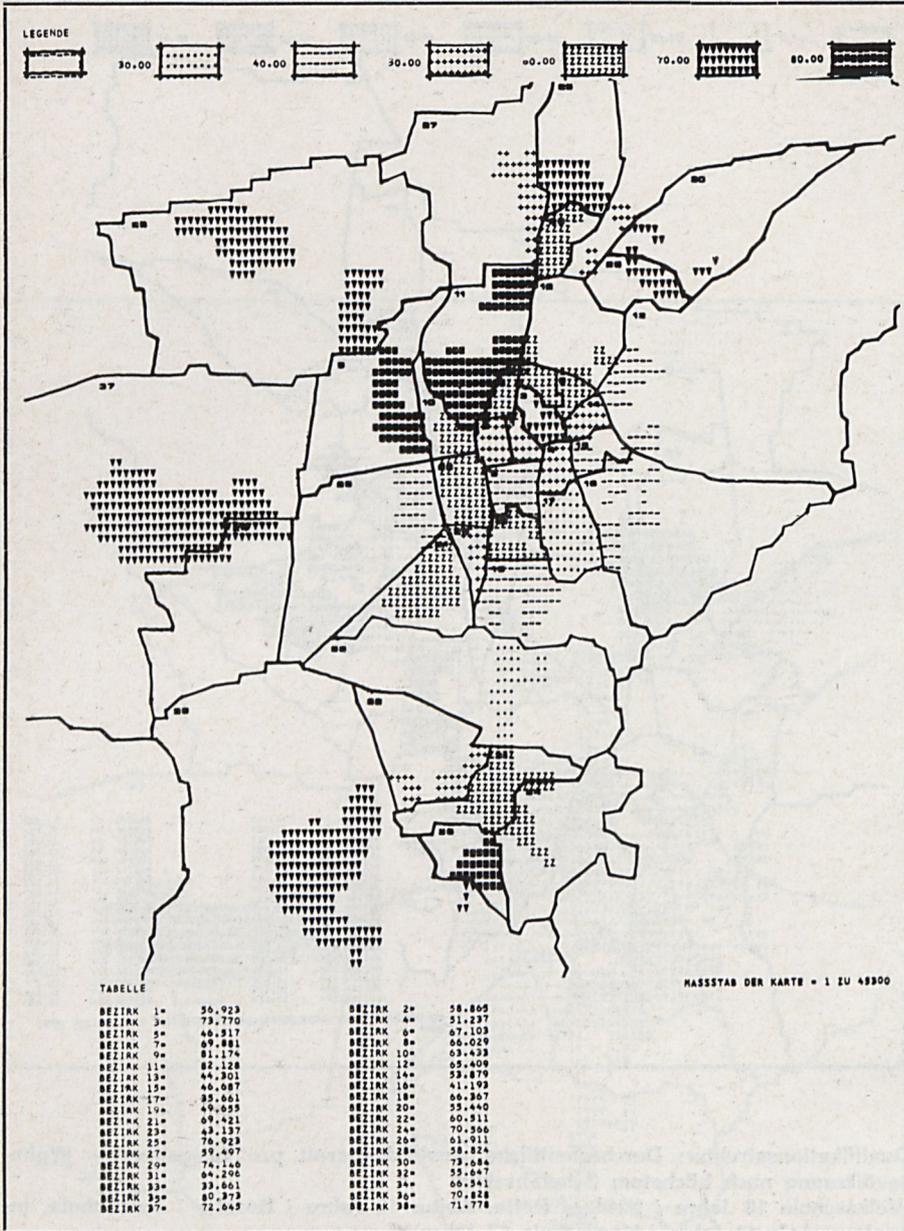
Diese Typisierung, vorgenommen primär nach der „Stellung der Erwerbstätigen im Beruf“ (Grundargumentation), konnte anhand einer Reihe von Variablen aus z. T. völlig verschiedenen Bereichen erhärtet werden. Es zeigte sich, daß die Werte der Variablen „Wohnfläche pro Einwohner“, der Variablen „Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen an den 18–65jährigen“ um zwei von sieben zu nennen, sich nach ähnlichen Mustern über das Stadtgebiet verteilen, wie die der Schwellenwerte (Obere und untere Grenzen, z. B. der Prozentanteile) in der Grundargumentation.

Mit einigen dieser Variablen soll – verkürzt auf die Aspekte Schulausbildung der Kinder, Verteilung der Schulklassen, Verteilung der Nettowohnfläche pro Person – im folgenden exemplarisch (an den beiden letztgenannten Sozialräumlichen Typen – „Oberschichten“ und „Arbeiterviertel“) die räumliche Verteilung sozialer Ungleichheit dargestellt werden.

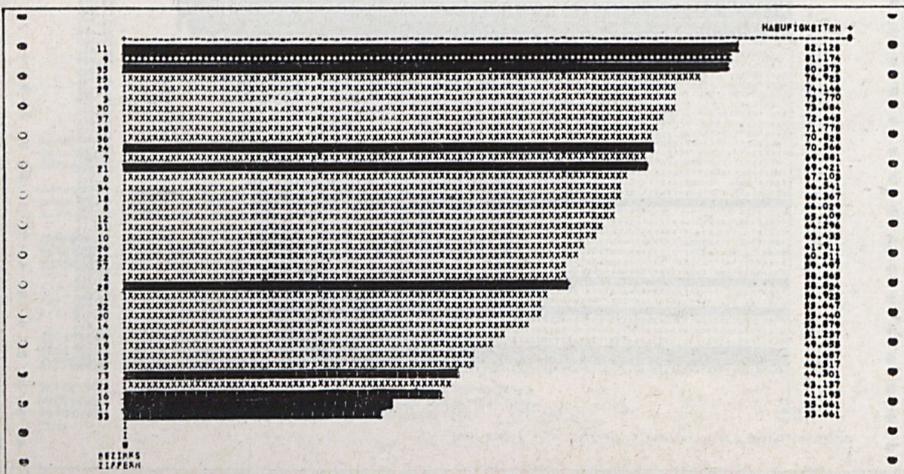


Qualifikationsstruktur: Durchschnittliche Ausbildungszeit pro Einwohner – Wohnbevölkerung nach höchstem Schulabschluß (Volksschule 10 Jahre / Mittlere Reife, Abitur 12 Jahre / Berufs- / Fachschule, Ingenieurschule 14 Jahre / Hochschule 17 Jahre)





Anteil der Volksschüler an den Schülern des Bezirks
Benennung in Prozent, Volksschüler sind auch Grundschüler



Die Verteilung der Volks- und Oberschüler

Volksschüler

Als ein gewichtiges Argument dafür, daß wir auf dem Weg in eine ‚Klassenlose‘, von Schichtenunterschieden befreite ‚Mittelstandsgesellschaft‘ seien, wird vorgeblich wachsende Teil der Arbeiterkinder auf höheren Schulen gehalten. In der Tat müßte im Zahlenmaterial der Statistiken nachzurechnen sein, ob dies Gesellschaft wirklich so offen ist, wie sie sich zur Zeit gibt, so bereitwillig jedem der tätig will, Einlaß in höhere Gefilde der Gleichheit gewährt. Dazu erscheint die Verteilung der Ober- bzw. Volksschüleranteile als nicht ungeeignet: Wir haben gesehen, daß die Verteilung der Qualitäten von Lebensbedingungen durchaus eine Funktion der Länge der Ausbildungszeiten ist. Ein Blick auf die Verteilung der Volksschüleranteile an den Schülern insgesamt zeigt:

IN DEN VON UNS ALS TYPISCHE ARBEITERVERTEL AUSGEWIESENEN BEZIRKEN SIND VON 4 SCHÜLERN IM MITTEL KNAPP 3 VOLKSSCHÜLER (72,2%).

Im Industrieviertel, dem Viertel mit den höchsten Arbeiteranteilen, sind es 82,1%. Diese Verteilung gibt allerdings ein nicht völlig klares Bild wirklicher sozialer Selektion durch die Art der Schulausbildung ab; denn in den ersten Schuljahren sind alle Kinder grundsätzlich Volks- bzw. Grundschüler.

Ebenso kann aus der Verteilung der Volksschüler nicht unbedingt auf die Oberschüleranteile als das Gegenteil geschlossen werden: Bei einigen Bezirken ergeben sich hohe Realschüleranteile als signifikante Merkmale.

Oberschüler

Ihre Verteilung zeigt wesentlich ausgeprägtere Differenzen zwischen den Bezirken (steil abfallende Verteilung) als auf dem Histogramm der Volksschüleranteile: die typischen Oberschichten halten wirklich in Abstand eine Art ‚Erste Klasse‘ (vgl. Histogramm, unterbrochene Markierung), die Arbeiterviertel die unterste Klasse.

IN DEN TYPISCHEN OBERSCHICHTENVIERTELN IST IM MITTEL JEDER

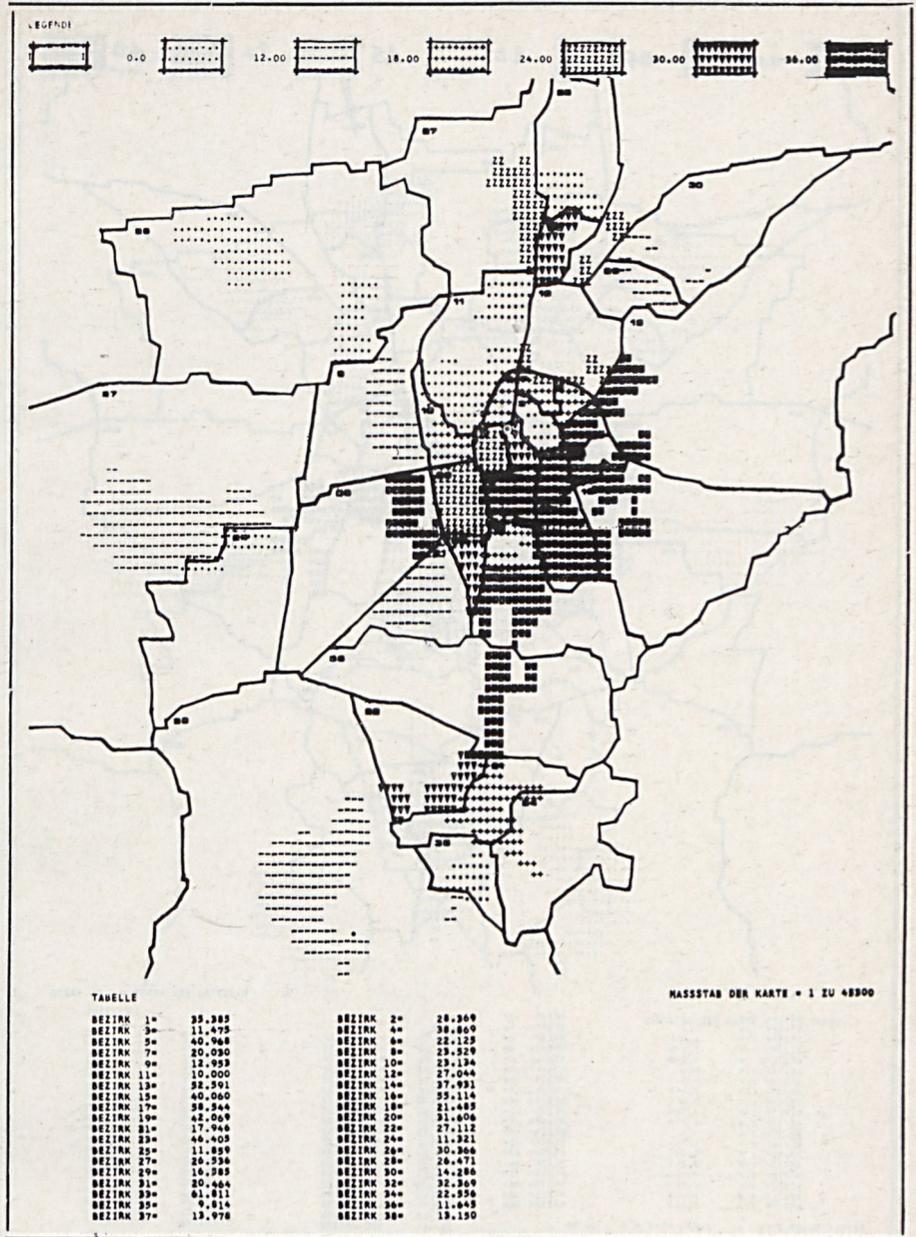
ZWEITE SCHÜLER OBERSCHÜLER (57%), IN DEN ARBEITERVERTELN DAGEGEN NUR JEDER SIEBTE (15%).

Geographische Koordinaten ungleicher Ausbildung: Wissen nur in zwei Himmelsrichtungen gestreut

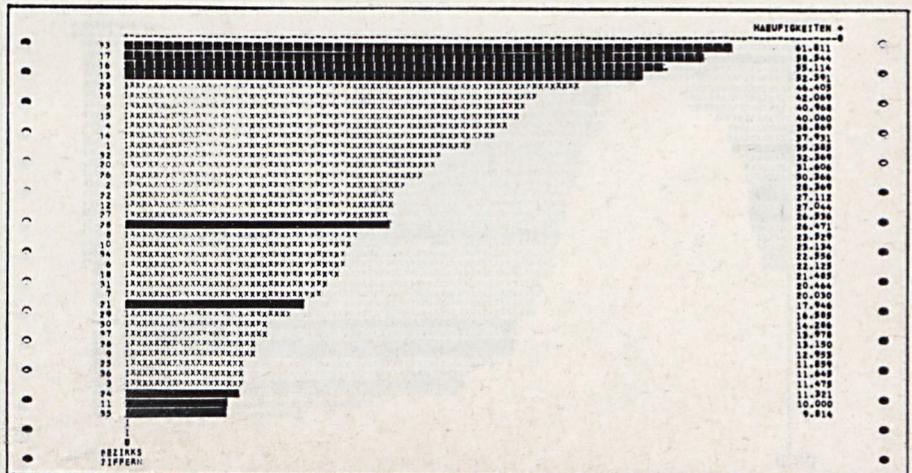
Die kartierten Werte der durchschnittlichen Ausbildungszeiten markierten die geographischen Ungleichgewichte gesellschaftlich verteilter Ausbildung. Sie orientierten sich am derzeitigen Ausbildungsstand der jetzt Erwerbstätigen. Die beiden Karten Volks- und Oberschüleranteile legen nahe, daß es auch in Zukunft so bleiben wird: Im direkten Einzugsbereich MERCK'scher Abgase, in Industrielärm und Schmutz — in Waldkolonie und Industrieviertel, sowie in Johannis-, Martins- und Hochschulviertel und in den Außengemeinden (Weiterstadt, Griesheim, Pfungstadt) ist der „dumme“ Nord-West-Gürtel der Stadt. Ihm haften die hohen Volksschüleranteile an.

Anders dagegen der „kluge“ Süd-Ost-Gürtel Darmstadts. Die Ruhe der Odenwaldnähe zieht das pure Gegenteil, nämlich hohe Oberschüleranteile auf sich. Der Nord-West-Gürtel mit typischen Arbeitervierteln (Industrieviertel, Heimstätten) und allen drei Außengemeinden läßt hohe Oberschüleranteile einheitlich vermissen.

Die Probe aufs Exempel macht der Bezirk 35 (Kirchtann-Siedlung in Eberstadt; in unseren Kategorien ein Arbeiterviertel). Am Südzipfel der Stadt, macht selbst der Sprung in die modernen Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus noch nicht den Sprung in eine bessere Ausbildung aus: Die Kirchtansiedlung hat den geringsten Oberschüleranteil von ganz Darmstadt (9%). Selbst wenn hier wegen des sehr jungen Durchschnittsalters hohe Kinderanteile (und damit Volksschulklässler) in Rechnung gestellt werden müssen — eine immer noch sprechende Zahl: Neu-Kranichstein, in der Altersstruktur vergleichbar, hat 16% Oberschüleranteile.



Anteil der Oberschüler an den Schülern des Bezirks Benennung in Prozent, Volksschüler sind auch Grundschüler



bestehen keinerlei Abgrenzungsprobleme der Einzugsbereiche – hier ist nahezu jedes Viertel mit einer Schule versorgt. Nehmen wir jedoch das Paulusviertel (240 Volksschüler), welches keine Volksschule besitzt, und schlagen es den Lichtwiesen zu (145 VS). Die insgesamt 385 Schüler hätten sich dann die 19 Klassen des Bezirks 16, Lichtwiesen, zu teilen: ergibt ca. 20 Schüler pro Klasse.

Sicherlich ist hier schwer zu quantifizieren vor allem das, was hier gar nicht zur Verhandlung stand: Die Umverteilung der Kinder aus verschiedenen Bezirken auf die verschiedenen Schulen. Damit aber auch: lange Fahr- und Gehzeiten, Unfälle auf den Schulwegen. Sicher ist hier allein – hier müssen Kinder lange zur Schule fahren, hier werden Kinder größerer Unfallgefahr ausgesetzt, in das Chaos der innerstädtischen Verkehrsstraßen geschickt. Die Eltern dieser Kinder sind bestimmt nicht die, welche in den Vierteln des goldenen Süd-Ostens wohnen.

Wohnfläche pro Person — in der Verteilung über Darmstadt

Der statistische Mittelwert der Bundesrepublik 1965 lag bei ungefähr 25 m² Wohnfläche/Person. Der Verlauf des Histogramms zeigt, daß relativ viele statistische Bezirke mit ihrem Mittelwert um diesen Betrag schwanken.

Unberührt davon freilich die vier Ober-schichtenbezirke: Sie weisen 30–34 m² auf.

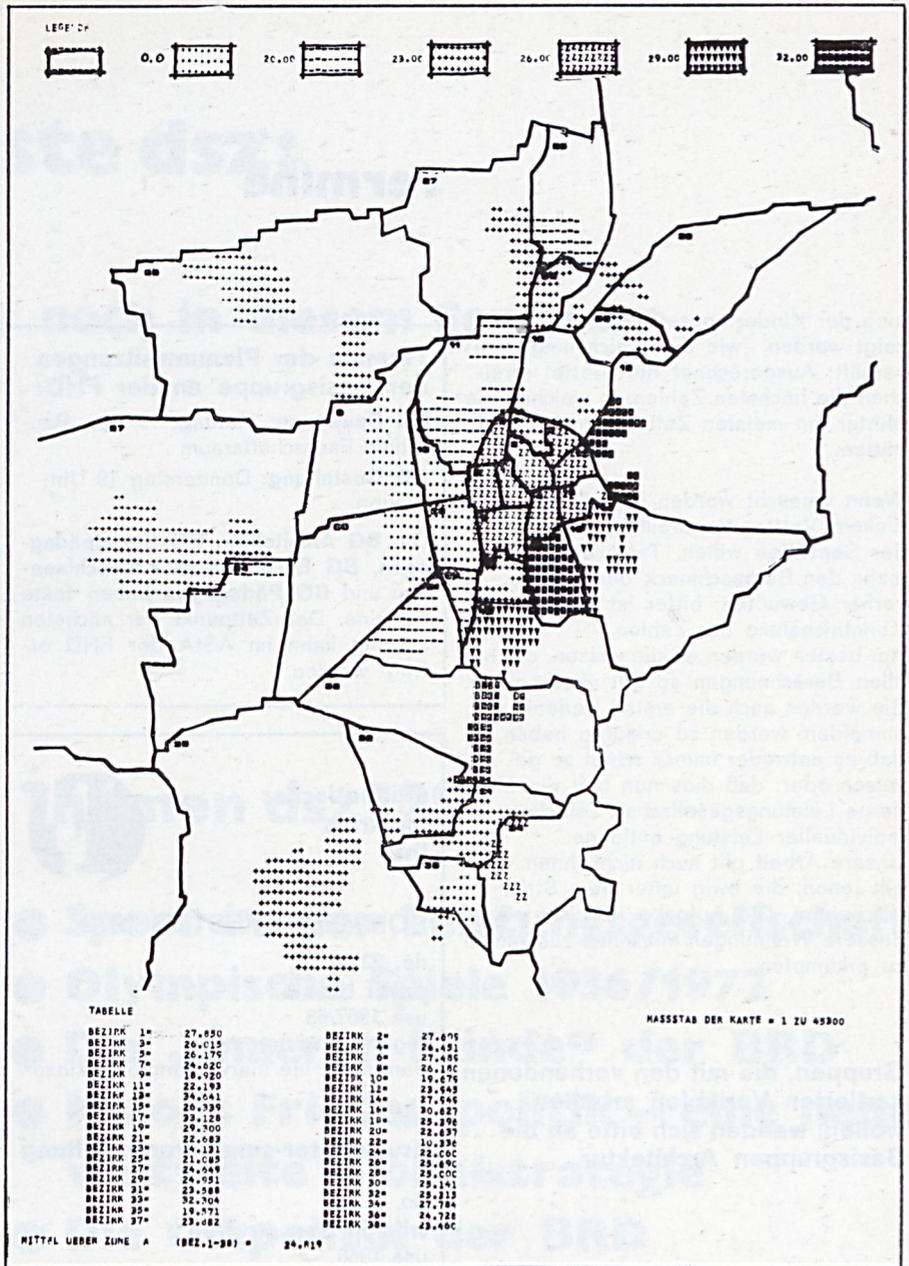
Von den typischen Arbeitervierteln kann nur eines gerade das genannte Bundes-mittel des Jahres 1965 halten (Alt-Kranichstein), die anderen müssen sich mit Minima begnügen: 22–19 m²

Das alles kann fortgesetzt werden

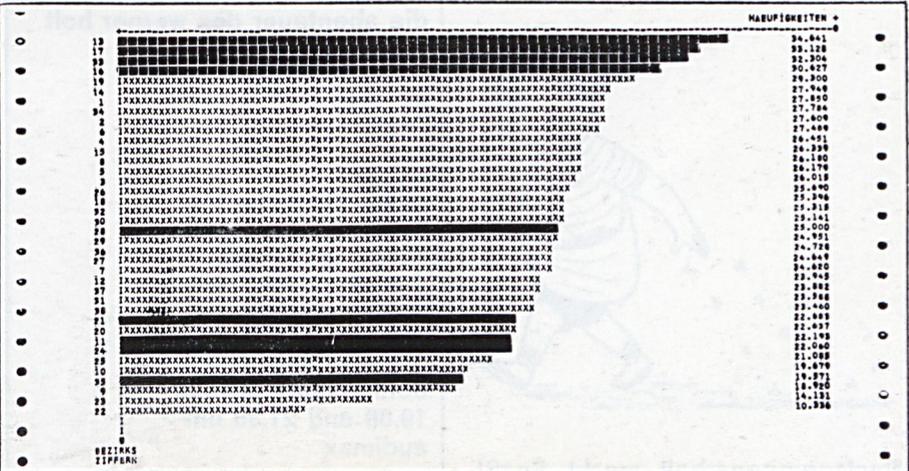
Es kann gezeigt werden, daß z. B. von den 18–65jährigen Bewohnern der bes-seren Viertel im Mittel lediglich 57% erwerbstätig sind. Unterstellt man nahezu alle Männer als erwerbstätig, arbeitet hier jede siebte Frau.

Im Mittel der Arbeiterviertel zeigt sich bei gleichem Vorgehen, daß hier 74% der Bevölkerung erwerbstätig sind, das heißt also jede zweite Frau arbeiten muß.

Es kann, daran anknüpfend, an der geographischen und quantitativen Vertei-



Wohnbebauung 1968 – Durchschnittliche Nettowohnfläche pro Einwohner, Angaben in qm



Termine

lung der Kindertagesstättenplätze gezeigt werden, wie diese sich umgekehrt verhält: Ausgerechnet die Viertel erreichen die höchsten Zahlen, in welchen die Mütter am meisten Zeit für ihre Kinder hätten.

Wenn versucht worden ist, all das in diesem Vertrag anzureißen, so nicht um der Sensation willen. Tatsächlich hat es mehr den Beigeschmack des bereits vorher Gewußten; bitter ist lediglich die Kenntnisnahme der Zahlen.

Am besten werden es die wissen, die bei allen Berechnungen so gut abschneiden. Sie werden auch die ersten Bedenken anmelden, werden zu erklären haben, daß es entweder immer schon so gewesen oder: daß dies nun halt die Moderne Leistungsgesellschaft sei, die nach individueller Leistung entlohne. Unsere Arbeit gilt auch nicht ihnen. Sie gilt jenen, die ewig unter dem Strich erscheinen. Die Aufgabe ist nicht allein, bessere Wohnungen mit ihnen zusammen zu erkämpfen.

Gruppen, die mit den vorhandenen kartierten Variablen arbeiten wollen, wenden sich bitte an die Basisgruppen Architektur.



Basisgruppenarbeit macht Spaß!

Termine der Plenumssitzungen der Basisgruppe an der FHD:

BG Bauwesen: Montag, 19 Uhr, Bau- schule Fachschaftsraum

BG Gestaltung: Donnerstag 19 Uhr, Traube

Die **BG Architektur**, **BG Sozialpädagogen**, **BG E-Technik**, **BG Maschinenbau** und **BG Pädagogen** haben feste Termine. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung kann im AstA der FHD er- fragt werden.

studentischer
filmkreis
thd



SOMMERSEMESTER 1972

do, 22. 6.

point blank

usa 1967/68

regie: john boorman

darsteller: lee marvin, angie dickinson

do, 29. 6.

prunk-kater-sonderveranstaltung

do, 6. 7.

wild in den straßen

usa 1968

regie: barry shear

darsteller: christopher jones,

shelley winters

do, 13. 7.

die abenteuer des werner holt

ddr 1964/66

regie: joachim kunert

darsteller: kurt kachlicki,

Angelika domröse

do, 20. 7.

rache für rache

italien 1968

regie: ray colloway

darsteller: john hamilton,

loredana nusciak

**neue anfangszeiten:
donnerstags jeweils
19.00 und 21.30 uhr
audimax**

Termine der Plenumssitzungen der Basisgruppen an der THD:

BG Mathematik: Mittwoch, 19 Uhr, Fachschaftsraum 12/344

BG Chemie: Mittwoch, 20 Uhr, AstA

BG E-Technik: Mittwoch, 19 Uhr, Fach- schäftsraum, Schloßgartenstraße 8

BG Wirtsch.-Ing.: Montag, 20 Uhr, Fachschaftsraum

Zentralrat der Lehrerstudenten

(= **BG Lehrer**): viezehntätig mitt- wochs, 19 Uhr, Raum 11/100 (alter Senatssaal)

BG Bauingenieure: Mittwoch, 20 Uhr, Fachschaftsraum 11/52 A

BG Architektur: Montag, 20 Uhr, Fach- schäftsraum, Architekturgebäude, Nachtweide

BG Maschinenbau: Donnerstag, 20 Uhr, Fachschaftsraum 11/52 A

BG Informatik: Donnerstag, 19 Uhr, AstA

Filmprogramm

im ISK

Mi, 21. 6.

Der Prozeß

Orson Welles

Mi, 28. 6.

Der Killer von Alabama

Buster Keaton

Mi, 5. 7.

Panzerkreuzer Potenkin

Sergli Eisenstein

Mi, 12. 7.

Sieben Tage im Mai

John Frankenheimer

Mi, 19. 7.

Sterben für Madrid

Frédéric Rossif

Mi, 26. 7.

Der General

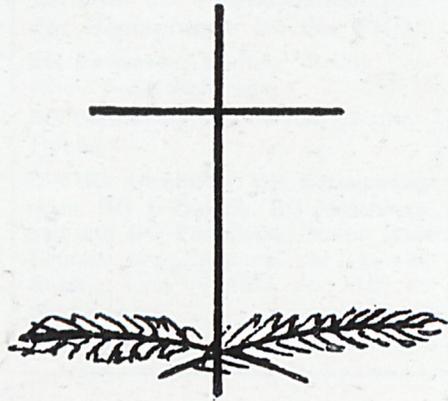
Buster Keaton

... die nächste dsz:

erscheint übrigens noch in diesem Semester

Themen dsz 129:

- **Sport in der Leistungsgesellschaft**
- **Olympische Spiele 1936/1972**
- **Die „inneren Feinde“ der BRD**
- **Nixons Friedenspolitik – eine neue weltweite Globalstrategie**
- **Die Ostpolitik der BRD**
- **Faschismus in der Türkei**



STADT KARTEN